

Jahresbericht 2005

Blossfeld, Hans-Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Tätigkeitsbericht, Jahresbericht / annual report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Blossfeld, H.-P. (2005). *Jahresbericht 2005*. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-125476>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

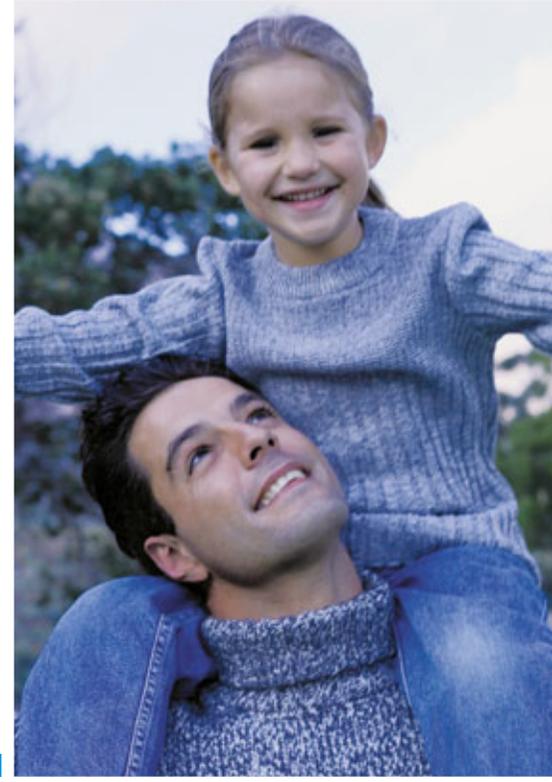
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Jahresbericht 2005



ifb Staatsinstitut für Familienforschung
an der Universität Bamberg ■



Jahresbericht 2005



**Staatsinstitut für Familienforschung
an der Universität Bamberg ■**

Leiter: Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld



Das ifb 4

1. Forschungsauftrag 4
2. Struktur und Organisation 5
3. Mitarbeiter(innen) 7
4. Der Institutsrat des *ifb* 9

Forschungsschwerpunkte des ifb 10

1. Familienberichterstattung – Entwicklung der Familienformen ... 11
2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie 13
3. Familienbildung 15
4. Gewalt in der Familie 19

Forschungsprojekte 2005 22

Beratung und Begleitung von Betroffenen häuslicher Gewalt im Kontext der neuen Gesetzgebung – *ifb* Fortbildungsmodule für Fachkräfte 24

Evaluation des Gewaltschutzgesetzes 26

Evaluation des HIPPY-Programms in Bayern 30

Evaluation des Modellprojektes „Fit fürs Baby“ in Kulmbach 33

Familienbilder, Einstellungen zur Berufstätigkeit und weibliche Erwerbsbeteiligung 36

Familienbezogenes Einkommensmonitoring 40

Formation von Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Kompetenzentwicklung: Übergänge im Grundschulalter ... 43

ifb-Familienreport Bayern 47

Innerfamiliale Arbeitsteilung als Prozess 51

Internationaler Vergleich familienpolitischer Leistungen 54

Kinderreiche Familien 58

MUM Münchner Unterstützungsmodell gegen häusliche Gewalt ... 62

Primi Passi – Erste Schritte.
Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts 65

Psychosoziale Beratung bei pränataler Diagnostik –
Wissenschaftliche Begleitung eines Modellprojektes 68

Wege aus der häuslichen Gewalt –
Beratung zur Flankierung des Gewaltschutzgesetzes 71

Wissenschaftliche Aktivitäten des Instituts 75

1. Veröffentlichungen 75
2. Zeitschrift für Familienforschung 76
3. Aktivitäten der Mitarbeiter(innen) 78
4. Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen 98
5. Forschungsanträge – Forschungsaufträge 99
6. Wissenschaftliche Begleitung der Politik und Praxis 100

Jahresarbeitsprogramm 2006 (Vorschau) 102

Information in English 106

State Institute for Family Research at the University of Bamberg (*ifb*) 106

Main Research Areas 107

Projects 2005: Overview and selected Summaries 110

Abgeschlossene Forschungsprojekte 113

Chronik des ifb 117

Impressum 118

ifb. Das ifb

Mit der Einrichtung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg wurde die Intention verfolgt, ein wissenschaftlich unabhängiges Forschungsinstitut zu gründen, das zugleich als Informationsquelle und Beratungsinstanz für Politik und Praxis dient. Dementsprechend breit ist das Arbeitsspektrum des Instituts angelegt.

1. Forschungsauftrag

Der Forschungsauftrag des *ifb* verbindet familienwissenschaftliche Grundlagenforschung mit angewandter Forschung zu den Lebensbedingungen und -bedürfnissen der Familien. Dabei stehen insbesondere familiäre Entwicklungsverläufe und die Veränderung von Familienstrukturen im Zentrum des Interesses. Beispiele hierfür sind die Zunahme von Ein-Eltern-Familien, das steigende Alter beim Übergang zur Elternschaft, die zunehmenden Scheidungszahlen sowie die sozialen und ökonomischen Verhältnisse, in denen Familien heute leben. Weiterhin gehören die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die Lebenssituation von Kindern, Fragen des Zusammenlebens der Generationen sowie die Auswirkungen von Arbeitswelt, Freizeit und Medien auf die Familie zu den Themen der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung des Instituts.



Angesichts des raschen Wandels des Familienlebens benötigen Entscheidungsträger und Interessenvertreter – vor allem die politisch Verantwortlichen und die Familienverbände – verlässliche Informationen. Die familienwissenschaftliche Forschung ist daher eine wichtige Grundlage für gesellschaftspolitische Diskussionen und Entscheidungen. Dies setzt allerdings einen hohen Anwendungsbezug der wissenschaftlichen Produkte voraus. Der Praxisbezug der Arbeiten des *ifb* wird vertieft durch die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Modellmaßnahmen und die familienwissenschaftliche Politikberatung. Diese umspannt wiederum ein breites Aufgabenfeld und umfasst sowohl umfangreiche Forschungsaufträge wie auch Stellungnahmen, Referate, Expertisen oder kurze Informationen. Der Kreis der Nachfragenden erstreckt sich auf Ministerien, Parteien, Verbände und verschiedenste Organisationen, die sich direkt oder indirekt mit Familie befassen.

2. Struktur und Organisation

Das Staatsinstitut arbeitet wissenschaftlich unabhängig und in enger Verbindung mit der Praxis und anderen Forschungseinrichtungen. Dies steht u. a. vor dem Hintergrund, dass Paragraph 3, Abs. 2 der Verordnung über die Einrichtung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg festlegt, dass die Arbeit des Instituts entsprechend den wissenschaftlichen Standards durchgeführt werden soll.

Das *ifb* ist somit eine nachgeordnete Behörde des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) und zugleich ein An-Institut der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Die enge Zusammenarbeit mit der Universität steht auf der Basis eines Kooperationsvertrages.

In diesem Zusammenhang ist der Forschungsschwerpunkt für Familienforschung von besonderer Bedeutung. Diese Kooperation von in der Familienforschung ausgewiesenen Wissenschaftler(inne)n der Universität Bamberg und des *ifb* stellt den wissenschaftlichen Diskurs verschiedener Disziplinen auf eine institutionalisierte Basis und sichert so den interdisziplinären Austausch in der Familienforschung. Darüber hinaus übernehmen Mitglieder des Forschungsschwerpunktes die Leitung von *ifb*-Projekten, wodurch die Vernetzung vertieft wird.

Während die Universität wichtige Ressourcen für die Weiterbildung der *ifb*-Mitarbeiter(innen) anbietet, engagieren sich diese – quasi im Gegenzug – im Rahmen von Lehraufträgen in der universitären Ausbildung. Des Weiteren findet durch gemeinsame Projekte, kooperative Gestaltung von Tagungen sowie den Austausch in Form von Kolloquien eine rege Zusammenarbeit mit Kolleg(inn)en an der Universität statt.

Die enge Verbindung zur Universität wird auch darin deutlich, dass die Leitung des Instituts von einem Professor der Universität Bamberg übernommen wird. Seit 01.06.2003 hat diese Position Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld inne, der zugleich Inhaber des Lehrstuhls I für Soziologie ist. Unterstützt wird er durch eine stellvertretende Leitung, die von Dr. Marina Rupp ausgeübt wird, der die alltägliche Geschäftsführung obliegt.

Auf den Planstellen des *ifb* sind derzeit sechs wissenschaftliche Mitarbeiter(innen) beschäftigt, davon drei in Teilzeit. Bis zum 30.06.2005 stand dem *ifb* eine weitere Planstelle zur Verfügung. Nachdem die Inhaberin in den Ruhestand ging, bleibt diese aufgrund der Stellensperre bis zum 01.07.2006 unbesetzt. Im Rahmen zweier Drittmittelprojekte konnten ab März 2005 drei wissenschaftliche Mitarbeiter(innen) halbtags angestellt sowie eine Teilzeitbeschäftigung um 25 Prozent aufgestockt werden. In Kooperation mit dem Lehrstuhl für Soziologie I ist das *ifb* in weitere durch die DFG geförderte Forschungsarbeiten eingebunden. In diesem Zusammenhang werden eine ganze und drei halbe wissenschaftliche Mitarbeiterstellen durch die DFG gefördert. Die Arbeitsplätze für diese Mitarbeiter(innen) werden von der Universität gestellt.

In Trägerschaft des Staatsinstituts erscheint dreimal pro Jahr die „Zeitschrift für Familienforschung“. Hier wird über die Arbeit des Instituts in jedem Heft aktuell berichtet (*ifb*-Mitteilungen). Die Redaktion der Zeitschrift obliegt Dr. Kurt P. Bierschock. Neben den regulären Veröffentlichungen erschienen 2005 zwei Sonderhefte.

3. Mitarbeiter(innen)

Leiter:

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld
(0951) 96 52 5-12
hans-peter.blossfeld@ifb.uni-bamberg.de
sekretariat@ifb.uni-bamberg.de

Stellv. Leiterin:

Dr. rer. pol. Marina Rupp
(0951) 96 52 5-27
marina.rupp@ifb.uni-bamberg.de
sekretariat@ifb.uni-bamberg.de

Sekretariat:

Angelika Liebig (1/2)
(0951) 96 52 5-13
angelika.liebig@ifb.uni-bamberg.de

Irene Steigerwald (3/4)
(0951) 96 52 5-0
irene.steigerwald@ifb.uni-bamberg.de

Petra Zierer (1/4)
(0951) 96 52 5-13
petra.zierer@ifb.uni-bamberg.de

Verwaltung:

Monika Schwab
(0951) 96 52 5-21
monika.schwab@ifb.uni-bamberg.de

Wissenschaftliche Mitarbeiter:
Dipl.-Soz. Wiebke Beckstette (1/2)*
(0951) 96 52 5-25
wiebke.beckstette@ifb.uni-bamberg.de

Dr. phil. Kurt P. Bierschock
(0951) 96 52 5-24
kurt.bierschock@ifb.uni-bamberg.de

Ass. Anja Grosa (1/2)*
(bis einschl. 30.9.2005)
(0951) 96 52 5-14
anja.grosa@ifb.uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Daniela Grunow (1/2)*
(0951) 96 52 5-15
daniela.grunow@ifb.uni-bamberg.de

Dr. phil. Ruth Limmer (1/2)
(0951) 96 52 5-26
ruth.limmer@ifb.uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Päd. Melanie Mengel (1/2)
(0951) 96 52 5-14
melanie.mengel@ifb.uni-bamberg.de

Dr. rer. pol. Tanja Mühling (1/2)
(0951) 96 52 5-23
tanja.muehling@ifb.uni-bamberg.de

Dipl.-Psych. Rotraut Oberndorfer
(bis einschl. 30.06.05)
(0951) 96 52 5-25
rotraut.oberndorfer@ifb.uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Harald Rost
(0951) 96 52 5-18
harald.rost@ifb.uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Florian Schulz (1/2)*
(0951) 96 52 5-15
florian.schulz@ifb.uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Adelheid Smolka (3/4)
(+ 1/4 Projektstelle ab 01.03.05)
(0951) 96 52 5-19
adelheid.smolka@ifb.uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Sandra Buchholz**
(0951) 86 3-31 22
sandra.buchholz@sowi.uni-bamberg.de

Dr. phil. Erzsebet Bukodi**
(0951) 86 3-31 21
erzsebet.bukodi@sowi.uni-bamberg.de

Dr. phil. Karin Kurz**
(0951) 86 3-25 98
karin.kurz@sowi.uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Paul Schmelzer**
(0951) 86 3-31 45
paul.schmelzer@sowi.uni-bamberg.de

* ifb-Mitarbeiter(innen), deren Stellen durch externe Forschungsaufträge finanziert werden

** Mitarbeiter(innen), deren Stellen durch externe Forschungsaufträge finanziert werden, mit Arbeitsplätzen in Räumen der Universität Bamberg.

4. Der Institutsrat des ifb

Die wissenschaftliche Arbeit des ifb wird durch einen Institutsrat begleitet, der unter anderem die Gewährleistung dafür übernimmt, dass die Forschungstätigkeiten den wissenschaftlichen Standards entsprechend ausgeführt werden. Der Institutsrat setzt sich aus zwei Professor(inn)en, die Mitglieder des Forschungsschwerpunkts Familienforschung sind, einer/einem Vertreter(in) des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, einer/einem Vertreter(in) der Mitarbeiter(innen) sowie dem Leiter des Instituts zusammen. Die stellvertretende Leitung nimmt in beratender Funktion an den Sitzungen teil.

Zu den Aufgaben des Institutsrates des ifb gehören insbesondere:

- die Gestaltung des Jahresarbeitsprogramms,
- die wissenschaftliche Beratung und Begleitung der Forschungsarbeit des Instituts,
- die Beschlussfassung über die Drittmittelinwerbung und
- die Mitwirkung bei der Besetzung wissenschaftlicher freier Stellen.

Derzeitige Mitglieder des Institutsrates sind:

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld
Prof. Dr. Gudrun Cyprian
Ltd. MR Josef Ziller
Prof. Dr. Johannes Schwarze
Dr. Adelheid Smolka

ifb. Forschungsschwerpunkte des ifb

Familienforschung ist wie die Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe. Da familiäre Belange durch nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche tangiert werden, erstreckt sich die Familienforschung auf die verschiedensten Inhalte wie auch auf den gesamten Lebenslauf mit seinen verschiedenen Lebensphasen. Daraus ergibt sich auch für die Tätigkeit des *ifb* eine breite Palette an Forschungsthemen. Sie reicht – mit der wissenschaftlichen Begleitung eines Beratungsmodells bei pränataler Diagnostik – von der vorgeburtlichen Phase bis zur Lebenssituation der älteren Generationen, welche Gegenstand mehrerer früherer Forschungsprojekte des *ifb* war. Das Themenspektrum erstreckt sich von der Fertilität bis zum Verlust eines Kindes, von der Kinderlosigkeit bis zum Kinderreichtum, es umfasst Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie die innerfamiliäre Aufgabenteilung. Bedeutsame Forschungsgegenstände sind dabei zudem die soziale Lage von Familien, familiäre Unterstützungsmaßnahmen, Familienpolitik im internationalen Vergleich sowie konkrete Maßnahmen der Familienbildung. Daneben finden sich immer wieder aktuelle Sonderthemen wie in jüngerer Zeit z. B. Gewalt in der Familie oder Bildungsentscheidungen, wofür teils durch externe Förderung zusätzliche Mitarbeiter(innen) zur Verfügung stehen. Um dieser breiten Palette von Themen gerecht zu werden, verfügen die Forscher(innen) über hohe fachliche Qualifikationen und ein breit gefächertes methodisches Repertoire, die in verschiedenen Forschungskonzepten zum Einsatz kommen.

Damit bei diesem breiten Spektrum an Forschungsthemen angesichts der geringen Anzahl an Planstellen für Forscher(innen) eine gewisse Kontinuität und Tiefe gewährleistet werden kann, setzt sich das *ifb* Forschungsschwerpunkte, d. h. Themenbereiche, zu denen es über längere Zeit hinweg und/oder in mehreren Projekten arbeitet. Derzeit werden vier Forschungsschwerpunkte verfolgt, die im Folgenden ausführlicher dargestellt werden.

1. Familienberichterstattung - Entwicklung der Familienformen

Zur gesellschaftlichen Situation

In der Lebensgestaltung der Menschen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten viel verändert. Dies wird vor allem bei der Zusammensetzung der Haushalte deutlich: Die Menschen leben häufiger alleine oder als Paar; der Anteil der Haushalte, in denen Kinder aufwachsen, hat sich verringert. Die Hintergründe für diese Entwicklungen sind allerdings sehr vielfältig und sperren sich daher auch gegen eindimensionale Interpretationen, wie z. B. die Behauptung, das Modell Familie sei überholt, es passe nicht in moderne Gesellschaften. Höhere Lebenserwartung, spätere Familiengründung, steigende Trennungsraten bei Partnerschaften und Ehen sind einige der wesentlichen Eckdaten der neueren Entwicklung. Diese führt dazu, dass andere, sogenannte nicht-familiäre Lebensformen zunehmen. Dies gilt jedoch vor allem für die Zeiten „vor“ und „nach“ der aktiven Familienphase. Daneben steigt aber auch die Zahl derjenigen, die sich gegen eine Familiengründung entscheiden, wenngleich nicht in dem Maße bzw. aus den Gründen, wie es oftmals dargestellt wird.

Weiterhin ist das Familienleben selbst – in Deutschland wie in Europa – vielfältiger geworden. Die Entwicklung während der Nachkriegszeit verläuft über die Konzentration auf ein einziges Familienmodell in den 50er und frühen 60er Jahren zu gesteigerter Vielfalt. Neben der „Normalfamilie“, bestehend aus einem Ehepaar mit den leiblichen Kindern im Haushalt, gibt es zunehmend wieder andere Formen: Alleinerziehende, unverheiratete Eltern etc. Je genauer man hinsieht, um so variantenreicher erscheint das moderne Familienleben. Es gibt Familien mit zwei Haushalten, Familien mit berufstätigen Eltern, sogenannte Patchwork-Familien und vieles mehr.

Zum Forschungsstand

Veröffentlichungen über die jüngere Entwicklung und die modernen Familienformen gibt es viele. Das Thema wird nicht nur von vielen Forscher(inne)n untersucht – zugleich sind die Schlüsse, die aus den Daten gezogen werden, sehr unterschiedlich. Diesen Forschungsstand zu referieren, würde hier zu weit führen. Auch die Arbeiten des *ifb* in diesem Themenbereich erstrecken sich auf ein breites Spektrum an Fragestellungen.

Da aktuelle und differenzierte Informationen über die Entwicklungen im Bereich Familie heute für die Familienpolitik unverzichtbar sind, ist die Erstellung

des ifb-Familienreports Bayern eine Daueraufgabe des Instituts. Hiermit wird eine solide und differenzierte Datenbasis für Bayern geschaffen und auf dem aktuellen Stand gehalten. Der Report wird kontinuierlich aktualisiert und im Abstand von ca. drei Jahren komplett neu aufgelegt.

Weitere Themen in diesem Forschungsschwerpunkt waren die Auswirkungen beruflicher Mobilität auf die Familien, die Lebensstile, welche Familienmitglieder führen, sowie die soziale Situation Alleinerziehender und einkommensarmer Familien. Aktuell wird eine Studie zum Thema Kinderreichtum bearbeitet. Eine weitere umfassende Untersuchung in diesem Kontext ist das Bamberger Ehepaar-Panel, dessen 5. Welle am ifb durchgeführt wurde. In der Folge haben die Mitarbeiter(innen) des Projektes vertiefende Reanalysen des Datenmaterials angestellt sowie an der Weiterentwicklung der Messinstrumente zur Zeiterfassung der familialen Aufgaben gearbeitet.

Weitere Projekte, die zu diesem Themenkreis gehören, waren: „Älterwerden als Single“ (im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), „Berufliche Mobilität und Lebensform“ (gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen) und „Worin unterscheidet sich die Lebenssituation von Alleinerziehenden von der Lebenssituation der Elternfamilie?“ (gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

Derzeit noch in Bearbeitung befinden sich die Studien „Kinderreiche Familien“ und „Internationaler Vergleich familienpolitischer Maßnahmen“ (gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen).



2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zur gesellschaftlichen Situation

Bereits vor mehr als einem Vierteljahrhundert stellte der Soziologe Schelsky fest: *„Unser Berufssystem ist nicht familienkonform und umgekehrt unsere Familien- und Haushaltsstruktur ist nicht berufs-konform; die an der Wurzel der industriellen Gesellschaft liegende Trennung von Dienst- und Privatleben wird hier zum strukturellen Widerspruch der beiden großen Bindungen und sozialen Lebensnotwendigkeiten, auf denen die Sicherheit des Menschen in der modernen Gesellschaft beruht. Ausgetragen wird dieser fundamentale Widerspruch des Systems auf dem Rücken der berufstätigen Mutter.“* Auch das Gutachten zum 60. Deutschen Juristentag 1994 kam zu dem Schluss, dass die Arbeitswelt generell wenig Rücksicht auf die individuelle und familiäre Lebensgestaltung nehme und die Organisation der Arbeit wenig familienorientiert sei. Die erwerbstätigen Familienmitglieder seien bisher gezwungen, ihre Pflichten und Wünsche weitgehend den Bedingungen des Erwerbsarbeitslebens unterzuordnen. Die Organisation der Erwerbsarbeit wird demzufolge den persönlichen und familialen Interessen übergeordnet. Wer seine Aufgaben in beiden Lebensbereichen (Arbeitswelt und Familie) ernst nimmt, gerät damit fast zwangsläufig in Konflikte.

Obwohl das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“ schon seit langem auf verschiedenen Ebenen diskutiert wird, ist es nach wie vor höchst aktuell und wird insbesondere bei der Diskussion um die demographische Entwicklung immer wieder aufgegriffen. Umfragen zeigen, dass Familie noch immer einen hohen Stellenwert in der Lebensplanung besitzt:

- Die meisten jungen Menschen wünschen sich, eine Familie zu gründen.
- Nur 13 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen möchten keine Kinder haben (Shell-Studie 2000), aber rund ein Drittel dieser jungen Menschen wird voraussichtlich kinderlos bleiben.
- Der Kinderwunsch junger Paare ist oftmals größer als die Anzahl der Kinder, die sie tatsächlich bekommen.

Die sehr niedrige Geburtenrate in Deutschland resultiert also nicht primär daraus, dass junge Menschen keine Kinder haben wollten. Bedeutsam ist, dass sie weniger Kinder bekommen als sie sich ursprünglich wünschten oder weil sie ungeplant kinderlos bleiben. Eine Familie zu gründen, ist heute nicht mehr selbstverständlich, sondern muss positiv entschieden werden und konkurriert

möglicherweise mit anderen Zukunftsplänen junger Paare. Einer der größten „Konkurrenten“ ist unbestritten der Lebensbereich „Arbeit und Beruf“. Denn nach wie vor stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Eltern ein erhebliches Problem dar und für viele junge Menschen ist dies ein wichtiger Aspekt bei der Entscheidung für oder gegen Kinder. Familienpolitische Maßnahmen des Staates (z. B. das Bundeserziehungsgeldgesetz) erweisen sich als hilfreich. Es wird jedoch immer deutlicher, dass ohne eine aktive Mitwirkung der Privatwirtschaft die Problematik nicht bewältigt werden kann, da oftmals einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf innerbetriebliche Hürden im Wege stehen.

Die neue Herausforderung an die Gestaltung des Verhältnisses von Familie und Beruf ergibt sich auch aus dem Wandel der Geschlechterrollen. Die diesbezüglichen Einstellungen von Frauen und Männern haben sich stark gewandelt: Männer wollen heute mehr Teilhabe an Partnerschaft und Familie und ihre Partnerinnen erwarten von ihnen eine stärker gleichberechtigte Aufteilung der Rollen. Diesen Vorstellungen hinkt die Realität jedoch hinterher: Beispielsweise würde ein Fünftel der Väter gerne die Elternzeit in Anspruch nehmen, aber nur 2% tun es tatsächlich. Ein Grund hierfür liegt im Wesentlichen in der Befürchtung erheblicher finanzieller Einbußen, beruflicher Schlechterstellung nach dem Wiedereinstieg, geringerer Aufstiegschancen oder gar direkter Sanktionen durch Vorgesetzte und Kollegen. Traditionelle Rollenvorstellungen – vor allem in der Arbeitswelt – erschweren Vätern noch immer eine höhere Beteiligung an der Familienarbeit. Die männliche Berufskarriere gilt immer noch als inkompatibel mit einer familienbezogenen Berufspause oder einer Teilzeitbeschäftigung. Zunehmend mehr Väter wollen jedoch Familie und Beruf in Einklang bringen, somit haben immer mehr Väter heute ein Vereinbarkeitsproblem. Hier sind in besonderem Maße die Unternehmen gefordert, auch Vätern familienfreundliche Maßnahmen anzubieten und so den Familien eine Wahlfreiheit für ihr Modell der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Durchgeführte Projekte/Projekte in Bearbeitung

Zu diesen Forschungsfragen wurden bisher zwei Forschungsprojekte abgeschlossen: „Väter und Erziehungsurlaub“ und „Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte“ zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit“. Ziel war es, die neuen Herausforderungen der Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Beruf aufzuzeigen und Lösungsansätze, die bereits erfolgreich in der Praxis umgesetzt worden sind, zu vermitteln. Die inhaltliche Basis bildete die Analyse von Maßnahmen bzw. Modellvorhaben zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt. Da diese Modelle im Kreis von Führungskräften aus Wirtschaft und Verwaltung noch zu wenig bekannt waren und häufig auch das nötige Verständnis für die Problematik – insbesondere in Bezug auf die männlichen Mitarbeiter mit Familie – noch fehlte, war es das zentrale Interesse des Projekts, diese Informationen gezielt zu verbreiten. In Kooperation mit der Universität Bamberg wird seit März 2005 das DFG geförderte Projekt „Innerfamiliäre Arbeitsteilung als Prozess“ und das Projekt „Familienfreundliche Universität Bamberg“ am ifb durchgeführt.

3. Familienbildung

Zur gesellschaftlichen Situation

Durch verschiedene gesellschaftliche Veränderungen ist das Familienleben vielfältiger geworden. Zugleich sind auch die Anforderungen an die Erziehungsleistung der Eltern heute mit neuen Ansprüchen versehen – und das nicht erst seit „PISA“. Schon seit langem wird durch den Ausbau der Familienbildung versucht, die Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Dabei wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich Familien bezüglich der Anforderungen, die sie zu bewältigen haben, und ihrer Leistungsfähigkeit unterscheiden. Während ein Teil der Kinder intensive Förderung erhält, mangelt es in anderen Familien an Basiskompetenzen. Beispielsweise sind Eltern in ihren Erziehungsaufgaben oder bei der Haushaltsführung überfordert oder sie können ökonomisch nicht „mithalten“. Daraus ergeben sich Problemlagen unterhalb der Schwelle, an der die traditionelle familienpädagogische Intervention einsetzt. Diesen wurde lange Zeit

wenig Beachtung geschenkt, zumal auch die Familien selbst solche Schwierigkeiten oftmals nicht wahrnehmen bzw. nicht dramatisieren möchten. Diesen Tendenzen entgegenzuwirken, ist heute ein zentrales Anliegen der Familienbildung. Das Thema umspannt damit allerdings ein sehr weites Feld: Gemäß den Forderungen des § 16 SGB VIII ist darunter alles zu verstehen, was die Erziehungskompetenz stärkt. Dies lässt sich in zwei wesentliche Bereiche bündeln:

- die Gestaltung der Angebote selbst, so dass sie den Kriterien der Niedrigschwelligkeit genügen, insbesondere mit Blick auf die Nutzung von (neuen) Medien sowie
- die Vernetzung der Angebote (inklusive deren Verbreitung und Erreichbarkeit).

Niederschwelligkeit der Angebote

Ziel niedrigschwelliger Angebote ist es, Förderung und Hilfestellung an Familien heranzutragen – und zwar gerade an solche Familien, die nicht privilegiert sind bzw. bislang zu den wenig aktiven Familien zählen. So soll der vielfach kritisierte „Mittelschichtsbias“ der Familienbildung abgebaut werden. Diese Zielsetzung lässt sich allerdings nicht leicht realisieren, weil die angesprochenen Familien – auch aufgrund der Verschiedenheit ihrer Bedarfslagen – schwer erreichbar sind und oft gar nicht nach Unterstützung suchen. Doch gibt es bereits einige trag- und ausbaufähige Ansätze, die zeigen, wie es gelingen kann, diesem Ziel und den entsprechenden Familien näher zu kommen. Neben der Erfassung und Auswertung des Bestandes an neuen Konzepten zur Familienbildung hat das ifb zudem den Bedarf bei den Familien erhoben. So wurden Eltern gefragt, welche Themen ihnen besonders wichtig sind, wie sie sich Informationen zu Erziehungsfragen wünschen und auf welche Weise man sie erreichen kann. In diesem Zusammenhang wurden Kriterien erarbeitet, die verdeutlichen, welche Methoden bzw. Strategien Niedrigschwelligkeit charakterisieren.

Vernetzung der Angebote

Jugendämter, Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten gehören nicht zu den Einrichtungen, die von Eltern regelmäßig und ohne weiteres aufgesucht werden. Sie sind daher nur in bestimmten Aspekten geeignet, Familien zu fördern, zu informieren usw. Aber auch andere Anbieter

haben typische Hindernisse in ihren Strukturen, die Familien den Zugang erschweren (wie Angebotszeiten, fehlende Kinderbetreuung etc.). Ein weiteres Manko lässt sich in der geringen Transparenz des Gesamtangebotes festmachen: Solange Anbieter jeweils individuelle Programme gestalten, fehlt es an Überblicksinformationen, an Hinweisen auf Informationsmöglichkeiten, an Anlaufpunkten usw. Die geringe Koordination hat zudem den Nachteil, dass bestimmte Veranstaltungen mehrfach von verschiedenen Trägern angeboten werden, während für andere keine Ressourcen vorhanden sind.

Zum Forschungsstand

Das größte Manko im Bereich der Familienbildung ist die bislang fehlende theoretische Konzeption des Forschungsbereiches, während in der Praxis sehr viele Initiativen und Aktivitäten zu verzeichnen sind. Langfristiges Ziel der Arbeiten des ifb im Themenbereich ist es daher, diese Lücke zu schließen. Wie erwähnt, existieren in der Praxis bereits einige Programme mit ausgesprochen niedrigschwelliger Konzeption (nach § 16 KJHG), deren Hauptzielsetzung in der Bekräftigung und Befähigung der Eltern besteht. Sie verfolgen damit ein wichtiges präventives Anliegen. Teils werden zur Vermittlung der Bildungsinhalte standardisierte Methoden und Materialien verwendet, teils wird eine individuell ausgerichtete Intervention aufgebaut. Bekannt sind wissenschaftliche Analysen oder Evaluationen einzelner Maßnahmen (wie z. B. des Eltern-Kind-Programmes oder der Peter-Pelikan-Briefe). Eine strukturierende Übersicht über vorhandene Modelle und Methoden allerdings fehlt bislang. In Bezug auf den Aspekt der Vernetzung lässt der bisherige Forschungsstand erkennen, dass der geringe Grad der Vernetzung von Familienbildungsangeboten ein Haupthindernis für eine bedarfsgerechte Ansprache von Adressaten (Eltern, Paaren etc.) ist. Eine stärkere Vernetzung könnte neben erhöhter Transparenz auch Möglichkeiten erschließen, die Palette der Familienbildung zu erweitern. Die Zusammenarbeit kann in verschiedenen Formen erfolgen, z. B. Kooperation von Einrichtungen eines Trägers oder verschiedener Träger, Koordination im Rahmen der Jugendhilfeplanung, Arbeitsgemeinschaften nach SGB VIII. In jüngerer Zeit wurde dieser Gedanke auf breiter Front – auch politisch – aufgegriffen und Gegenstand größerer Programme wie z. B. den sogenannten Bündnissen für Familien. Dies wiederum führt dazu, dass sehr viele Ideen, Modelle und Initiativen bestehen, aber bislang nur wenig Austausch und Überblick vorhanden ist. Die Projekte des ifb sollen dazu dienen, diese Situation stärker zu strukturieren und den generellen

Informationsgrad zu erhöhen sowie Möglichkeiten aufzeigen, niedrigschwellige Angebote zu konzipieren.

Durchgeführte Projekte/Projekte in Bearbeitung

Familienbildung ist schon seit längerem ein Forschungsthema des ifb. So wurden im Projekt „Bestandsaufnahme der familienbezogenen Bildungsarbeit nach § 16 SGB VIII“ verschiedene Studien durchgeführt; z. B. eine Evaluation des Eltern-Kind-Programms, eine Eltern- und eine Jugendamtsbefragung zum Thema „Elternbriefe“.

Um den Bedarf zu sondieren und die Akzeptanz von Familienbildung besser einschätzen zu können, wurde unter dem Titel „Beratungsbedarf und Informationsstrategien im Erziehungsalltag“ eine Befragung von bayerischen Eltern durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung erfreuen sich reger Nachfrage.

Der „Leitfaden für niedrigschwellige Familienbildung“ ist eine systematische Zusammenstellung von innovativen Modellen der Familienbildung. In ihm finden sich vielfältige Beispiele für gelungene Zielgruppenorientierung, Zugangswege und Kooperationen mitsamt Hinweisen auf weitere Informationen und Kontaktadressen.

Aktuelle größere Projekte im Themenbereich:

- Im Projekt „Fit fürs Baby“ werden ausgehend von einem Familienzentrum niedrigschwellige Angebote und eine Gehstruktur aufgebaut.
- „Primi Passi“ nennt sich eine Initiative zur Unterstützung von verwaisten Eltern, die vom ifb wissenschaftlich begleitet wird.

Weiterhin fallen in diesen Themenbereich nicht selten kleinere Studien oder Aufgaben, die im Jahresarbeitsprogramm nicht vorgesehen waren:

- So übernahm das ifb die Begutachtung des „welcome-Projekts“ im Rahmen einer Expertise über den Bedarf an Familienbildung beim Übergang zur Elternschaft.
- Unter dem Titel „Frühe Eltern- und Familienbildung“ wird eine Fortbildung für Hebammen entwickelt, mit deren Hilfe den werdenden und jungen Eltern wichtige Informationen zur ersten Phase der Elternschaft – mit besonderem Blick auf die Entwicklung der Beziehung zwischen den Partnern – vermittelt werden können.

- Zudem wurden im Jahr 2005 die Endredaktion und der Versand der Broschüren „Hilfen für Geschwister von behinderten Kindern“ übernommen. Die Broschüre erfreute sich so reger Nachfrage, dass innerhalb weniger Monate alle 20.000 Exemplare abgerufen waren. Die Broschüre ist nicht mehr lieferbar, kann aber unter www.ifb-bamberg.de als pdf heruntergeladen werden.

4. Gewalt in der Familie

In den letzten Jahren befasst sich das ifb mit bestimmten Aspekten von Gewalt in der Familie. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Erforschung der Gewalthandlungen und ihrer Hintergründe. Zentrale Themen der Forschungsprojekte, die in diesem Bereich durchgeführt werden, ist vielmehr die Bearbeitung von Gewalt, d. h. wie mit Gewaltsituationen umgegangen wird und welche Wege – von der Beratung bis zur strafrechtlichen Anzeige – dabei beschritten werden.

Zur gesellschaftlichen Situation

Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Gewalthandlungen in Beziehungen und in der Familie hat sich in der letzten Zeit deutlich verändert. Persönlichkeitsrechte, aber auch pädagogische Leitlinien, die Gewaltfreiheit postulieren, haben an Bedeutung gewonnen. Der Bereich der Familie, der ehemals als Tabuzone und vor äußeren Eingriffen als geschützt angesehen wurde, ist in Bezug auf Gewalthandlungen mehr und mehr allgemeingültigen Regeln – d. h. sozialen Normen auf der einen und gesetzlichen Regelungen auf der anderen Seite – unterworfen worden. Damit einhergehend wurde begonnen, institutionalisierte Wege des Opferschutzes zu etablieren. Damit diese Bestrebungen Wirkung entfalten können, ist es erforderlich, dass sich auch im Bewusstsein der Betroffenen Änderungen vollziehen: dass Gewalt nicht länger als individuelles Schicksal gesehen wird, dessen man/frau sich schämt, sondern als Handlung, die nicht hingenommen werden braucht. Wirksamer Opferschutz setzt daher voraus, dass die Thematisierung des Problems weiter enttabuisiert wird. Weiterhin ist es nötig, dass die möglichen Hilfen und

Anlaufstellen bekannt und die Wege der Gewaltbearbeitung transparent sind. Dabei ist die Durchsetzung eines weit gefassten Gewaltbegriffs von großer Bedeutung, der nicht nur auf (gravierende) physische Verletzungen abstellt, sondern auch psychische Gewalt und Bedrohungen sowie unzumutbare Belästigungen einbezieht. Während in Bezug auf die normativen Regelungen durch die Einführung des Gewaltschutzgesetzes und die Veränderungen im Kindschaftsrecht große Fortschritte gemacht wurden, steht die Bearbeitung der Gewalt noch inmitten eines Entwicklungsprozesses, in dem Strategien und Wege zur Verhinderung von (weiterer) Gewalt ausgebaut werden. Hier ist nicht nur an die Schaffung spezifischer Einrichtungen und Anlaufstellen sowie die Enttabuisierung der Problematik zu denken, sondern auch an den allgemeinen Informationsgrad über Rechte und Schutzmöglichkeiten.

Zum Forschungsstand

Den Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Thema Gewalt hier zu resümieren, würde zu weit führen. Zu vielfältig und umfangreich sind die vorliegenden Publikationen. Für den Zusammenhang der Bearbeitung von Gewalt im häuslichen Kontext sind allerdings einige wichtige Faktoren zu benennen.

Obgleich verschiedene Studien den Nachweis zu führen versuchen, dass Gewalt bei beiden Geschlechtern gleichermaßen vorkommt – wenngleich in unterschiedlicher Ausformung –, so herrscht Einigkeit darüber, dass Frauen deutlich häufiger als Männer Hilfe oder Schutz auf Grund von Gewalthandlungen suchen. Es sind überwiegend Frauen, die sich an die Polizei, Beratungsstellen, Frauenhäuser oder Gerichte wenden. Alleine die Frauenhäuser betreuen jährlich 45.000 Frauen, meist zusätzlich auch deren Kinder (Dt. Bundestag, Drucksache 14/5429). Jüngsten Untersuchungen zu Folge hat rund ein Viertel aller Frauen Erfahrung mit Gewalt durch einen Beziehungspartner (BMFSFJ 2004: 30). Obgleich ähnlich viele Männer von Beeinträchtigungen in ihrer Partnerschaft berichten, wenden sie sich seltener nach außen: Polizeilichen oder gerichtlichen Schutz vor Nachstellungen oder Gewalthandlungen suchen weit überwiegend Frauen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der häuslichen Gewalt ist, dass in sehr vielen Fällen Kinder mitbetroffen sind. Dabei wird davon ausgegangen, dass bereits das Zusehen, Zuhören, Miterleben der Auseinandersetzungen zwischen den Erwachsenen (meist den Eltern) negative Konsequenzen für die kindliche Entwicklung haben kann. Nicht zuletzt diese Erwägungen haben dazu beigetragen, dass

Bestrebungen auf allen Ebenen zu verzeichnen sind, Gewalthandlungen zu ächten, zu unterbinden und zu sanktionieren.

Projekte in Bearbeitung

In diesem thematischen Rahmen wurden im Jahr 2005 drei Projekte abgeschlossen: Zum einem wurde die Effektivität der neuen Gesetze zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalt und Nachstellungen untersucht. Die Evaluation des Gewaltschutzgesetzes sowie flankierender Regelungen erfolgte im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz. Da diese neue Gesetzgebung einen veränderten Beratungsbedarf indiziert, hat das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen im Rahmen eines Modellprojekts zusätzliche Beratungskapazitäten in ausgewählten Frauenhäusern bereit gestellt. Im Rahmen der Studie „Wege aus der häuslichen Gewalt“ untersuchte das ifb den Bedarf und die Akzeptanz spezifischer Beratungsangebote sowie die Voraussetzungen für eine qualifizierte Beratung zum Gewaltschutz. Eine dritte weitere Begleitforschung befasste sich mit einem Modellvorhaben, welches die Münchener Polizei gemeinsam mit spezialisierten Beratungseinrichtungen durchführte. „MUM“ ist eine Initiative, die versucht Opfer von Gewalthandlungen durch pro-aktive Beratungsangebote zu unterstützen und die Gewaltspirale zu durchbrechen. Aktuell in Bearbeitung ist die Entwicklung von Fortbildungsmaterialien für juristische Professionen, die im Kontext von Gewalt im sozialen Nahbereich arbeiten.



ifb. Forschungsprojekte im Überblick

Nr.	Bezeichnung des Projekts	Art des Projekts	Gesamtlaufzeit
1	Beratung und Begleitung von Betroffenen von Gewalt im Kontext der neuen Gesetzgebung	<i>ifb</i> -Fortbildungsmodule für Fachkräfte Eigenprojekt	I. Modul: 04/05 bis 07/05
2	Evaluation des Gewaltschutzgesetzes	Drittmittelprojekt im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz	10/02 bis 04/05
3	Evaluation des HIPPY-Programms in Bayern	Eigenprojekt	01/05 bis 03/07
4	Evaluation des Modellprojekts „Fit fürs Baby“ in Kulmbach	StMAS-Projekt (Ref. VI 2)	01/03 bis 12/05
5	Familienbilder, Einstellungen zur Berufstätigkeit und weibliche Erwerbsbeteiligung	Eigenprojekt	04/04 bis 12/05
6	Familienbezogenes Einkommensmonitoring – Simulationen	Eigenprojekt	06/04 bis 06/05
7	<i>ifb</i> -Familienreport Bayern	Zur Lage der Familien in Bayern Eigenprojekt	fortlaufend
8	Internationaler Vergleich familienpolitischer Leistungen	StMAS (Ref. VI 1)	01/05 bis 12/06
9	Kinderreiche Familien	Eigenprojekt Kooperation mit der Familienwiss. Forschungsstelle Stuttgart	08/02 bis 06/05
10	Münchener Unterstützungsmodell gegen häusliche Gewalt	StMAS-Projekt (Ref. VI 1)	01/05 bis 12/05
11	Primi Passi – Erste Schritte	Wiss. Begleitung des Modellprojekts StMAS-Projekt (Ref. VI 2)	01/04 bis 12/06
12	Psychosoziale Beratung bei pränataler Diagnostik	StMAS-Projekt (Ref. VI 3)	01/05 bis 12/06
13	Wege aus der häuslichen Gewalt. Beratung und Flankierung des Gewaltschutzgesetzes	StMAS-Projekt (Ref. VI 3)	06/03 bis 12/05

Beratung und Begleitung von Betroffenen häuslicher Gewalt im Kontext der neuen Gesetzgebung – ifb Fortbildungsmodule für Fachkräfte

Projektleitung:

Dr. Ruth Limmer

Projektbearbeitung:

Ass. Anja Grosa, Dr. Ruth Limmer, Dipl.-Soz. Päd. Melanie Mengel

Laufzeit:

04/2005 bis 07/2005

Das Projekt wurde gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Gegenstand des Projekts

Mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes, das am 01.01.2002 in Kraft getreten ist, verbindet der Gesetzgeber das Ziel, die rechtliche Situation von Betroffenen häuslicher Gewalt und Nachstellungen zu verbessern. Das Bundesministerium der Justiz beauftragte das *ifb* mit einer breit angelegten Begleitforschung, die Anfang 2005 abgeschlossen wurde. Im Rahmen der Begleitforschung wurden mehr als 2.200 Gerichtsakten von Gewaltschutzverfahren ausgewertet. Anhand von qualitativen Interviews sowie standardisierter Befragungen wurden die Erfahrungen von Fachkräften aller Professionen, die mit entsprechenden Fällen befasst sind, einbezogen. Zudem wurden Opfer von Gewalt sowie Antragsgegner(innen) detailliert zum Umgang mit ihrer Situation unter der neuen Gesetzgebung befragt. Die drei Datenquellen zeigen deutlich, in welchen Zusammenhängen die neue Gesetzgebung erfolgreich eingesetzt wurde. Sie legen aber auch offen, in welchen Fällen und Kontexten das Gesetz noch unzureichend umgesetzt wird. Damit bieten die Daten eine ideale Grundlage für die Entwicklung praxisnaher Fortbildungsmodule für Fachkräfte, die mit Fällen häuslicher Gewalt und Stalking befasst sind und die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten adäquat ausschöpfen möchten.

Vorgehen

Ein interdisziplinäres Team (Jura, Sozialpädagogik, Psychologie/Psychotherapie) von Forscherinnen, die bereits an der Evaluation des Gewaltschutzgesetzes mitgearbeitet haben, erstellte die Fortbildungsmodule. Dabei wurde wie folgt vorgegangen:

- **Zusammenstellung von „best practice“ Beispielen sowie verbreiteter Mängel bei der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes**
Ausgehend von einer breiten empirischen Basis (Aktenanalyse, Interviews mit Fachkräften sowie Interviews mit Opfern und mit Antragsgegner(inne)n) wurden Beispiele für die adäquate Umsetzung der Gesetzgebung im Sinne eines „best practice“ zusammengestellt. Zudem wurden verbreitete Kenntnislücken über die Anwendung der neuen Gesetzgebung oder eine unzureichende Umsetzung identifiziert.
- **Entwicklung von Fortbildungsmaterialien**
Ausgehend von konkreten Fallbeispielen wurden zunächst Materialien für Vertreter(innen) juristischer Professionen entwickelt, die sich im Rahmen eines Workshops oder Vortrags über die adäquate Umsetzung der Gesetzgebung fortbilden möchten. Zielgruppe sind dabei in erster Linie Personen, die sich bereits mit der neuen Gesetzgebung auseinandergesetzt haben und daran interessiert sind, ihre Praxis weiter zu optimieren. Entsprechend sollen auch für andere Zielgruppen – insbesondere Fachkräfte in der Opferberatung – analoge Materialien entwickelt werden.

Evaluation des Gewaltschutzgesetzes

Projektleitung:

Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung:

Ass. Anja Grosa, Dr. Ruth Limmer, Dipl.-Soz. Päd.

Melanie Mengel, Dipl.-Psych. Rotraut Oberndorfer, Dr. Marina Rupp

Laufzeit:

11/2002 bis 04/2005

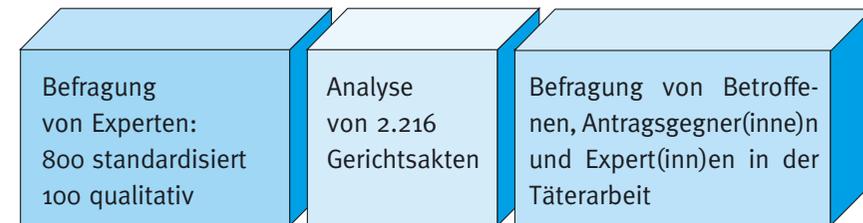
Gefördert durch das Bundesministerium der Justiz

Gegenstand der Untersuchung

Das Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehwohnung bei Trennung trat zum 01.01.2002 in Kraft. Seine Auswirkungen sollten durch eine zeitnahe Begleitforschung untersucht werden, für die das ifb den Auftrag erhalten hat. Durch diese Untersuchung sollte ein Überblick über die Bewährung des Gesetzes und über die Erfahrungen der Praxis mit den Neuregelungen gewonnen werden. Zielsetzung des Forschungsvorhabens war demnach nicht nur die Untersuchung der Veränderungen des § 1361 b BGB, sondern auch die Wirksamkeit der neuen Regelungen zum Gewaltschutz insgesamt, die auch Lebenspartnerschaften und andere Haushalte einschließen. Um diese Einschätzung treffen zu können, ist es erforderlich, den gesamten Verfahrensverlauf zu dokumentieren und den Interpretationsrahmen der Gerichte zu eruieren. Dazu gehören die Beschreibung der Antragsteller und Antragsgegner und deren Lebenssituation und die Begründung des Antrags auf Wohnungszuweisung, Wegweisung etc. Auch ist von Interesse, ob es zwischen Entscheidungen, in denen Kinder mit betroffen sind, im Vergleich zu solchen Verfahren, die nur Paar-/Beziehungs-/Partnerschaftskonflikte betreffen, Unterschiede gibt und welche weiteren Faktoren auf die Entscheidung Einfluss nehmen. Weitere Aspekte der Untersuchung bilden die Rücknahme von Anträgen und deren Begründungen sowie die weitere Entwicklung der Betroffenen: Wird der/die Täter/in wieder in der Wohnung aufgenommen? Welche Hilfen wurden den Betroffenen angeboten bzw. von ihnen genutzt?

Methodisches Vorgehen

Die Untersuchung basiert auf drei Bausteinen:



Im Rahmen der Expertenbefragung wurden alle am Verfahren beteiligten oder in anderer Weise mit entsprechenden Gewalttaten befassten Expertengruppen einbezogen: Familienrichter(innen), Rechtspfleger(innen), Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Mitarbeiter(innen) von Jugendämtern, Interventionsstellen und -projekten, Beratungsstellen und Frauenhäuser, Gerichtsvollzieher(innen) sowie Polizist(inn)en. Hierdurch wurde sichergestellt, dass das gesamte Umfeld, in dem das neue Gesetz bearbeitet wird, Berücksichtigung findet.

Die Expertenbefragung bestand aus einer standardisierten Erhebung bei ca. 800 Expert(inn)en sowie einer qualitativen Zusatzuntersuchung bei rund 100 Expert(inn)en. Auf diese Weise wurden die Ergebnisse der standardisierten Erhebung durch ausführliche Einschätzungen der Wirkung des Gewaltschutzgesetzes und der Neufassung des § 1361b BGB vertieft und ergänzt.

Das Kernstück der Studie bildet eine Auswertung von Gerichtsverfahren. Hierzu wurde ein eigenes Erhebungsinstrument zur Erfassung der relevanten Informationen aus den Akten entwickelt. Insgesamt wurden rund 2.500 Akten eingeholt, anonymisiert und gesichtet. 2.216 davon konnten für unsere Auswertungen genutzt werden.

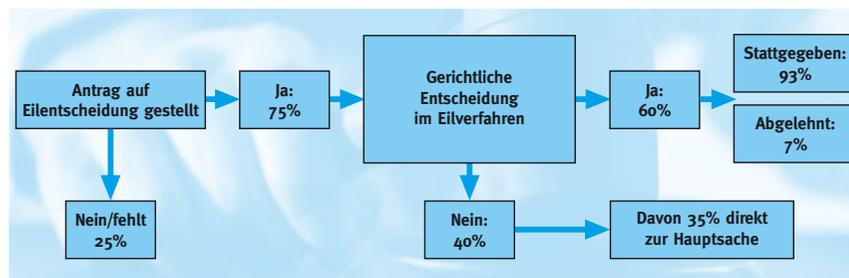
Den dritten Baustein dieser Untersuchung bildete die Befragung von 234 von Gewalttaten betroffenen Frauen und Männern. Sie dient der Abbildung der Perspektive der Opfer und soll u. a. klären, unter welchen Bedingungen eine Antragstellung nach dem GewSchG erwogen und vollzogen wird. Da aus dem Kreis der Beschuldigten nur sehr wenige bereit waren, sich im Interview zu äußern, wurde die Perspektive der Antragsgegner(innen) hauptsächlich durch eine Befragung von Expert(inn)en, die in diesem Bereich arbeiten, abgebildet.

Ausgewählte Ergebnisse

Nutzer(innen) der neuen Gesetze sind ganz überwiegend Frauen. Männer bilden eine Minderheit von 4% unter den Antragstellenden. Dabei hat die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten über verheiratete Paare hinaus dazu geführt, dass jeder dritte Antrag auf Wohnungszuweisung oder Schutzmaßnahmen nun von Personen in anderen dauerhaften Lebensgemeinschaften gestellt wird.

Auch die Zielsetzung einer schnellen und direkten Intervention wurde weitgehend erreicht, allerdings kommen nicht alle Gerichte dem Wunsch der Antragstellenden auf ein Eilverfahren nach, wie die nachfolgende Graphik zeigt.

Gerichtliche Entscheidung im Eilverfahren



Gerichtliche Entscheidung im Eilverfahren

Um die Position der Antragsgegner zu hören oder sich ein klareres Bild zur Sachlage zu verschaffen, sehen einige Richter(innen) von einer Eilentscheidung ab. Nicht selten soll diese Klärung im Rahmen einer mündlichen Verhandlung erfolgen. Diese Neigung, die vor allem an Familiengerichten zu beobachten ist, wird von den Experten auch kritisch gesehen, führt sie doch zu Verzögerungen in der Bearbeitung und damit evtl. zu Schutzlücken.

Der Blick auf den Verfahrensausgang zeigt, dass die Anträge zumeist zugunsten der Antragstellenden beschieden werden, Ablehnungen kommen selten vor. Allerdings wird mehr als ein Drittel der Verfahren nicht zu einem Abschluss gebracht, sondern von den Antragstellenden nicht weiter betrieben. Sie besitzen teils nicht genügend Durchhaltevermögen und lenken ein oder einigen sich außergerichtlich. So führen nur 28% der Anträge zu einem gerichtlichen Beschluss und 29% enden mit einer Vereinbarung der Parteien über Gewaltverbote und/oder Wohnungsnutzung.

Generell attestieren die befragten Expert(inn)en den neuen Regelungen, dass sie einen effektiven Opferschutz gewährleisten ohne dabei die Interessen der Täter(innen) zu beeinträchtigen. Kritik wird eher an der praktischen Umsetzung geübt, in der die gegebenen Möglichkeiten teils noch zu wenig ausgeschöpft würden.

Veröffentlichung

Rupp, Marina (Hrsg.) (2005): Rechtstatsächliche Untersuchung zum Gewaltschutzgesetz. Köln: Bundesanzeiger Verlag.

Evaluation des HIPPY-Programms in Bayern

Projektleitung und -bearbeitung:

Dr. Kurt P. Bierschock, Dr. Marina Rupp

Laufzeit:

01/2005 bis 04/2007

Eigenprojekt

Gegenstand der Untersuchung

HIPPY ist die Abkürzung für Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters. Dieser Name enthält schon die zentralen Informationen über das Konzept: Es handelt sich um ein Hausbesuchsprogramm mit festgelegten Lerneinheiten. Die Zielgruppe sind in erster Linie Kinder mit Migrationshintergrund ab vier Jahren. HIPPY soll bewirken, dass die Kinder ihre Kenntnisse der deutschen Sprache verbessern und dadurch weniger Probleme bei der Einschulung bzw. in der Schule haben werden.

Das HIPPY-Programm unterstützt somit sozial benachteiligte Eltern vor allem nicht-deutscher, aber auch deutscher Herkunft dabei, ihre Kinder zu Hause in der Entwicklung zu fördern. Es beansprucht 15 Minuten täglich, welche die Eltern zusammen mit ihren Kindern verbringen, um Bücher vorzulesen, Puzzles zusammensetzen und ähnliche Lernspiele mit ihren Kindern durchzuführen. Diese Aktivitäten zu Hause ergänzen die Arbeit des Kindergartens mit dem Ziel, die Kinder fit für die Schule zu machen.

HIPPY konzentriert sich darauf, den Eltern Wissen über Entwicklung, Sprache und Lernen im Vorschulalter zu vermitteln. Wichtige Elemente von HIPPY sind die eigens für das Programm entwickelten Spiel- und Lernmaterialien, die den Eltern zur Verfügung gestellt werden. Sie bieten Anregungen zu gemeinsamen Aktivitäten und dienen dazu, die praktische Umsetzung des Erlernten zu gewährleisten. Das Programm baut auf die enge Bindung zwischen Eltern und ihren Kindern, die eine wichtige Basis für die frühen Lernerfahrungen von Kindern ist.

Die Durchführung erfolgt zum einen in Form regelmäßiger Hausbesuche durch sogenannte Paraprofessionals, d. h. eigens geschulte Laien. Ergänzt wird diese

Geh-Struktur durch Gruppentreffen, woran vor allem Mütter aus der Zielgruppe teilnehmen. Dies entspricht der Zielsetzung, ihr soziales Netz zu erweitern.

HIPPY wird gegenwärtig an 14 Standorten in 13 deutschen Städten durchgeführt, davon befinden sich vier Standorte in Bayern: Erlangen, Fürth, München und Nürnberg.

Trotz einer gewissen Verbreitung in Deutschland wurde das HIPPY-Programm hier zu Lande nur unzureichend evaluiert. Die erste – und zugleich bisher letzte – umfassende Untersuchung vor gut einem Jahrzehnt bezog sich auf das damalige Modellprojekt. Die Untersuchung soll nun Aufschluss über die Wirkung des Programms und die zentralen Einflussparameter in diesem Kontext erbringen, indem ein kompletter HIPPY-Zyklus wissenschaftlich begleitet und dokumentiert wird.

Methodisches Vorgehen

Die wissenschaftliche Begleitung erstreckt sich über beide HIPPY Jahre, sie verfolgt die Entwicklung ab der Bewerbung der Familie für die Teilnahme an HIPPY. Den Abschluss bildet eine Bestandsaufnahme im Herbst 2007, die prüfen soll, in welchem Umfang und auf welchem Wege die Kinder eingeschult worden sind. Es handelt sich bei der Evaluation daher um eine kleine Längsschnittstudie.

Ogleich auch methodische Probleme damit einhergehen, setzt die Erhebung auf die Mitwirkung der HIPPY-Mitarbeiterinnen auf allen Organisationsebenen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der Zugang zur Zielgruppe gelingt und zugleich das Sprachproblem gelöst wird. Teilnehmen sollen alle HIPPY-Eltern, die in türkischer, russischer oder deutscher Sprache befragt werden können.

Zur Dokumentation der Wirkungsweise wurden mehrere Erhebungsinstrumente entwickelt, wobei teilweise auf bestehendes Material des Dachverbandes der HIPPY Deutschland e. V. zurückgegriffen wurde. So wurden die Instrumente zur Dokumentation des Aufnahmegesprächs wie auch die zur regelmäßigen Einschätzungen des Verlaufs des Programmes so verändert, dass sie für unsere Analysen ebenso verwertbar sind wie für den vereinsinternen Gebrauch.

Zur Erfassung der Erwartungen und Meinungen der Eltern wurden eigene Fragebögen gestaltet, die jeweils zu Beginn und am Ende eines HIPPY-Jahres ausgefüllt werden, wobei die Hausbesucherinnen – nach entsprechender

Schulung – als Interviewerinnen eingesetzt werden. Die Erhebungsinstrumente wurden für das erste und zweite Jahr jeweils spezifisch ausgearbeitet. Zusätzlich gibt es einen Kurzfragebogen, der die Gründe und Rahmenbedingungen bei einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Programm erfasst.

Übersicht über die Erhebungsinstrumente

Modul	Wer befragt?	Wann wird befragt?
Aufnahmegespräch	Koordinatorin	Vor Aufnahme des Programms 2005
I. Eingangsgespräch 1. Jahr	Hausbesucherinnen	Zwei Wochen nach Beginn des Programms 2005
II. Abschlussgespräch 1. Jahr	Hausbesucherinnen	Zum Ende des 1. Jahres 2006
IIIa. Eingangsgespräch 2. Jahr	Hausbesucherinnen	Zwei Wochen nach Beginn des 2. Jahres 2006
IIIb. Quereinsteigerbogen Eingangsgespräch 2. Jahr	Hausbesucherinnen	Zwei Wochen nach Beginn des 2. Jahres 2006, wenn ein Aufnahmegespräch vor dem 2. Jahr geführt wurde
IV. Abschlussgespräch 2. Jahr	Hausbesucherinnen	Zum Ende des 2. Jahres 2007
Zweiwöchentliche Bewertung	Hausbesucherinnen	Alle 2 Wochen bei den Hausbesuchen
Jährliche Bewertung	Hausbesucherinnen	Zum Ende des 1. Jahres 2006 bzw. zum Ende des 2. Jahres 2007
Einkommensblatt	Hausbesucherinnen lassen es dort	Günstiger Zeitpunkt

Die Konzeption und Entwicklung der Instrumente erfolgte in enger Abstimmung mit den Koordinatorinnen von HIPPY in Bayern.

Evaluation des Modellprojektes „Fit fürs Baby“ in Kulmbach

Projektleitung:

Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung:

Dipl.-Psych. Rotraut Oberndorfer, Dipl.-Soz. Päd. Melanie Mengel

Laufzeit:

01/2004 bis 12/2005

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Weitreichende gesellschaftliche Veränderungen, ob in der Arbeitswelt, im Rollenverständnis von Mann und Frau, im Generationenverhältnis oder in der demografischen Entwicklung, stellen hohe Anforderungen an Familien. Sowohl die Sicherung der materiellen Grundlage, die Organisation des Zusammenlebens als auch zunehmende Erwartungen an die Erziehungsleistung bringen für Eltern vielfältige Aufgaben mit sich. Gleichzeitig schrumpfen nicht nur die familialen Unterstützungsnetze, sondern werden auch eigene Erfahrungen im Umgang mit Kindern geringer und damit die alltäglichen Möglichkeiten, Wissen und Fähigkeiten in Erziehung und Betreuung zu erwerben. Zudem erscheinen diese Kenntnisse aufgrund des schnellen gesellschaftlichen Wandels immer weniger sicher. Zur Elternschaft gehört nicht nur die Sorge um das Kind, mit ihr gehen auch Veränderungen der eigenen Identität, der Partnerschaft und der sozialen Beziehungen sowie äußerer Bedingungen einher. Doch nicht alle Erziehenden verfügen über gleichermaßen günstige Ressourcen, diesen Übergang zu bewältigen. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, erhielt Familienbildung durch die Verankerung im Kinder- und Jugendhilfegesetz einen neuen Stellenwert als Unterstützungsangebot für alle Eltern. Sie soll frühzeitig und präventiv Wissen über familiale Belange vermitteln, die Entwicklung erzieherischer Handlungskompetenzen unterstützen und bei der Bewältigung des Alltags helfen. Doch stehen Eltern in prekären Lebenslagen oder aus bildungsfernen Milieus klassischen Angeboten der Familienbildung eher distanziert gegenüber und niedrigschwellige Konzeptionen gewinnen an Bedeutung.

Inhaltliches und methodisches Vorgehen

Das Modellprojekt baut auf vorhandenen Einrichtungen und Kooperationsstrukturen auf. Innerhalb eines Arbeitskreises wurde die Projektidee entwickelt und gemeinsam von den beteiligten Institutionen unterschiedlicher Trägerschaft umgesetzt. Kooperationspartner sind Kreisjugendamt und Gesundheitsamt, Frühförderung, Allgemeine Sozialberatung und Psychologische Beratungsstelle, die Referentin für Kindertagesstätten sowie der Familientreff. Das *ifb* begleitete den Prozess der Konzeptionsentwicklung und führte die Evaluation durch. Ziel des Modellprojekts ist, jungen Eltern und Alleinerziehenden zu einem frühen Zeitpunkt Informationen über die örtlichen Unterstützungsmöglichkeiten zu vermitteln und den Zugang zu Ressourcen zu fördern. Die Kombination von Geh- und Kommstrukturen soll es allen Eltern erleichtern, familienbildende Angebote zu nutzen. Ausgangspunkt ist ein Familientreff mit offenem Cafébetrieb, Second-Hand-Laden sowie Veranstaltungen zur Elternbildung und beruflichen Integration. Um Schwellenängste im Umgang mit Ämtern und Einrichtungen abzubauen, wurde dort das ‚Familienbüro‘ mit regelmäßigen offenen Sprechzeiten sechs verschiedener Institutionen eingerichtet. Es fungiert als erste allgemeine Anlaufstelle für erzieherische und alltägliche Fragen, bei Bedarf wird an Fachstellen weiter vermittelt. Während der Beratungen werden die Kinder betreut. Themennachmittage zu besonderen Inhalten ergänzen die Sprechstunde. Um das Angebot bereits zu einem frühen Zeitpunkt bekannt zu machen, wurde ein Besuchsdienst für Mütter nach der Geburt im Klinikum eingerichtet. Die pädagogische Fachkraft, die auch den Familientreff betreut, knüpft im persönlichen Gespräch erste Kontakte und überreicht ein „Willkommens-Set“. Dieses enthält u. a. den regionalen Familienwegweiser sowie Gutscheine für Second-Hand-Shop und Café. Insbesondere Familien in einer prekären finanziellen Situation soll so der Besuch des Treffs erleichtert werden. Die personelle Kontinuität der Mitarbeiterinnen ermöglicht ein Wiederanknüpfen an den Kontakt und soll ebenfalls Hemmschwellen senken. Auch zum ‚Familienbüro‘ vermitteln sie bei Bedarf Kontakt und übernehmen eine Brückenfunktion. Die aufsuchende Arbeit im Klinikum, der offene Cafébetrieb, die familienbildenden Veranstaltungen und die Anlaufstelle ‚Familienbüro‘ verschränken sich hier zu einem integrierten niedrigschwelligen Angebot, das sich begleitend zur Familienentwicklung weiterführen lässt.

Die Evaluation bediente sich quantitativer und qualitativer Verfahren: Es wurden standardisierte Dokumentationsbögen für die Beratungsgespräche im

Familienbüro entwickelt und ausgewertet sowie der Rücklauf der ausgegebenen Gutscheine erhoben. Des Weiteren wurden Leitfaden-Interviews mit den Mitarbeiter(inne)n des Familienbüros und des Besuchsdienstes geführt sowie eine qualitative Inhaltsanalyse der Protokolle und Unterlagen der Projektentwicklung und -durchführung vorgenommen.

Erste Ergebnisse

Die Arbeit des Besuchsdienstes im Klinikum wurde von den Müttern durchgängig positiv aufgenommen und ein sehr großer Anteil der Gutscheine wurde eingelöst. Dies geschah meist mit einer Verzögerung von ca. einem halben Jahr der Eingewöhnungszeit zu Hause. Im Familienbüro konnte die Zielgruppe der Familien in prekärer finanzieller Situation erreicht werden, dabei zeigte sich ein enger Zusammenhang mit der Haushaltsform: Alleinerziehende sind hier überproportional vertreten. Insgesamt nahmen zwar Eltern in unterschiedlichen sozialen Lagen und familialen Lebensformen das Angebot wahr, doch wurden Familien mit kumulierten Problemen eher selten erreicht. Die Eltern befanden sich vorwiegend am Beginn der Familienphase, da v. a. bei den Einkindfamilien Kinder im Alter von unter drei Jahren dominierten. Entsprechend waren die vorrangigen Gesprächsthemen Fragen zur kindlichen Entwicklung, zu Gesundheit und Ernährung, z. T. auch zur Partnerschaft. Auch finanzielle Inhalte wurden angesprochen, allerdings meist gemeinsam mit kindbezogenen Themen. Die Gespräche dienten i. d. R. der Informationsvermittlung und waren häufig nach einem Termin abgeschlossen oder es wurde an andere Institutionen weiterverwiesen. Teilweise schlossen sich Beratungen in der eigenen Einrichtung an. Als qualitatives Ergebnis bleibt festzuhalten, dass niedrigschwellige Arbeit in hohem Maße vom Engagement und der personellen Konstanz der Ansprechpartner abhängt.

Veröffentlichung

Aus diesem Projekt wird Anfang 2006 ein Bericht vorgelegt:

Mengel, Melanie/Oberndorfer, Rotraut: „Fit fürs Baby.

Evaluation eines niedrigschwelligen Modellprojekts der Familienbildung“.

ifb Materialien 2-2006.

Familienbilder, Einstellungen zur Berufstätigkeit und weibliche Erwerbsbeteiligung

Projektbearbeitung:

Dr. Tanja Mühling/Dipl.-Soz. Harald Rost/Dr. Marina Rupp/
Dipl.-Soz. Florian Schulz

Laufzeit:

04/2004 bis 12/2005
Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Im Laufe der letzten Jahrhunderte haben sich die Bedingungen und Formen familialen Zusammenlebens stark verändert. Entsprechend haben sich auch die Bilder und Vorstellungen gewandelt, welche die Menschen und die Wissenschaft mit dem Begriff „Familie“ in Verbindung bringen. Dass dabei die wissenschaftliche Perspektive nicht immer zwingend mit den tatsächlichen Lebensverhältnissen und Alltagswahrnehmungen der Menschen übereinstimmen muss, wurde in der neueren sozialhistorischen Forschung an vielen Stellen gezeigt. Dennoch bieten wissenschaftliche Erkenntnisse über die Veränderung des Familienlebens eine gute Ausgangsposition und Diskussionsgrundlage, um sich mit den Prozessen familialen Wandels auseinander zu setzen.

Eine in den letzten Jahren populär gewordene These ist die Behauptung, dass die Arbeitsteilung in der Familie immer weniger einer gesellschaftlich institutionalisierten und relativ starren geschlechtsspezifischen Logik folgt. Im Verlauf der Modernisierung wurde das Modell einer polaren Geschlechterverhältnissdifferenzierung durch die Idee eines neuen, „modernen“ Geschlechterverhältnisses ersetzt, das auf Gleichheits- und Gerechtigkeitsforderungen basiert. Damit einher geht die Annahme, dass die konkrete Ausgestaltung einer Beziehung von den beteiligten Partnern als Abgleich individueller Interessen ausgehandelt wird.

Dieser Wandel des Geschlechterverhältnisses von „polar“ zu „partnerschaftlich“ wird mit einer Reihe von korrespondierenden Prozessen in Verbindung gebracht, von denen angenommen wird, dass sie wechselseitig aufeinander wirken. Dabei handelt es sich um Entwicklungen, die häufig als „Individua-

lisierungsprozesse“ gedeutet werden. Unter diesem Etikett werden verschiedene Prozesse subsumiert, die zu einer Ausdehnung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten beigetragen haben: die Bildungsexpansion, die allgemeine Zunahme des Wohlstandes und ein tiefgreifender Wandel gesellschaftlicher Werte und individueller Einstellungen.

Dass sich die zunehmende Angleichung von Frauen und Männern nicht zwangsläufig in größere Geschlechtergleichheit umsetzen lässt, kann man z. B. daran erkennen, dass die Diskussion um die Problematik der „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“ ein Dauerbrenner in der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskussion geworden ist. In diesem Zusammenhang rückt – besonders in der familiensoziologischen Forschung – die Gestaltung des familialen Alltags als wesentliche Determinante der Vereinbarkeitsproblematik in den Mittelpunkt des Interesses. Häufig wird der oftmals geringe Beitrag der Männer an der Haushalts- und Familienarbeit als Ursache für die ausbleibende Modernisierung des Geschlechterverhältnisses ausgemacht: Frauen seien die „Leidtragenden“ und Männer die „Verursacher“ des Problems, das sich darin äußert, dass Frauen die alleinige Verantwortung für Haushalt und Kinder zu tragen haben, egal, ob sie berufstätig sind oder sein wollen; die Männer hingegen erfüllen bereits ihre Funktion als „guter“ Ehemann oder Familienvater, wenn sie durch ihre Erwerbstätigkeit die Familie materiell versorgen.

Der Staat versucht in diesem Kontext, über familienpolitische Maßnahmen wie Erziehungsgeld und Elternzeit, den Familien dabei Hilfestellungen zu geben. Auch die Wirtschaft hat das familienfreundliche Unternehmen als erfolgversprechendes Modell für die Zukunft entdeckt und lokale Bündnisse für Familien versuchen auf regionaler Ebene Vereinbarkeitsprobleme zu beseitigen. Die große Zauberformel heißt hier „Wahlfreiheit“, die es für die Familien zu schaffen gilt. Individuell zufriedenstellende Lösungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Paare schaffen entspannte Eltern und zufriedene Arbeitnehmer – so die These. Manchmal wird damit sogar die Hoffnung auf höhere Geburtenraten verknüpft.

Doch die Aufteilung von Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und -erziehung und Hausarbeit zwischen Mutter und Vater hängt nicht nur von staatlichen Transferleistungen, den äußeren Bedingungen der Arbeitswelt und den Kinderbetreuungsmöglichkeiten ab. Entscheidend sind auch die Familienbilder und Rollenkonzepte, welche die beteiligten Hauptakteure, nämlich die Eltern, internalisiert haben und welche Lösungen von ihnen auf der Basis dieser

Einstellungen und Werthaltungen präferiert werden. Diese normativen Rahmungen bilden wesentliche Einflussfaktoren für die Entscheidungsprozesse der Individuen.

Methodisches Vorgehen

Dieses Projekt widmet sich dieser Problematik aus der familiensoziologischen Perspektive und zeigt die Zusammenhänge von gesellschaftlichen Normen, Familienleitbildern und den Berufsverläufen von Müttern und Vätern auf. Anhand empirischer Studien und Reanalysen repräsentativer Datensätze werden die Erwerbsbiografien von Eltern nach dem Übergang zur Elternschaft dargestellt und im Kontext ihrer Rahmenbedingungen diskutiert. Dabei wird sichtbar, dass eine Abkehr von der, seit der Nachkriegszeit in den alten Bundesländern dominanten, „traditionellen Rollenstruktur“ – nach dem Muster „male breadwinner/female homemaker“ – zumindest in Westdeutschland nur sehr langsam erfolgt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor ein Problem ist, das sich überwiegend Müttern stellt.

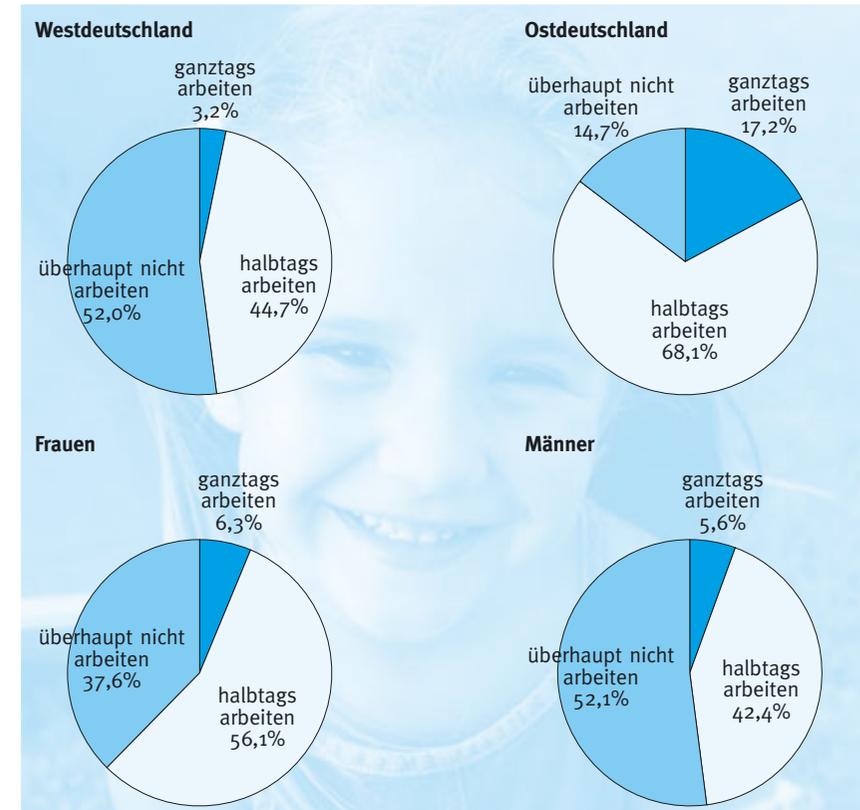
Die Ergebnisse zeigen, dass, im Widerspruch zu den Erwartungen, die aus theoretischer Perspektive abgeleitet werden können, eine starke Beharrlichkeit traditioneller Lösungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in Westdeutschland zu beobachten ist. Von der Theoriebildung bislang weitgehend vernachlässigt, erscheinen die Familienleitbilder mit ihrer Rückbindung an gesellschaftliche Normen, Rollenkonzepte und Institutionen, sowie Gelegenheitsstrukturen als die wesentlichen Determinanten des Familienlebens. Die daraus abgeleiteten Einstellungen und Werthaltungen der beteiligten Akteure bestimmen maßgeblich die Arbeitsteilung in der Familie und die Erwerbsverläufe von Müttern und Vätern nach dem Übergang zur Elternschaft.

Ausgewählte Ergebnisse

Innerhalb Deutschlands gibt es nach wie vor deutliche Unterschiede in den Einstellungen zur Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern, die noch nicht zur Schule gehen:

Während im früheren Bundesgebiet 52 % der Befragten finden, dass Mütter gar nicht berufstätig sein sollten, so lange die Kinder noch nicht zur Schule gehen, präferieren Ostdeutsche ganz deutlich Teilzeitbeschäftigungen für die betreffenden Frauen und stehen auch Vollzeittätigkeiten wesentlich aufgeschlossener gegenüber als dies bei den Westdeutschen der Fall ist.

Frauen sollten ... wenn ein Kind da ist, das noch nicht zur Schule geht.



Quelle: ISSP 2002; eigene Berechnungen; n=1.226

Ebenfalls deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den Geschlechtern. Während gut die Hälfte der Männer eine Erwerbstätigkeit von Müttern ablehnt, solange die Kinder noch nicht in die Schule gehen, stimmen nur 37 % der Frauen dieser Meinung zu. Für die Mehrheit von ihnen kommt eine Teilzeitbeschäftigung in Frage.

Veröffentlichung:

Mühling, Tanja/Rost, Harald/Rupp, Marina/Schulz, Florian (2006): Kontinuität trotz Wandel. Die Bedeutung traditioneller Familienleitbilder für die Berufsverläufe von Müttern und Vätern. Weinheim, München: Juventa (erscheint im März 2006).

Familienbezogenes Einkommensmonitoring

Projektleitung:

Dipl.-Soz. Harald Rost/Prof. Dr. Johannes Schwarze

Projektbearbeitung:

Dipl.-Soz. Marco Härpfer, Prof. Dr. Johannes Schwarze

Laufzeit:

03/2003 bis 12/2005

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Mit dem familienbezogenen Einkommensmonitoring wurde ein Instrument entwickelt, welches die Einkommenssituation von Familien, differenziert nach unterschiedlichen Familienstrukturen und verschiedenen Familienphasen, und die Veränderung der Einkommen dauerhaft beobachten und analysieren kann. Eine weitergehende Zielsetzung ist die Nutzung dieses Instruments als Basis für die Simulation der Auswirkungen sozial- und insbesondere familienpolitischer Maßnahmen auf die Einkommenssituation von Familien.

Das Projekt besteht aus zwei Teilstudien. Die erste Studie „Familienbezogenes Einkommensmonitoring – Konzepte und Daten“ wurde Anfang des Jahres 2004 abgeschlossen. In einem Anschlussprojekt wurde aufbauend auf diesen Vorarbeiten ein Simulationsmodell entwickelt, mit dem die Wirksamkeit ausgewählter familienpolitischer Maßnahmen analysiert werden kann.

Familienbezogenes Einkommensmonitoring – Konzepte und Daten

Im Rahmen dieses Projektes wurde zunächst ein systematischer Überblick über theoretische und methodische Fragen und Voraussetzungen für ein familienorientiertes Einkommensmonitoring erarbeitet. Aufbauend auf eine grundlegende Diskussion geeigneter und umfassender Einkommenskonzepte wurde insbesondere auf die Problematik von Äquivalenzskalen eingegangen, mittels derer die Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe vergleichbar gemacht werden können. Anschließend wurden die in Deutschland

für Einkommensanalysen geeigneten Datensätze vorgestellt und Unterschiede in der Erhebung von Einkommen herausgearbeitet.

Als Datengrundlagen für ein familienbezogenes Einkommensmonitoring kommen die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) in Frage. Beide Datensätze bieten die Möglichkeit einer differenzierten Analyse von Einkommenskomponenten auf verschiedenen Ebenen.

Die EVS dürfte zu einer genaueren Erfassung der Einkommen führen. Allerdings ist der Einfluss des Quotenverfahrens der Stichprobe auf die Ergebnisse noch weitgehend ungeklärt. Das SOEP hingegen ist eine Zufallsstichprobe, so dass Ausfallprozesse kontrolliert und inferenzstatistische Aussagen getroffen werden können. Vergleichende Analysen haben zudem gezeigt, dass die Unterschiede zwischen SOEP und EVS zu vernachlässigen sind, wenn Phänomene der Einkommensverteilung und -struktur analysiert werden.

Für die EVS spricht der Stichprobenumfang, der den des SOEP deutlich übersteigt. Allerdings sind mit dem SOEP differenziertere Analysen – zum Beispiel nach verschiedenen Familientypen (z. B. Alleinerziehende, Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder, Familien mit verheirateten Eltern) – möglich.

Familienbezogenes Einkommensmonitoring – Simulationsmodell

Das Ziel, die Lebenssituation und die finanzielle Lage der Familien zu verbessern, wird mit verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen verfolgt. Beispielsweise sind hier die Reform des Einkommenssteuerrechts, die Erhöhung des Kindergeldes sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nennen. Dabei sind Maßnahmen zur Erhöhung der verfügbaren Einkommen durch geringere Steuerbelastung und höhere Transferzahlungen (Steuerreform, Kindergeld) zu unterscheiden von der Verbesserung der Möglichkeiten eigener Erwerbstätigkeit (flexible Arbeitszeiten, institutionelle Kinderbetreuung etc.).

Die Wirkungen solcher Maßnahmen auf die Einkommensverteilung und die Anreizstruktur verschiedener Familienformen sind allerdings sehr komplex und auf den ersten Blick oft nicht erkennbar.

Zielsetzung des Folgeprojekts war es daher, ein Simulationsmodell zu entwickeln, mit dem die Wirksamkeit ausgewählter Maßnahmen im Hinblick auf unterschiedliche Familienformen analysiert werden kann, um die Effekte bzw. Effektivität solcher Maßnahmen differenzierter und präziser bestimmen zu können. Hierzu ist es erforderlich, das komplexe Bedingungsgefüge moderner Familienhaushalte zu modellieren.

Im Rahmen des Projektes wurde exemplarisch ein Modell entwickelt, mit dem die Strukturen des Bundes- bzw. der Ländererziehungsgeldgesetzes erfasst werden (vgl. Schwarze und Grabka 2005). Anschließend wurde die Güte des Modells getestet: Wie genau treffen die simulierten Werte die von den Befragten gemachten Angaben? Nachdem sich die Güte dieses Modells als ausreichend erwiesen hat, steht das Modell nun für die Berechnungen konkreter Reformalternativen zur Verfügung. Beispielsweise könnten verschiedene Parameter des Bundeserziehungsgeldgesetzes oder des bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes variiert und die Auswirkungen auf die Einkommensverteilung der Familien analysiert werden. Zu denken wäre hier z. B. an eine Ausweitung oder Einschränkung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Konkret wurde das Simulationsmodell genutzt, um die Kosten eines Lohnersatzbezogenen Erziehungsgelds zu schätzen. Die Ergebnisse zeigen, dass ca. 60% der anspruchsberechtigten Mütter vor der Geburt erwerbstätig waren. Die Simulation ergibt einen monatlichen Gesamtaufwand von rund 470 Millionen Euro.

Veröffentlichungen:

Johannes Schwarze:

Familienbezogenes Einkommensmonitoring. Konzepte und Daten, *ifb*-Materialien 8-2003.

Johannes Schwarze und Marco Härpfer:

Erziehungsgeld als Lohnersatzleistung – Simulation der Kosten, in Vorbereitung.

Johannes Schwarze und Markus Grabka:

Familienbezogenes Einkommensmonitoring – ein Simulationsmodell für familienpolitische Leistungen, in Vorbereitung.

Formation von Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Kompetenzentwicklung: Übergänge im Grundschulalter

Projektleitung:

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung:

Dipl. Soz. Wiebke Beckstette, Dr. Adelheid Smolka

Laufzeit:

03/2003 bis 02/2007 bewilligt; bis 02/2008 in Aussicht gestellt
Kooperationsprojekt des *ifb* und des Lehrstuhls für Soziologie I der Universität Bamberg; gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG); Teilprojekt der Forschungsgruppe „Bildungsprozesse, Kompetenzentwicklung und Formation von Selektionsentscheidungen im Vor- und Grundschulalter (BiKS)“

Gegenstand der Untersuchung

In internationalen Schulleistungsuntersuchungen – am bekanntesten ist die PISA-Studie – ist wiederholt deutlich geworden, dass das deutsche Bildungssystem gravierende Mängel aufweist. Es werden vor allem zwei Defizite gesehen:

- Im Vergleich zu anderen Ländern weisen deutsche Schülerinnen und Schüler einen niedrigeren Kompetenzstand auf. Die Unterschiede sind besonders deutlich bei den leistungsschwächeren Kindern, d. h. deutsche Kinder in den „unteren Leistungsgruppen“ weisen besonders ausgeprägte Defizite auf. Dies gilt sowohl für das Leseverständnis als auch für mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen.
- Außerdem hängen in Deutschland die Bildungsbeteiligung und der Lernfortschritt besonders stark von der sozialen Herkunft ab. Kinder mit Migrationshintergrund haben diesbezüglich die größten Hemmnisse zu überwinden.

Aufgrund des dreigliedrigen Bildungssystems in Deutschland erfolgt eine entscheidende Weichenstellung für den Bildungsverlauf bereits am Ende der Grundschulzeit. Damit wird zu einem relativ frühen Zeitpunkt entschieden, welche weiteren Bildungswege dem Kind offen stehen. Der Entwicklungsstand des Kindes, der als ein maßgebliches Kriterium für die Entscheidung

gilt, ist allerdings nicht nur von der individuellen Entwicklung des Kindes abhängig. Wichtige Einflussfaktoren darauf sind auch die Rahmenbedingungen in der Familie, im Kindergarten und in der Grundschule. Die Bildungsentscheidungen am Ende der Grundschulzeit sind somit das Ergebnis komplexer Entwicklungsprozesse auf der einen und spezifischer Entscheidungsverläufe auf der anderen Seite. Schließlich haben neben dem Kind bzw. seinen Leistungen auch Lehrer, Eltern und das soziale Umfeld Einfluss auf den Entscheidungsprozess. Über die Wechselbeziehungen dieser verschiedenen Aspekte allerdings ist bis heute noch vergleichsweise wenig bekannt.

In diesem Forschungsprojekt soll untersucht werden, welche sozialen Kontextbedingungen die Entscheidungsprozesse im Grundschulalter beeinflussen. Konkret geht es um die Frage, welche Faktoren die Wahl des Schultyps am Ende der Grundschulzeit bestimmen und wie der Entscheidungsprozess abläuft. In diesem Zusammenhang geht das Projekt insbesondere zwei Fragestellungen nach:

1. Welchen Einfluss hat die soziale Herkunft auf schulbezogene Entscheidungsprozesse unabhängig von den individuellen Kompetenzen der Kinder?
2. Wie stabil sind vorhandene Bildungspräferenzen im Zeitverlauf?
In diesem Kontext wird auch danach gefragt, in welchem Umfang sie von der sozialen Herkunft vorbestimmt sind und welche Bedeutung das Leistungsverhalten der Kinder hat. Von besonderem Interesse ist dabei die Beobachtung der Entwicklungen über längere Zeit hinweg: Wie konkretisieren oder verändern sich also die Bildungspräferenzen insbesondere der Eltern und Lehrer(innen)?

Methodisches Vorgehen

Um den beschriebenen Forschungsfragen nachzugehen, wurde ein vielschichtiges methodisches Design konzipiert. Die Zielgruppen der Studie sind Eltern und Lehrkräfte ausgewählter Grundschulklassen in zwei Bundesländern (Bayern und Hessen) sowie die Schülerinnen und Schüler selbst.

In einem ersten – eher deskriptiv ausgerichteten – Schritt wird untersucht, welche Rolle die sozio-ökonomischen Bedingungen der Herkunftsfamilie für Bildungsentscheidungen spielen. Hierzu werden Unterschiede im Bildungsverhalten anhand verschiedener relevanter Merkmale, wie z. B. elterliches Bildungsniveau, sozio-ökonomische Situation der Familie, Migrationshintergrund

und Familienstruktur detailliert beschrieben und auf ihre Einflusskraft hin geprüft. Dazu werden Vergleiche zwischen gleichermaßen leistungsstarken Kindern aus verschiedenen gesellschaftlichen Milieus vorgenommen.

In einem zweiten Schritt werden die konkreten Entscheidungswege beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarschule analysiert. Anhand unterschiedlicher Entscheidungsmodelle wird herausgearbeitet, welcher Logik die Entscheidungsprozesse folgen und welche Strategien ihnen zugrunde liegen. Als Rahmenbedingungen sind hierbei die institutionellen Vorgaben, wie etwa die im konkreten Fall geltenden landesspezifischen Übergangsregelungen, das örtliche Schulangebot sowie die individuellen, vor allem leistungsbezogenen, Voraussetzungen zu berücksichtigen. Nur in einer umfassenden Analyse kann geklärt werden, ob soziale Unterschiede bei der Wahl der Schule eher auf subjektiv unterschiedliche Entscheidungsstrategien oder auf Unterschiede in den relevanten objektiven Parametern zurückzuführen sind.

Dem Prozesscharakter trägt eine Längsschnittkonzeption Rechnung, in der quantitative und qualitative Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung kombiniert werden:

Zentrales Instrument zur Erfassung der familialen Rahmenbedingungen ist ein standardisierter Elternfragebogen. Mit diesem werden Daten zur sozialen und ökonomischen Lage der Familie, zu allgemeinen und bildungsbezogenen Einstellungen der Eltern, zu ihrer Einschätzung der Kompetenzen ihres Kindes sowie zu relevanten Einflussfaktoren erhoben. Die Stichprobe soll 2.000 Eltern umfassen, welche zunächst drei Mal im Abstand von etwa einem halben Jahr telefonisch befragt werden. Die erste Befragungswelle findet im Frühjahr 2006 statt.

Daneben werden auch die Klassenlehrer(innen) der ausgewählten dritten Klassen mit Hilfe eines standardisierten Instruments befragt. Dabei werden allgemeine Rahmendaten zur Struktur und Leistungsfähigkeit der Klasse erhoben, aber auch die persönlichen pädagogischen Orientierungen der Lehrkräfte sowie die Kriterien, welche sie ihren Übergangsempfehlungen zugrunde legen. Zusätzlich wird den Lehrkräften ein kindbezogener Einschätzungsbogen zur individuellen Bewertung der Kinder vorgelegt. Zur direkten Erfassung der Kompetenzen der Kinder werden mit diesen – parallel zur übrigen Datenerhebung – verschiedene Tests durchgeführt.

Um den Prozess der Entscheidungsfindung möglichst präzise nachzeichnen zu können, werden zusätzlich zu den standardisierten Erhebungen mit 40 Eltern und 20 Lehrkräften jeweils zwei persönliche qualitative Interviews auf der Grundlage eines Interviewleitfadens geführt. Ziel dieser Interviews ist es, konkrete Entscheidungsverläufe – zu denen u. a. auch Aushandlungsprozesse innerhalb der Familie, aber auch zwischen Familie und Schule gehören – abzubilden und subjektive Entscheidungsstrategien und -kriterien (der Eltern wie auch der Lehrkräfte) herauszuarbeiten.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter www.biks-bamberg.de.

ifb-Familienreport Bayern

Projektleitung:

Dipl.-Soz. Harald Rost

Projektbearbeitung:

Dr. Tanja Mühling, Dipl.-Soz. Harald Rost

Laufzeit:

fortlaufend

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Seit 1998 beobachtet das *ifb*, als eine Daueraufgabe, die Situation der Familien im Freistaat Bayern. Dazu wird kontinuierlich umfangreiches statistisches Datenmaterial über bayerische Familien gesammelt, ausgewertet und dokumentiert. Dabei werden neben der jeweils aktuellen Bestandsaufnahme anhand von statistischen Zeitreihen auch langfristige Entwicklungen aufgezeigt. Diese Datendokumentation soll der Politik, der Verwaltung, den Verbänden und der Wissenschaft als grundlegende Informationen dienen, anhand derer mögliche Problemstellungen erkannt und neue Anforderungen an familienpolitische Maßnahmen abgeleitet werden können. Eine Familienberichterstattung auf Länderebene ist zunehmend wichtig, um dem steigenden Bedarf an differenzierten Informationen über die Situation und den Wandel von Familienformen gerecht zu werden.

Bislang sind im Jahr 2000 und 2003 zwei *ifb*-Familienreporte Bayern erschienen. Neben der Darstellung allgemeinerer Strukturdaten über bayerische Familien und der familienpolitischen Leistungen des Freistaates Bayern wurden auch ausgewählte inhaltliche Schwerpunktthemen vertiefend behandelt. Im *ifb*-Familienreport Bayern 2000 waren dies die Themen „Familie und Gesundheit“ und „Familie und Wohnen“, im *ifb*-Familienreport Bayern 2003 befasste sich der Schwerpunkt mit ausgewählten Aspekten der sozio-ökonomischen Situation von Familien. Als Ergänzung der bisher vorgelegten *ifb*-Familienreporte wird jährlich ein Tabellenband als ausführliches Nachschlagewerk erstellt, der viele detaillierte Informationen und vertiefende Materialien bereithält.

Zielsetzung des Fortsetzungsprojekts im Berichtsjahr 2005 war die Fortführung der Statistiken zur aktuellen Situation der Familie, d. h. eine kontinuierliche Aktualisierung der Strukturdaten zu Familien aus der amtlichen Statistik. Gleichzeitig wurden im Hinblick auf die Konzeption des *ifb*-Familienreports 2006, die einen thematischen Schwerpunkt zum Thema „Väter“ vorsieht, umfangreiche Reanalysen des aktuellen Mikrozensus und der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes durchgeführt und Expertisen zu verschiedenen Themen der aktuellen Väterforschung eingeholt.

Methodisches Vorgehen

Die Datendokumentation der *ifb*-Familienreporte basiert auf der kontinuierlichen Sichtung und Auswertung verschiedener Datenquellen der amtlichen Statistik (statistische Jahrbücher, Fachserien, Jugend- und Altenhilfestatistik, Sozialhilfestatistik). Dazu kommen statistische Analysen von Mikrozensusdaten, des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), des Allbus, des DJI-Familien surveys sowie eigener Erhebungen aus dem Datenbestand des *ifb*.

Veröffentlichungen

ifb Familienreport Bayern 2003, *ifb*-Materialien 2-2003.

ifb Familienreport Bayern 2004 Tabellenband, *ifb*-Materialien 1-2005.

Der Tabellenband wird laufend aktualisiert und ist auf den Internetseiten des *ifb* unter www.ifb-bamberg.de abrufbar.

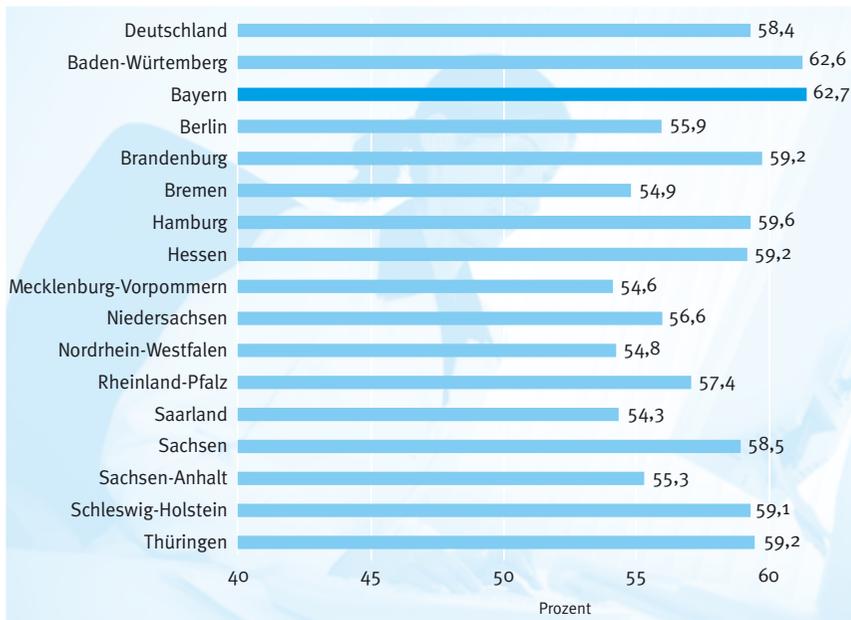
Ausgewählte Ergebnisse

Die folgende Grafik (Geburten in Bayern von 1930 - 2004) zeigt die langfristige Entwicklung der Geburtenzahlen in Bayern. Deutlich erkennbar sind die Geburtenrückgänge zur Zeit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre und die Geburtenausfälle aufgrund des zweiten Weltkrieges Mitte der 1940er Jahre.



Weiterhin erkennbar ist nach dem Babyboom in den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ der große Geburtenrückgang Mitte der 1960er Jahre, oftmals als „Pillenknick“ bezeichnet, und die seit nunmehr drei Jahrzehnten auf niedrigem Niveau (zwischen 1,3 und 1,4) pendelnden Geburtenziffern (Total Fertility Rate).

Anhand der Grafik zum Ländervergleich der Frauenerwerbstätigenquoten von 2004 zeigt sich, dass Bayern bundesweit die höchste Frauenerwerbstätigenquote hat. Sie liegt mit 62,7% deutlich über dem Gesamtdurchschnitt für Deutschland (58,4%).



Innerfamiliäre Arbeitsteilung als Prozess

Projektleitung:

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung:

Dipl.-Soz. Daniela Grunow, Dipl.-Soz. Harald Rost,
Dipl.-Soz. Florian Schulz

Laufzeit:

03/2005 bis 02/2007

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Gegenstand der Untersuchung

Von den Verbesserungen der Bildungs-, Erwerbs- und Karrierechancen der Frauen wurde vielfach erwartet, dass sie zu einem deutlichen Abbau der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie führen würden. Neuere Studien deuten aber darauf hin, dass sich trotz der Veränderungen in den privaten Lebensformen und der steigenden Erwerbsbeteiligung (verheirateter) Frauen, im Bereich der innerfamiliären Arbeitsteilung erstaunlich wenig verändert hat. Das Anliegen dieses Forschungsvorhabens ist es deswegen, die familiäre Arbeitsteilung in der Beziehungs- und Familienentwicklung zu beschreiben und zu erklären. Um einen vertieften Einblick in die Dynamik der Aufgabenteilung im Zeitablauf zu erlangen, ist es erforderlich Längsschnittbeobachtungen auszuwerten. Im Rahmen dieser Studie werden dabei sowohl qualitative als auch quantitative Forschungsmethoden eingesetzt.

Das Projekt greift auf Theorien der kontext- und situationsbezogenen (Wahl-) Handlungen zurück und versucht, die Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse der Partner nachzuzeichnen.

Zunächst wird es darum gehen, vorhandene Datensätze auszuwerten und aufzuzeigen, wo deren Grenzen liegen, d. h. welche Fragestellungen mittels vorhandener Materialien nicht beantwortet werden können. Daneben soll das Projekt auch einen Beitrag zur Entwicklung neuer theoriegeleiteter Erhebungsinstrumente für die Untersuchung der innerfamiliären Arbeitsteilung im Rahmen des neuen DFG-Schwerpunktprogramms 1161 „Beziehungs- und Familienentwicklung“ leisten.

Inhaltliches und methodisches Vorgehen

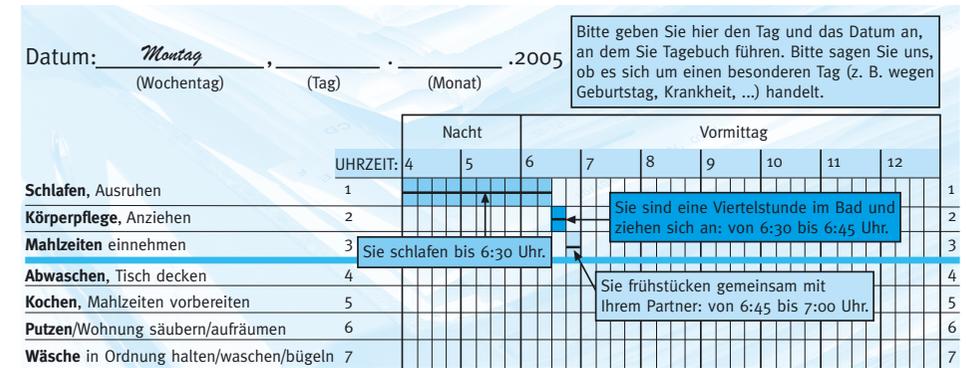
Das Projekt verfolgt im Wesentlichen drei inhaltliche Ziele: Erstens soll die Veränderung der innerfamiliären Arbeitsteilung – im Hinblick auf den Umfang und die Aufteilung der Haushalts- und Kinderbetreuungstätigkeiten – in der Beziehungs- und Familienentwicklung im Zeitablauf beschrieben werden. Untersucht werden Paare in nichtehelichen und ehelichen Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder. Zum zweiten sollen durch das Projekt die gängigen Theorien zur Erklärung der Verlaufsmuster und Mechanismen von Arbeitsteilung geprüft und gegebenenfalls weiter entwickelt werden. Einen dritten Schwerpunkt der Studie bildet die Frage nach der Bedeutung von unterschiedlichen Ressourcenkombinationen innerhalb eines Paares sowie der sozialen Herkunft für die Entwicklung der Aufgabenteilung.

Als Datenbasis für die Analysen werden zum einem vorhandene repräsentative Datensätze (das Sozio-ökonomische Panel, das Bamberger-Ehepaar-Panell und die Bamberger Längsschnittuntersuchung zur Lebenslage nichtehelicher Lebensgemeinschaften) und zum anderen eine kleine, qualitative Befragung von Paaren herangezogen. Ziel der quantitativen Auswertungen ist vor allem die Auslotung von inhaltlichen und methodischen Grenzen des Materials. Mit Hilfe der qualitativen, explorativen Pilotstudie soll die Dynamik von Entscheidungsprozessen innerfamiliärer Arbeitsteilung bei ca. 25 (Ehe-) Paaren mit ausgewählten Ressourcenkombinationen nachgezeichnet und vertieft analysiert werden.

Ausgewählte Ergebnisse

In Anlehnung an das Programm des DFG-Schwerpunktes 1161 „Familien- und Beziehungsentwicklung“ wurde in der ersten Projektphase ein standardisiertes Erhebungsinstrument zur Erfassung der Zeitverwendung im Alltag entwickelt. Der Fragebogen wurde nach dem Vorbild der Zeitverwendungsstudie im Rahmen des Bamberger-Ehepaar-Panells konzipiert und aufgrund der Erfahrungen aus mehreren kleinen Pretests weiterentwickelt. Im vierten Quartal 2005 wurde der Fragebogen als Teil der ersten Erhebungswelle des Testpanels des DFG-Schwerpunktprogramms verwendet.

Ausschnitt aus dem Zeitverwendungstagebuch.



Veröffentlichungen

- Florian Schulz, Daniela Grunow, Harald Rost & Marina Rupp (2005): Zeitverwendung im Alltag. Das *ifb*-Zeitverwendungstagebuch. Bamberg: *ifb*-Materialien 3-2005.
- Florian Schulz (2005): Zeitverwendung im Alltag. Dokumentation zum *ifb*-Zeitverwendungstagebuch. Bamberg: *ifb*-Materialien 4-2005.

Internationaler Vergleich familienpolitischer Leistungen

Projektleitung und -bearbeitung:

Prof. Dr. Johannes Schwarze, Dr. Tanja Mühling

Laufzeit:

01/2005 bis 04/2007

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Die relativ niedrigen Geburtenraten in Deutschland werden sich auf lange Sicht äußerst problematisch auf die sozialen Sicherungssysteme auswirken und sind u. a. deswegen zu einem Thema der Berichterstattung in den Medien und der Politik geworden. Neben den notwendigen Reformen der Altersvorsorge werden dabei v. a. Politikansätze diskutiert, von denen man sich eine Erhöhung der Kinderzahlen erhofft. Obwohl alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesunkene Geburtenraten aufweisen, bestehen doch zwischen den einzelnen Ländern bemerkenswerte Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes des Geburtenrückgangs. Demnach scheint den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Elternschaft für das Ausmaß, in dem sich Menschen ihren Kinderwunsch erfüllen, eine große Bedeutung zuzukommen. Insbesondere die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und Frankreich sind beliebte Beispiele, wenn der Zusammenhang zwischen umfangreichen familienpolitischen Leistungen und überdurchschnittlich hohen Fertilitätsraten untermauert werden soll. Das *ifb*-Projekt möchte einen Schritt über die übliche Beschreibung von familienpolitischen Maßnahmen und Angeboten hinaus gehen und die finanziell wirksamen Parameter genauer untersuchen, um eine größere Transparenz und letztlich auch Seriosität bei den internationalen Vergleichen zu erlangen. Zu diesem Zweck soll systematisch verglichen werden, wie sich die unterschiedlichen sozialen Sicherungssysteme auf die Lebensbedingungen von Familien in Deutschland, Schweden und Frankreich auswirken. Hierzu ist ein profunder Einblick in die sozialrechtlichen Rahmenbedingungen und das konkrete Leistungsspektrum der drei untersuchten

Länder erforderlich. Diese Basis wird in Kooperation mit Experten am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) geschaffen.

Im Jahr 2005 wurde zum einen der theoretische Hintergrund für das Projekt erarbeitet, zu dem eine Einordnung der drei Untersuchungsländer in die aktuellen Entwicklungen der Wohlfahrtsstaatenforschung gehört. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Deutschland und den beiden Vergleichsländern liegt in den Geschlechterarrangements: Während in (West-) Deutschland die Hausfrauenehe eine starke historische Bedeutung hat, legt v. a. die schwedische Familienpolitik großes Gewicht auf die berufliche Gleichstellung der Frauen. Müttererwerbstätigkeit hat in Schweden und Frankreich eine lange Tradition, Kinderbetreuung wird hier überwiegend als eine staatliche Aufgabe betrachtet, weswegen gut ausgebaute öffentliche Kinderbetreuungssysteme vorhanden sind. Deutschland hat bisher viel stärker als Schweden und Frankreich auf die Unterstützung von Familien durch finanzielle Transfers gesetzt.

Wenn Menschen ihre Entscheidungen darüber treffen, wie viele Kinder sie bekommen und in welchem Ausmaß sie nach dem Übergang zur Elternschaft einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen, spielen institutionelle Rahmenbedingungen und persönliche Merkmale, aber auch Einstellungen zum Stellenwert von Kindern und Familienleitbilder eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund wurden vergleichende Analysen des ISSP 2002 und des Eurobarometers zur Haltung gegenüber berufstätigen Müttern, zur Inanspruchnahme der Elternzeit durch Väter und zur Aufgabenteilung zwischen den Eltern bei der Kinderbetreuung vorgenommen. Diese Analysen haben deutliche Einstellungsunterschiede zwischen Schweden und Deutschen ergeben, die Franzosen nehmen eine mittlere Position zwischen den beiden anderen Populationen ein. Zum anderen konnte anhand von Auswertungen des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) belegt werden, dass sich Familien in Deutschland, Frankreich und Schweden in finanzieller Hinsicht unterschiedlich positionieren. Familien in Schweden weisen im Vergleich die niedrigsten Armutsquoten und die geringste soziale Ungleichheit auf.

Die konkreten Auswirkungen der unterschiedlichen sozialen Systeme für die materielle Lage der Familie sollen dann im Jahr 2006 für eine Referenzfamilie untersucht werden, wozu die jeweiligen Bedingungen der drei Länder Deutschland, Frankreich und Schweden zu modellieren sind. Als Referenzfamilie wird zunächst ein kinderloses, erwerbstätiges Ehepaar mit einem landestypischen Durchschnittseinkommen herangezogen. Für dieses Paar wird berechnet, welches Einkommen es vor sowie nach der Geburt des ersten Kindes erzielt und welches ihm schließlich als vierköpfige Familie zur Verfügung steht. Dabei werden verschiedene Erwerbskonstellationen (d. h. beide Vollzeit, ein Partner Vollzeit/einer Teilzeit oder nur eine erwerbstätige Person) und die daraus folgenden Einkommensunterschiede berücksichtigt.

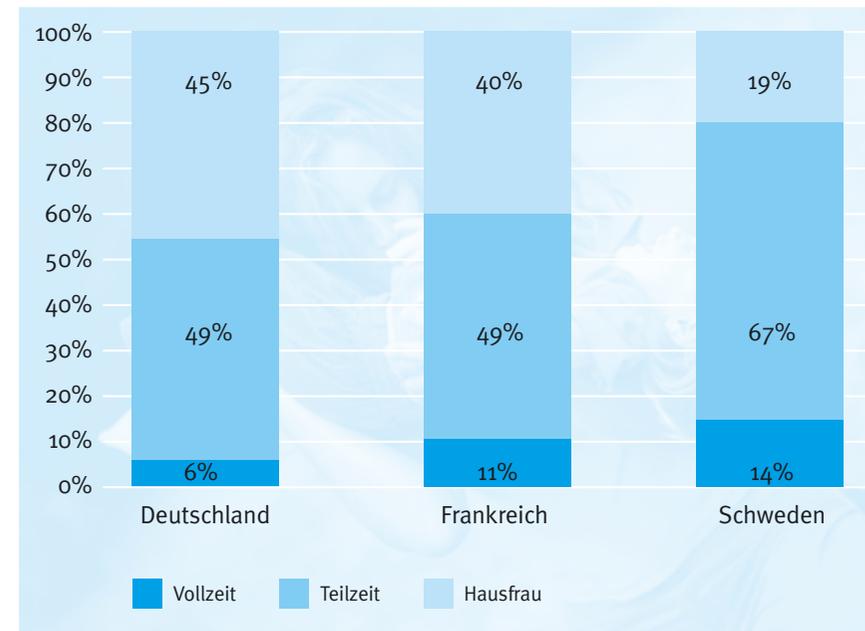
In die Berechnungen sind neben den durch das länderspezifische Steuersystem bedingten Nettoerwerbseinkommen und den direkten staatlichen Transfers v. a. die Ausgaben für die Kinderbetreuung einzubeziehen. Hierdurch wird deutlich, welche finanziellen Auswirkungen familienbiographische Übergänge – wie etwa der vom kinderlosen Paar zur Kleinfamilie – in den drei Ländern für die Betroffenen mit sich bringen. Flankierend sind die Chancen der Referenzfamilie auf Kinderbetreuungsplätze und auf Teilzeitarbeitsstellen zu bewerten und die Auswirkungen der jeweiligen Erwerbsbeteiligung auf die Altersvorsorge (Stichwort Anrechnung von Erziehungszeiten) zumindest überblicksartig zu thematisieren.

Neben den skizzierten Analysen aus der Perspektive der Referenzfamilie soll dargestellt werden, wie sich Deutschland im Vergleich mit Frankreich und Schweden hinsichtlich des finanziellen Einsatzes für Kinderbetreuung vs. für direkte Transfers positioniert und welchen Betrag die drei Länder jeweils für welche Leistungen ausgeben.

Ausgewählte Ergebnisse

Der vollständige Rückzug der Mütter aus dem Erwerbsleben findet in Deutschland mit 45 % der Befragten des ISSP 2002 die breiteste normative Basis, demgegenüber findet eine solche traditionell orientierte Sicht in Schweden kaum Zustimmung (19 %). Das „Kompromissmodell“ der Teilzeit arbeitenden Mutter wird in Schweden von mehr als zwei Dritteln unterstützt.

Sind Sie der Meinung, dass Frauen ganztags, halbtags oder überhaupt nicht außer Haus arbeiten sollten, wenn ein Kind da ist, das noch nicht zur Schule geht?



Die soziale Akzeptanz der Arbeitsmarkt-beteiligung von Müttern ist in Frankreich zwar höher als in Deutschland, aber ebenfalls weit entfernt von der Haltung in Schweden.

Kinderreiche Familien

Projektleitung: Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung: Dr. Kurt P. Bierschock, Dr. Marina Rupp

Laufzeit:

08/2002 bis 12/2005

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Eine in der aktuellen Diskussion um die Familienentwicklung wenig beachtete Gruppe bilden Familien mit mehr als zwei Kindern. Doch gerade diese Familien, so steht zu vermuten, sind mit verschiedenen Aspekten sozialer Benachteiligung bis hin zur gesellschaftlichen Ausgrenzung konfrontiert – treten doch bei ihnen die Nachteile familialer Lebensformen (wie z. B. Mobilitätshemmungen, ökonomische Belastung) verstärkt auf. Auch können sie ihre Bedürfnisse (z. B. in den Bereichen Wohnen, Wohnumfeld, Urlaub) schwerer decken als z. B. kleine Familien. Zudem sind diese Familien mit einem eher negativen Image versehen – man denke hier z. B. an Probleme mit Vermietern. War man früher „mit vieren“ kinderreich, so gilt dies heute wohl bereits ab einer Kinderzahl von drei.

Bekannt sind von diesem Familientyp seine gesunkene Bedeutung gemessen an seinem Anteil an allen Familienformen, ökonomische Probleme sowie einzelne Merkmale der Sozio-demographie. Wenig wissen wir über konkrete Lebensverhältnisse und praktisch nichts über die Hintergründe dieser Familien oder auch die Perspektiven, die sie ihren Kindern heute bieten können. Die allgemeine gesellschaftliche Wertschätzung der Familien und die Idealvorstellung zur Kinderzahl stellen hier einen wesentlichen kulturell bestimmten Rahmen dar. Für die Bundesrepublik lässt sich sagen, dass zwei Kinder als die ideale Zahl gelten, so dass – wie gesagt – ab dreien der „Kinderreichtum“ beginnt. Wer sich dieser Herausforderung stellt und welche Konsequenzen dies für das Familienleben hat, ist Gegenstand des umfangreichen Projektes.

Methodisches Vorgehen

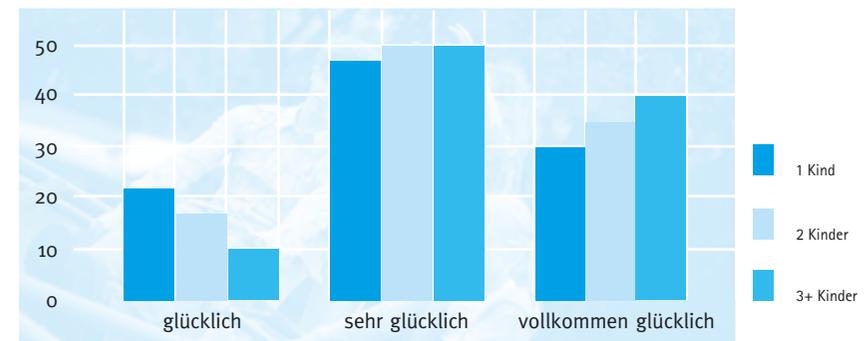
Das Forschungsvorhaben umfasst zum einen Reanalysen relevanter Informationen aus bestehenden Datensätzen (vor allem des sozio-ökonomischen Panels und des Mikrozensus). Die Analysen des Mikrozensus werden von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg durchgeführt, die dieses Thema gemeinsam mit dem ifb bearbeitet.

Ergänzt wird dieses Vorhaben durch Ergebnisse aus dem Bamberger-Ehepaar-Panel, in dem eigene Fragen zum Thema kinderreiche Familien aufgenommen wurden.

Einen weiteren Baustein bildet eine qualitative Befragung von 30 großen Familien. Im Rahmen von ausführlichen Gesprächen wurden die Entscheidungsprozesse und die Entwicklungen in verschiedenen Bereichen Schritt für Schritt abgebildet. Hierdurch konnten wichtige Detailinformationen sowie persönliche Einschätzungen der betroffenen Familien in Erfahrung gebracht werden.

Ausgewählte Ergebnisse

Welche Familien „leisten“ sich heute noch mehr als zwei Kinder? Den Daten des Bamberger-Ehepaar-Panels zufolge handelt es sich dabei eher um Eltern mit kirchlicher Orientierung, die in kleineren Gemeinden leben. Diese Mütter und Väter haben seltener Hochschulabschlüsse und sie haben jünger geheiratet als andere Eltern. Die Ehen sind stabiler als bei kleinen Familien und die Erwartungen an die Treue des Partners höher, aber auch die Zufriedenheit mit der Partnerschaft ist größer als bei kleineren Familien.



Quelle: Bamberger-Ehepaar-Panel 2002

Repräsentative Daten zeigen, dass große Familien im oberen wie im unteren Bildungsbereich – und damit auch Einkommenssektor – häufiger sind. Zudem sind die Eltern mit mehreren Kindern zumeist verheiratet. Migrantenfamilien haben häufiger eine höhere Kinderzahl als deutsche.

Für die meisten Eltern entspricht die Kinderzahl ihren Vorstellungen, doch immerhin 29% geben heute zu, dass ihnen eine kleinere Familie eigentlich lieber gewesen wäre.

Kinderreichtum führt einerseits zu starken ökonomischen Belastungen. So treten vor allem bei Familien, in denen alle Kinder noch minderjährig sind, teilweise Engpässe auf. Große Familien sind daher eher auf staatliche Leistungen wie Sozialhilfe oder Wohngeld angewiesen als kleinere. Andererseits leben nicht wenige große Familien in zufriedenstellenden Verhältnissen, dies gilt besonders für die Befragten des Bamberger-Ehepaar-Panels. Bei dieser Gruppe bewegen sich die Haushaltseinkommen im oberen Bereich. Dabei werden die relativ hohen Einkommen zum weitaus größten Teil von den Vätern erzielt. Mütter erwirtschaften in kinderreichen Familien „nur“ rund ein Viertel des Familieneinkommens, da sie sich mehr in der Kindererziehung und dem Haushalt engagieren. Je größer die Kinderzahl, um so seltener bzw. geringer ist die Müttererwerbstätigkeit. Dies erklärt auch, weshalb in einigen großen Familien das Geld knapp ist. Verdienen die Mütter nicht dazu und muss von einem Einkommen der gesamte Bedarf gedeckt werden, so ist ein sehr guter Verdienst des Ernährers nötig, damit die Familie nicht unter die Armutsgrenze rutscht. Schließlich muss das Einkommen auf mehrere Personen verteilt werden. Berücksichtigt man bei der Einkommensberechnung dementsprechend den Bedarf, also die Zahl der Familienmitglieder, ergeben sich bei den repräsentativen Daten deutlich geringere Einkommen für kinderreiche Familien im Vergleich mit kleineren.

Veröffentlichungen

Bierschock, Kurt: Kinderreiche Familien – ein Überblick.

Artikel für das Online-Familienhandbuch (Redaktion: Martin Textor)

http://www.familienhandbuch.de/cmain/s_1533.html.

Bierschock, Kurt/Rupp, Marina: Kinderreich und arm zugleich?

Zeitschrift für Familienforschung, 2/2005, S. 153-166.

Rupp, Marina: Große Familien. In: Rost, Harald/Rupp, Marina/Schulz,

Florian/Vaskovics, L.A.: Bamberger Ehepaar-Panel, *ifb*-Materialien 6-2003, S. 97-116.

Rupp, Marina: Die Lebenssituation kinderreicher Familien und sozialpolitische Herausforderungen. In: Althammer, J./Kummer, U.: Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung. Tagungsband. Mohr-Siebeck (im Erscheinen).

MUM Münchner Unterstützungsmodell gegen häusliche Gewalt

Projektleitung: Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung:

Dr. Marina Rupp, Anna Schmöckel, Dr. Ruth Limmer

Laufzeit:

01/2004 bis 12/2005

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand des Projekts

Die Opfer von Gewalthandlungen leiden häufig unter schwerwiegenden physischen und psychischen Folgen der Tat. Durch professionelle Beratung, Information über die Rechte des Opfers und individuelle verhaltensorientierte Empfehlungen kann diesen Menschen geholfen werden. Auch ist es oftmals angeraten auf weitere oder längerfristige Hilfsangebote bis hin zur Betreuung zu verweisen. Diese Hilfe kann es dem Opfer ermöglichen, sich aus seiner Situation zu befreien, so dass damit Wiederholungstaten vermieden werden. Langfristige Auswirkungen einer Verminderung von Gewalt werden auch für die Kinder erwartet: zum einen soll ihr unmittelbarer Schutz verbessert werden, zum anderen kann damit auch die Kinderkriminalität und darüber hinaus – als langfristige Wirkungen – auch die „Vererbung der Gewaltneigung“ auf Folgegenerationen gesenkt werden. Ziel dieses Modellprojektes ist es vor diesem Hintergrund, möglichst vielen betroffenen Opfern die Möglichkeit zu geben, sich ihren persönlichen Bedürfnissen entsprechend adäquat beraten zu lassen.

Das größte Problem im Kontext von Gewalt im sozialen Nahraum ist das Dunkelfeld, also die geringe Bereitschaft, über die Gewalterfahrungen zu berichten und dagegen vorzugehen. Um die offenbar hohen Hemmschwellen, sich Hilfe zu suchen, zu überwinden, wird ein pro-aktiver Ansatz im Modellprojekt erprobt und eine sogenannte „zugehende“ Beratung angeboten.

Das Konzept sieht folgendermaßen aus: Das Kriminalkommissariat 314 – Prävention und Opferschutz – des Polizeipräsidiums München erhält Kenntnis

von allen im Bereich des Präsidiums München angezeigten Straftaten im Kontext häuslicher Gewalt und weiteren relevanten Straftaten. Hier werden die polizeilichen Informationen zusammengeführt. K 314 hat somit Zugang zu einem relevanten Teil der Opfer von Gewalt.

Um diesen Zugang für weitere Hilfsangebote nutzbar zu machen, wurde eine Kooperation von Kriminalkommissariat 314 und sechs spezialisierten Beratungseinrichtungen geschlossen. Die Beratungsstellen werden durch K 314 über Fälle von Gewalthandlungen im persönlichen Nahbereich informiert. Die Adressweitergabe erfolgt mit Einwilligung der Betroffenen, welche in der Regel im Rahmen des polizeilichen Einsatzes eingeholt wird. Auf diese Weise wird es den Beratungseinrichtungen ermöglicht, Kontakt mit den Opfern aufzunehmen und evtl. Interventionsbedarf zu klären. Ziel ist es, dem Opfer zeitnah die Möglichkeit zu geben, sich einen zeitlichen und räumlichen Schutzraum zu schaffen (GewSchG, Sicherheitsplan, Opferstabilisierung). Auf der Grundlage der polizeilichen Datenweitergabe nach Fällen „häuslicher Gewalt“ verpflichten sich die koordinierenden Erstberatungsstellen im Rahmen des Münchner Unterstützungs-Modells gegen häusliche Gewalt zu einer zeitnahen Kontaktaufnahme mit dem Opfer (pro-aktiver Ansatz) und unterbreiten diesem ein Beratungsangebot.

Flankierend werden die Bemühungen um Sensibilisierung von Entscheidungsträgern, Fachkräften, Behörden, Justiz und Öffentlichkeit über dieses Netzwerk forciert.

Methodische Vorgehensweise

Die wissenschaftliche Begleitung arbeitet auch bei diesem Projekt mit verschiedenen methodischen Bausteinen. Die Einrichtungen, aber vor allem K 314 dokumentieren das Fallaufkommen während der Projektlaufzeit und sammeln auch weitere statistische Daten. Zudem finden neben regelmäßigen Treffen aller Beteiligten (incl. der wissenschaftlichen Begleitung) Expertengespräche in Form von zwei Gruppendiskussionen statt. In diesem Rahmen wurden Zielsetzung des Modellprojektes vor dem Hintergrund der jeweils vorhandenen Rahmenbedingungen und Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert. Weiterhin wurde eine Falldokumentation erstellt, indem für zwei Monate (April und Mai 2005) alle MUM-Beratungen mittels eines eigens entwickelten Erhebungsinstrumentes erfasst und statistisch ausgewertet wurden.

Ausgewählte Ergebnisse

Sowohl die Leiter(innen) der beteiligten Einrichtungen als auch die Berater(innen) zeigten sich weit überwiegend zufrieden mit dem Konzept und ihrer Tätigkeit für MUM. Die positive Einschätzung dokumentiert sich auch darin, dass alle Kooperationspartner die Modellphase verlängerten, als bis zum 01.07.2005 keine andere Lösung – vor allem für die Koordination von MUM – gefunden wurde.

Den Ergebnissen zu Folge ist die Akzeptanz der Beratung groß. Von den Betroffenen, die von den Beratungseinrichtungen erreicht wurden, haben rund 70% das Angebot in Anspruch genommen, 19% lehnten ab, weil sie keinen Bedarf wahrnahmen oder das Problem nicht mehr bestand. Der Rest wollte keine ausführliche Beratung, ließ sich jedoch zumindest eine Erstinformation geben. Ein Kennzeichen dieser Art von Gewaltkonstellation sind enge Beziehungen zwischen Täter(in) und Opfer. Dies gilt auch für die Betroffenen im MUM-Projekt: Sie standen bzw. stehen meist in einer engen Beziehung zum Täter/zur Täterin. In mehr als der Hälfte der Fälle (56%) sind beide verheiratet (gewesen). Bei einem Viertel ging die Gewalt von einem Partner/einer Partnerin aus. Bei 18% erfolgte die Gewalt nach einer Trennung. Und lediglich in einem von Hundert Fällen handelt es sich bei dem Täter um Bekannte, Freunde oder Nachbarn.

Die wichtigsten Beratungsinhalte sind Informationen zum Gewaltschutzgesetz (52%), Sicherheitsberatung (27%), Informationen zur Beweissicherung (7%), über Ämter und Behörden (30%), über Beratungseinrichtungen (31%), allgemeine psychosoziale Beratung (35%), Informationen über polizeiliche Schutzmöglichkeiten (31%) sowie zu rechtlichen Aspekten und weiteren Hilfeeinrichtungen.

Veröffentlichungen:

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung werden zu Beginn nächsten Jahres in der Reihe *ifb*-Materialien veröffentlicht:

Rupp, Marina/Schmöckel, Anna unter Mitarbeit von Ruth Limmer:

Mit MUM gegen häusliche Gewalt. Wissenschaftliche Begleitung des Münchner Unterstützungs-Modells gegen häusliche Gewalt“.

Primi Passi – Erste Schritte

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts

Projektleitung und -bearbeitung:

Dr. Adelheid Smolka

Laufzeit:

01/2004 bis 12/2006

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand des Projekts

Der Verlust eines nahe stehenden Menschen ist eine tief greifende Erfahrung und stellt für die Betroffenen eine gravierende Belastungssituation dar. Der Tod des eigenen Kindes aber erscheint – unabhängig von der Todesursache – als unfassbarer, unüberwindbarer Verlust. Die hinterbliebenen Eltern und Geschwister befinden sich in einer tiefen Krise: Fassungslosigkeit und Schock auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Notwendigkeit, erforderliche Formalitäten zu erledigen, Vorbereitungen zu treffen und – gerade, wenn es weitere Kinder gibt – das Familienleben aufrecht zu erhalten: Eltern stehen in einem solchen Moment vor einer schier nicht zu bewältigenden Aufgabe und haben meist nicht die Kraft, selbst aktiv um Unterstützung und Hilfe von außen zu bitten. Sie fühlen sich oftmals hilflos und alleingelassen. Ohne Hilfestellung durch andere kann unter diesen Umständen die notwendige innere Auseinandersetzung mit dem Verlust aber häufig nicht stattfinden. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit der traumatischen Situation ist jedoch vielen Erfahrungsberichten zu Folge nötig, um zentrale Bewältigungsprozesse – zu denen vor allem das Abschiednehmen vom toten Kind gehört – einzuleiten. Hier ist eine psychosoziale Unterstützung von außen um so wertvoller, je früher sie greift: Eine aktuelle dänische Studie belegt, dass insbesondere Mütter, aber auch Väter, nach dem frühzeitigen Verlust eines Kindes deutlich höhere Mortalitäts- und Suizidraten aufweisen als Eltern, deren Kinder noch leben.

Die Selbsthilfeorganisation „Verwaiste Eltern München e. V.“ bietet seit Jahren betroffenen Müttern, Vätern und Geschwistern Unterstützung und Begleitung in Trauergruppen, Seminaren und Einzelberatungen an, allerdings in

Form einer „Komm-Struktur“. Hier können betroffene Eltern und Geschwister in einem geschützten Rahmen immer wieder über ihren Verlust, ihre Trauer und ihre Gefühle und Erfahrungen sprechen und auf diese Weise ihre Trauer besser bewältigen und auch anderen Betroffenen dabei helfen.

Im Rahmen eines Modellprojekts mit dem Namen „Primi Passi – Erste Schritte“ wird seit Januar 2004 – finanziell unterstützt durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen – neben den bestehenden Angeboten zur Trauerbewältigung eine „Geh-Struktur“ aufgebaut, die neubetroffenen Eltern aus dem Raum München eine sofortige Unterstützung anbietet: Ehrenamtliche Mitarbeiter(innen) aus dem Kreis verwaister Eltern gehen – nach einer entsprechenden Ausbildung und Vorbereitung – auf neubetroffene Familien zu und stehen ihnen, wenn diese es wünschen, in den besonders schwierigen ersten Tagen und Wochen für Begleitung und Unterstützung zur Seite. Initiiert wurde das Projekt „Primi Passi“ von selbst betroffenen Müttern und Vätern, die aus eigener Erfahrung um die Tragik und die besonderen Probleme und Anforderungen in einer solchen Situation wissen.

Methodische Vorgehensweise

Mit Hilfe der wissenschaftlichen Begleitung durch das *ifb* sollen Erkenntnisse über die Angemessenheit einer „Geh-Struktur“ im Zusammenhang mit der besonderen Situation trauernder Eltern sowie über die Wirksamkeit der gewählten Vorgehensweise des Modellvorhabens gewonnen werden. Diese Erkenntnisse sind insbesondere von Bedeutung für eine Übertragung des Modells – bei dem es sich um die erste Initiative in diesem Bereich handelt – auf andere Orte.

Gewählt wurde eine primär qualitative Herangehensweise, die sich neben einer Inhaltsanalyse von Protokollen und Dokumentationen insbesondere auf teilstrukturierte Interviews mit Betroffenen und Expert(inn)en stützt. Durch die Analyse einer kontinuierlich geführten fallbezogenen Dokumentation der Begleitungen können prozessuale Aspekte erfasst werden. Eine Reihe von wichtigen Basisdaten lässt sich dabei auch standardisiert erfassen und für die weiteren Auswertungen heranziehen. Dazu gehören u. a. Variablen, die sich auf die sozio-demographische Situation der Eltern beziehen, auf die Todesursache der verstorbenen Kinder, auf die Zeit, die seit dem Verlust vergangen ist, auf erhaltene Unterstützung und Begleitung durch Dritte sowie auf Inanspruchnahme professioneller therapeutischer Hilfe.

Das methodische Instrumentarium umfasst entsprechend folgende Komponenten:

- Dokumentationsbögen für die Protokollierung der Begleitungen während der gesamten Projektlaufzeit (die Entwicklung erfolgte gemeinsam mit dem Modellträger)
- Qualitative Interviews mit den ehrenamtlichen Begleiter(innen) vor dem ersten Einsatz
- Qualitative Interviews mit beteiligten Expert(inn)en (u. a. Mitarbeiter(innen) des KIT, therapeutisches Fachpersonal, Supervision)
- Retrospektive qualitative Befragung der ehrenamtlichen Begleiter(innen) sowie, falls möglich, eine persönliche Befragung neubetroffener Eltern, die im Rahmen des Modellprojekts „Primi Passi“ betreut wurden.

Stand der Bearbeitung

Die Laufzeit dieses Projekts war ursprünglich auf zwei Jahre (2004 bis 2005) angelegt. Aufgrund der langen Anlaufzeit, die sich durch die besonderen Schwierigkeiten dieses Projekts ergeben hat, kam es zu einer Verzögerung im Projektverlauf. Die Zahl dokumentierter Begleitungen hat erst nach einer Pressekonferenz im November 2004 deutlich zugenommen. Die Laufzeit des Projektes wurde daher bis Dezember 2006 verlängert – nicht zuletzt mit dem Ziel, eine ausreichende Datenbasis für die wissenschaftliche Begleitung sicherzustellen.

Psychosoziale Beratung bei pränataler Diagnostik - Wissenschaftliche Begleitung eines Modellprojektes

Projektleitung: Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung:

Antje Hammer, Dipl.-Heilpäd. Birgit Mayer-Lewis

Dr. Marina Rupp

Laufzeit:

07/2004 bis 12/2006

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Die Zielsetzung und Aufgabe einer psychosozialen Beratung bei pränataler Diagnostik ist es, schwangeren Frauen und ihren Partnern neben der von Ärzten und Humangenetikern geleisteten medizinischen Aufklärungsarbeit ein unabhängiges Beratungsangebot zu bieten. Das psychosoziale Beratungsangebot soll den Betroffenen eine adäquate Unterstützung, Begleitung und Beratung in durch Pränataldiagnostik hervorgerufenen Krisen- und Entscheidungssituationen bieten.

Zur qualitativen Weiterentwicklung des psychosozialen Beratungsangebotes bei pränataler Diagnostik arbeiten zur Zeit in diesem Modellprojekt vier Beratungseinrichtungen aus Nürnberg, Erlangen und Ansbach unter der Leitung von Frau Stockert von der Regierung von Mittelfranken zusammen. Die Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung ist zum einen die Dokumentation der Beratung, um ein möglichst genaues Bild über die Gestalt und Gestaltung der psychosozialen Beratung bei pränataler Diagnostik zu erhalten. Zum anderen unterstützt und begleitet das *ifb* die Projektgruppe bei der Konzepterstellung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Entwicklung von Kooperationsstrukturen. Damit soll einerseits eine Unterstützung des Projektes geleistet werden und andererseits eine wissenschaftliche Dokumentation des Projektfortschrittes erfolgen.

Methodisches Vorgehen

Für die Dokumentation zur psychosozialen Beratung bei pränataler Diagnostik wurden in Zusammenarbeit mit den Beratungseinrichtungen weitgehend standardisierte Erhebungsinstrumente entwickelt, mit denen der Beratungsverlauf dokumentiert und analysiert werden kann. Die Erhebungsinstrumente werden zur Dokumentation der Erstberatung, jeder Folgeberatung und auch der einzelnen Kurzkontakte eingesetzt. Dabei gibt es zusätzlich eine modifizierte Form derselben Erhebungsinstrumente, die analog für alle Beratungsschritte eingesetzt werden, wenn der Erstkontakt erst nach einer Fehlgeburt, Totgeburt oder einem Schwangerschaftsabbruch im Zusammenhang mit Pränataldiagnostik stattfindet.

Außerdem wird bei der Dokumentation großen Wert auf die Perspektive der Ratsuchenden und Betroffenen gelegt. Zur Abbildung ihrer Einschätzungen und Erfahrungen wurde daher ein Fragebogen entwickelt, der von den Beraterinnen an die Betroffenen weitergegeben wird. Diese senden den ausgefüllten Fragebogen dann anonym an das *ifb*. Die Auswertung dieser Informationen seitens der Betroffenen soll eine Einschätzung der Bedarfsgerechtigkeit der Beratung ermöglichen und Erfahrungen, Wünsche und Anregungen abbilden. Die Analyse der Beratungsrückmeldungen zielt vor allem darauf ab, durch das Feedback das Beratungsangebot zu optimieren und seine Bedeutung zu eruieren.

Um eine wissenschaftliche Dokumentation des Modellprojektes bestmöglich umzusetzen, nimmt das *ifb* auch an den regelmäßigen Arbeitsgruppentreffen konstruktiv teil und steht als Ansprechpartner für die Arbeitsgruppe zur Verfügung.

Neben der Dokumentation des Beratungsverlaufes werden innerhalb dieses Modellprojektes die Kooperations- und Vernetzungsbemühungen der Beratungseinrichtungen gesondert dokumentiert. Die Kooperations- und Vernetzungsbemühungen werden als zentrale Faktoren für das Gelingen des Projektes erachtet und deshalb sowohl als Tätigkeitsbereiche (Wer hat sich mit wem vernetzt?) als auch Aufwandszeiten (Aktionszeiten, Vor- und Nachbereitungszeiten, Fahrtzeiten) erfasst.

Ergebnisse

Die wissenschaftliche Begleitung des Projektes dokumentiert den Umsetzungsprozess so, dass Handlungsleitlinien für analoge Projekte gewonnen werden können. Hierzu wurden Fallerhebungsbögen entwickelt mittels derer der gesamte Beratungsablauf erfasst werden kann, indem für jedes Gespräch ein Protokollbogen ausgefüllt wird. Dabei werden zwei unterschiedliche Fallkonstellationen unterschieden. Beratungen, die im Zusammenhang mit einer Diagnose (vor, während oder nach der Untersuchung) stehen und solche, die nach einer Todgeburt, einem Abbruch oder einer Fehlgeburt erfolgen.

Bislang konnten 55 Schwangere – teils zusammen mit ihrem Partner – beraten werden. In diesem Kontext fanden insgesamt 155 Kontakte statt. Einzelne Schwangere haben mehr als zehn Kontakte zur Beraterin, die Mehrheit nimmt jedoch nur ein bis drei Termine wahr. Bemerkenswert ist, dass alle in Frage kommenden Altersgruppen vertreten sind, also nicht nur die älteren Schwangeren dieses Angebot nutzen. Die Beratungen erfolgen in aller Regel im Rahmen persönlicher Gespräche, nur gelegentlich wird eine Folgeberatung via Telefon durchgeführt.

Mit den Kliniken in Erlangen und Nürnberg-Süd besteht seit geraumer Zeit eine intensive Kooperation: In beiden Einrichtungen können die Beraterinnen Sprechstunden vor Ort anbieten. Die Ärzte informieren die Klient(inn)en über diese Möglichkeit, teils bestellen sie diese für einen Termin, an dem die Beraterinnen im Haus sind.

Die Kooperation mit niedergelassenen Ärzten befindet sich in der Ausbauphase: Zum einen wurden im Zuständigkeitsbereich des Erlangener Gesundheitsamtes alle persönlich aufgesucht, über das Angebot unterrichtet und mit Informationsmaterial ausgestattet. Zum anderen fand ein erstes Kooperationstreffen zwischen der Arbeitsgruppe, der wissenschaftlichen Begleitung und vier Ärzten aus der Region statt, das einen sehr positiven Verlauf nahm und an dessen Ende man sich auf die gegenseitige Unterstützung und regelmäßige Treffen verständigte.

Als Endprodukt wird ein Leitfaden erstellt, der in Form von „best practice“ aufzeigen soll, welche Schritte unternommen werden müssen, um eine funktionierende und qualitativ hochwertige psychosoziale Beratung im Bereich der pränatalen Diagnostik anbieten zu können.

Wege aus der häuslichen Gewalt – Beratung zur Flankierung des Gewaltschutzgesetzes

Projektleitung:

Dr. Marina Rupp

Projektbearbeitung:

a) Wissenschaftliche Begleitung Dr. Adelheid Smolka

b) Handreichung Dr. Ruth Limmer, Dipl.-Soz. Päd. Melanie Mengel

Laufzeit:

09/2003 bis 12/2005

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Gegenstand der Untersuchung

Dieses Projekt dient der wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung eines Modellversuchs, den das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen durchführte. Ziel dieses Modellversuchs war die Verbesserung der Beratungssituation von Opfern häuslicher Gewalt durch die Unterstützung vorhandener Beratungseinrichtungen. Dazu wurde für die Dauer von 16 Monaten in bestehenden Beratungseinrichtungen die Beratungskapazität für Fragen im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz aufgestockt. Da Frauenhäuser über besondere Erfahrung und fachliche Qualifikation (z. B. in Sicherheitsfragen) für die Beratung von Opfern häuslicher Gewalt verfügen und bereits ambulante Beratung anbieten, schienen sie als Projektträger besonders geeignet. Im Rahmen des Modellprojekts sollten zudem fachliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Beratung nach dem Gewaltschutzgesetz geklärt werden. Die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts bezieht sich zunächst auf die Fragestellung, welcher Bedarf durch die Beratungsstelle auf welche Art und Weise gedeckt wird. Weitergehendes Ziel ist die Entwicklung von Empfehlungen für einen effektiven Schutz von Betroffenen in Form einer Handreichung für Fachberatungsstellen und Vertreter(innen) aller Professionen, die in Fällen häuslicher Gewalt/Nachstellungen involviert sind.

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts

In die wissenschaftliche Begleitung wurden die sechs geförderten Beratungsstellen und das jeweils zugehörige Frauenhaus sowie vier weitere bayerische Frauenhäuser als Vergleichsgruppe einbezogen.

Methodisches Vorgehen

Durchgeführt wurde eine umfangreiche Datenerhebung mit Hilfe quantitativer und qualitativer Elemente: Um Umfang und inhaltliche Aspekte der geleisteten Beratungstätigkeit darzulegen, wurden die von den Beratungsstellen während der Projektlaufzeit durchgeführten qualifizierten ambulanten Beratungen nach dem Gewaltschutzgesetz mit Hilfe eines standardisierten und differenzierten Instruments erfasst. Erhoben wurden zum einen Merkmale der beratenen Opfer von Gewalt sowie zur Gewaltbeziehung, zum anderen Merkmale, die sich auf die Beratung beziehen. Neben inhaltlichen Aspekten waren dies auch organisatorische und prozessuale Charakteristika. Die Erhebungsphase dauerte von September 2003 bis Ende 2004. Ergänzend zu den standardisierten Erhebungen wurden leitfadensbasierte qualitative Interviews mit den Beraterinnen in den Modellberatungsstellen und Frauenhäusern sowie mit den jeweiligen Leiterinnen durchgeführt. Nachdem in den einzelnen Modellstandorten teilweise sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen waren, wurden diese Besonderheiten entsprechend dokumentiert und bei der Auswertung des Projekts berücksichtigt. Basis für diese Deskriptionen waren u. a. die Sachstands- und Jahresberichte der entsprechenden Frauenhäuser. Zusätzlich wurde während der Laufzeit des Projekts an allen bayerischen Frauenhäusern und Notrufen (letztere fakultativ) eine einfache Statistik über (ambulante) Beratungen geführt, um einen generellen Überblick über das Beratungsgeschehen im Zusammenhang mit dem GewSchG zu erhalten.

Ausgewählte Ergebnisse

Die Befunde der wissenschaftlichen Begleitung zeigen deutlich, dass sich bei den Opfern häuslicher Gewalt, die um externe Hilfe und Unterstützung nachsuchen, zwei divergente Gruppen unterscheiden lassen.

Zum einen gibt es Gewaltopfer, die primär einen Bedarf an Information und Unterstützung zur Entscheidungsfindung haben. Diese Frauen befinden sich häufig noch in einer Phase der Unsicherheit und der Ambivalenz; eine Trennung vom Gewalt verübenden Partner sowie ein Umzug in ein Frauenhaus

stehen (noch) nicht konkret zur Diskussion. Die Problematik wird häufig als Teil von Partnerschaftskonflikten verortet. Vielfach verfügen diese Frauen über einen höheren sozialen Status und über bessere Ressourcen und ziehen es meist nicht in Erwägung, sich an ein Frauenhaus zu wenden, da sie sich nicht als typische Klientinnen dieser Einrichtung definieren (wollen).

Zum anderen gibt es eine Gruppe von Gewaltopfern, welche akuter und/oder massiver Gefährdung ausgesetzt ist und bei der entsprechend der Sicherheitsaspekt im Vordergrund steht. Bei diesen Frauen ist der Prozess der Entscheidung häufig bereits weiter fortgeschritten, konkrete Maßnahmen wie das Verlassen der eigenen Wohnung bzw. des eigenen Hauses und der Umzug in ein Frauenhaus werden in Erwägung gezogen bzw. sind unmittelbar erforderlich. Die materielle wie auch die soziale Lage sind nicht selten prekär. Schon diese grobe Unterteilung der Gewaltbetroffenen zeigt, dass jeweils spezifische Beratungs- und Hilfestrukturen erforderlich sind, die jedoch in engen Kooperationsverhältnissen stehen sollten, um die bereits vorhandenen Erfahrungen und Ressourcen effektiv zu nutzen.

Die fachliche und personelle Angliederung der neugeschaffenen Beratungseinrichtungen an das örtliche Frauenhaus erwies sich in der Modellpraxis als sehr sinnvoll. Angesichts der relativ kurzen Laufzeit wäre ein erfolgreiches Arbeiten der Modellberatungsstellen andernfalls nicht so problemlos sicherzustellen gewesen. Zugleich erwies es sich als sehr wichtig, dass die Beratungsstellen nach außen hin Unabhängigkeit und Neutralität signalisieren. Nur so können breitere Bevölkerungsschichten angesprochen und Gewaltopfer ermutigt werden, sich zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt nach außen zu wenden und Hilfe zu suchen.

Die Fachberatungsstellen sind somit eine niedrigschwelligere Ergänzung des bestehenden – und weiterhin notwendigen – Angebots der Frauenhäuser. Gerade Gewaltopfern, die gegenüber der Institution Frauenhaus Vorbehalte haben oder für die das Frauenhaus keine Option darstellt, kann auf diese Weise Unterstützung angeboten werden. Denn auch sie brauchen eine umfassende psychosoziale Beratung und Begleitung, um die Möglichkeiten des GewSchG nutzen zu können.

Entwicklung einer Handreichung für die Beratungspraxis

Aus den bisherigen Arbeiten im Themengebiet ergeben sich zwei grundlegende Erkenntnisse: Erstens ist das Gewaltschutzgesetz sehr komplex und stellt damit hohe Anforderungen an die Beratung. Zweitens sind durch den Beratungsanlass selbst, d. h. seiner Problematik und seiner Dynamik, spezielle Bedingungen vorgegeben, denen im Interesse der Betroffenen Rechnung getragen werden muss. Beispielsweise erfordert es oftmals eine längere Zeit und mehrere Anläufe, ehe sich Betroffene aus einer Gewaltbeziehung lösen können. Daher hat sich das Modellprojekt als zweiten Arbeitsschritt zum Ziel gesetzt, eine Handreichung für die Fachberatung von Opfern häuslicher Gewalt und Nachstellungen sowie alle weiteren beteiligten Professionen in diesem Kontext zu entwickeln. Die Handreichung gliedert sich wie folgt: Alle involvierten Professionen erhalten in einem ersten Teil grundlegende Informationen zur Problematik von häuslicher Gewalt und Nachstellungen sowie deren Folgen für Betroffene und die Gesellschaft. Ferner wird ein Überblick über die neuen gesetzlichen Regelungen gegeben, Aufbau und bewährte Arbeitsweisen von Kooperationsbündnissen beschrieben und es werden zentrale Entscheidungen vorgestellt, die bei der Entwicklung adäquater Fachberatungsangebote für Opfer zu berücksichtigen sind. In einem zweiten Teil werden vertiefende Informationen und Empfehlungen für die Arbeit von Fachberatungsstellen vorgestellt. Neben dem fachlichen Rahmen und den Bedarfen der Klient(inn)en wird auf zentrale Themen der Fachberatung eingegangen. Die Beratung im Kontext der veränderten Gesetzgebung wird vertiefend behandelt. Materialien zur Unterstützung der Beratungspraxis und der Arbeit von Bündnissen gegen Gewalt sind dem dritten Teil der Handreichung zu entnehmen.

Veröffentlichungen

Zu Beginn des Jahres 2006 erscheinen:

Limmer, Ruth/Mengel, Melanie: Beratung und Kooperation im Kontext von Gewalt und Nachstellungen. Handreichung für die Fachberatung sowie kooperierende Professionen. (Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, München).

Smolka, Adelheid/Rupp, Marina: Wege aus der häuslichen Gewalt. Beratung zur Flankierung des Gewaltschutzgesetzes. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes (Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), München.

Wissenschaftliche Aktivitäten des Instituts

1. Veröffentlichungen

Bislang wurden die Ergebnisse der *ifb*-Forschungsarbeiten in zwei instituts-eigenen Publikationsreihen veröffentlicht, den *ifb*-Forschungsberichten und den *ifb*-Materialien. Im Zuge der jüngeren Entwicklung ist diese Praxis verändert und modernisiert worden.

- Umfassendere Forschungsergebnisse werden in Buchform veröffentlicht, was den Vorzug hat, dass ein größeres Publikum erreicht wird.
- Daneben arbeiten die Mitarbeiter(innen) verstärkt Beiträge für Fachzeitschriften und Reader aus.
- Produkte für spezielle Zielgruppen, wie z. B. Broschüren oder Handreichungen, werden als attraktive Sonderdrucke (teils im Rahmen der Veröffentlichungsreihe des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen) herausgegeben und gezielt verteilt.
- Zwischenberichte oder auch Ergebnisse kleinerer Studien des *ifb* werden weiterhin in der Reihe *ifb*-Materialien erscheinen, aber aus Kostengründen in erster Linie über das Internet verfügbar gemacht und über die Homepage des *ifb* abrufbar sein (www.ifb-bamberg.de). Diese Veröffentlichungen sind in Ausnahmefällen auch über das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*), 96045 Bamberg, Tel.: 0951/965 25 0, FAX: 0951/ 9 65 25 29, zu beziehen.



2. Zeitschrift für Familienforschung

Das *ifb* übernimmt die redaktionelle Gestaltung und Verantwortung für die Zeitschrift für Familienforschung, die seit 2004 im VS Verlag für Sozialwissenschaften erscheint. Die inhaltliche Verantwortung tragen fünf Herausgeber(innen):

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld
(Universität Bamberg; als geschäftsführender Herausgeber),

Prof. Dr. François Höpflinger
(Universität Zürich),

Prof. Dr. Ilona Ostner
(Universität Göttingen),

Prof. Dr. Norbert F. Schneider
(Universität Mainz),

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Laszlo A. Vaskovics.

Die Herausgeber(innen) werden durch einen wissenschaftlichen Beirat aus der Familienforschung beraten.

Redakteur ist Dr. Kurt P. Bierschock.

Die Zeitschrift für Familienforschung veröffentlicht wissenschaftliche Arbeiten aus allen Bereichen der Familienforschung. Im Mittelpunkt stehen grundlagen- und anwendungsorientierte Beiträge, insbesondere Originalarbeiten aus der empirischen Forschung sowie Übersichtsartikel und Kurzbeiträge. Die Rubrik „Forum“ bietet Gelegenheit, kontroverse Standpunkte zu diskutieren, historische Entwicklungen zu rekapitulieren und auf die Praxisrelevanz von Forschungsergebnissen einzugehen.

Im Jahre 2005 wurden u. a. Beiträge zu folgenden Schwerpunktthemen veröffentlicht:

- Fertilität – Kinderwunsch und Realität
- Wandel der Geschlechterrollen – Blickpunkt Väter
- Mobilität und Familie
- Ökonomische Situation der Familie

Darüber hinaus werden in unregelmäßigen Abständen Sonderhefte der ZfF veröffentlicht. Im Jahre 2005 waren dies:

- Angelika Tölke und Karsten Hank (Hrsg.):
Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung (Sonderheft 4)
- Anina Mischau und Mechthild Oechsle (Hrsg.):
Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit:
Verlieren wir die Balance? (Sonderheft 5)

Wesentliche Informationen über die Zeitschrift für Familienforschung – u. a. die Zusammenfassungen bzw. Abstracts und Inhaltsverzeichnisse der letzten beiden Jahrgänge – sind unter folgender Internet-Adresse in deutscher und englischer Sprache einzusehen: www.zeitschrift-fuer-familienforschung.de

Anschrift der Redaktion:

Zeitschrift für Familienforschung
c/o Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg
Heinrichsdamm 4
96047 Bamberg
Tel.: 0951/96 52 50
Dr. Kurt P. Bierschock (Redakteur)
e-mail: kurt.bierschock@ifb.uni-bamberg.de

3. Aktivitäten der Mitarbeiter(innen)

3.1 Neueste Publikationen

Im Berichtsjahr wurden folgende Publikationen der *ifb*-Mitarbeiter fertig gestellt:

Beckstette, Wiebke

(zusammen mit Mario Lucchini & Antonio Schizzerotto):

Men's Late Careers and Career Exits in Italy.

In: Blossfeld, Hans-Peter/Buchholz, Sandra & Hofäcker, Dirk (Hrsg.):

Globalization, Uncertainty, and Late Careers in Society. New York, Routledge (im Erscheinen).

Bierschock, Kurt P.

Vernetzung und Kooperation im Bezug auf familienbildende Maßnahmen nach § 16 KJHG im ländlichen Raum.

In: Bauer, Petra/Otto, Ulrich (Hrsg.):

Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten.

Bd. 2: Institutionelle Netzwerke in Sozialraum- und Kooperationsperspektive. Tübingen: dgvt-Verlag (Reihe: „Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung“), S. 240-273.

(zusammen mit Marina Rupp): Kinderreich und arm zugleich?

In: Zeitschrift für Familienforschung, 2/2005, S. 153-166.

Blossfeld, Hans-Peter

(zusammen mit Karin Kurz): Social Stratification, Welfare Regimes, and Access to Home Ownership. In: Karin Kurz & Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.):

Home Ownership and Social Inequality in Comparative Perspective, Stanford: Stanford University Press, 2004, S. 1-20.

(zusammen mit Karin Kurz): Summary and Conclusions.

In: Karin Kurz & Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.):

Home Ownership and Social Inequality in Comparative Perspective, Stanford: Stanford University Press, 2004, S. 365-378.

(zusammen mit Tiziana Nazio): The Diffusion of Cohabitation among Young Women in West Germany, East Germany and Italy.

In: Martin Heidenreich, Hans-W. Micklitz, Andreas Oehler, Hans Rattinger & Johannes Schwarze (Hrsg.):

Europa nach der Osterweiterung, Berlin: Kadmos, 2005, S.115-141.

Globalization and Changes in Life Courses in Modern Societies. Mannheimer Vorträge Nr. 32, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Mannheim, 2005, S. 1-62.

(zusammen mit Erik Klijzing, Melinda Mills & Karin Kurz) (Hrsg.): Globalization, Uncertainty and Youth in Society. London et al.: Routledge, 2005.

(zusammen mit Melinda Mills): Globalization, Uncertainty and the Early Life Course. A Theoretical Framework. In: Hans-Peter Blossfeld, Erik Klijzing, Melinda Mills und Karin Kurz (Hrsg.) Globalization, Uncertainty and Youth in Society, London et al.: Routledge, 2005, S. 1-24.

(zusammen mit Melinda Mills): Becoming an Adult in Uncertain Times: a 14-Country Comparison of the Losers of Globalization. In: Hans-Peter Blossfeld, Erik Klijzing, Melinda Mills & Karin Kurz (Hrsg.) Globalization, Uncertainty and Youth in Society, London et al.: Routledge, 2005, S. 423-442.

(zusammen mit Melinda Mills & Fabrizio Bernardi) (Hrsg.): Globalization, Uncertainty and Men in Society. London et al.: Edgar Elgar (im Erscheinen).

(zusammen mit Heather Hofmeister) (Hrsg.): Globalization, Uncertainty and Women in Society. London et al.: Edgar Elgar (im Erscheinen).

(zusammen mit Sandra Buchholz & Dirk Hofäcker) (Hrsg.): Globalization, Uncertainty and Late Careers in Society. London et al.: Routledge (im Erscheinen).

Grunow, Daniela

(zusammen mit Karin Kurz & Steffen Hillmert): Desintegration am Arbeitsmarkt? Eine empirische Analyse zur Stabilität von Erwerbsverläufen.

In: Berger, Johannes (Hrsg.): Zerreißt das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte. Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Band 9, S. 143-170.

(zusammen mit Harald Rost, Marina Rupp & Florian Schulz):
Zeitverwendung im Alltag: Das *ifb*-Zeitverwendungstagebuch.
Bamberg: *ifb*-Materialien 3-2005.

Flexibilization or Traditionalization in Gendered Career Patterns?
Empirical Findings on Danish Employee's Labour Market Transitions,
the 1980s and 1990s. Manuskript im Review-Verfahren bei der ESR.

Limmer, Ruth

(zusammen mit Melanie Mengel): Konkrete Erfahrungen mit dem Gewalt-
schutzgesetz: Die Perspektive von Opfern und Antragsgegner(inne)n.
In: Rupp, Marina (Hrsg.): Rechtstatsächliche Untersuchung zum Gewalt-
schutzgesetz. Köln: Bundesanzeigerverlag, S. 223-300.

Mobilität und Familie in Deutschland. In: Zeitschrift für Familienforschung,
2/2005, S. 96-114.

(zusammen mit Melanie Mengel): Beratung und Kooperation im Kontext von
häuslicher Gewalt und Nachstellungen. Handreichung für die Fachberatung
sowie kooperierende Professionen (Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), München.

Mengel, Melanie

(zusammen mit Ruth Limmer): Konkrete Erfahrungen mit dem Gewaltschutz-
gesetz: Die Perspektive von Opfern und Antragsgegner(inne)n.
In: Rupp, Marina (Hrsg.): Rechtstatsächliche Untersuchung zum Gewalt-
schutzgesetz. Köln: Bundesanzeigerverlag, S. 223-300.

Mobilität und Familie in Deutschland.
In: Zeitschrift für Familienforschung, 2/2005, S. 96-114.

(zusammen mit Ruth Limmer): Beratung und Kooperation im Kontext von
häuslicher Gewalt und Nachstellungen. Handreichung für die Fachberatung
sowie kooperierende Professionen (Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), München.

Mühling, Tanja

(zusammen mit Johannes Schwarze): Auswertung des Niedrigeinkommens-
Panels (NIEP) im Hinblick auf eine mehrdimensionale Analyse von Armut.
Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.
Publikation A 337. Bonn. März 2005.

(zusammen mit Johannes Schwarze): Empirische Forschung zur
ökonomischen Situation und zum Armutsrisiko von Familien – Folgerungen
und Ausblick. In: Zeitschrift für Familienforschung 2/2005, S. 208-210.

Lebenslagen von Niedrigeinkommenshaushalten – eine Analyse des NIEP.
In: Zeitschrift für Familienforschung 2/2005, S. 167-188.

(zusammen mit Harald Rost, Marina Rupp & Florian Schulz):
Kontinuität trotz Wandel. Die Bedeutung traditioneller Familienleitbilder für
die Berufsverläufe von Müttern und Vätern. Weinheim, München: Juventa
(erscheint März 2006).

Oberndorfer, Rotraut

(zusammen mit Harald Rost): Neue Väter – Anspruch und Realität.
In: Zeitschrift für Familienforschung 1/2005, S. 50-65.

Vergleich der Situation vor der Neuregelung mit den aktuellen Ergebnissen.
In: Rechtstatsächliche Untersuchung zum Gewaltschutzgesetz. Begleitfor-
schung zum Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei
Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung
der Ehwohnung bei Trennung. (Hrsg.). Rechtstatsachenforschung, heraus-
gegeben vom Bundesministerium der Justiz, Bundesanzeigerverlag, Köln,
S. 193-204.

(zusammen mit Marina Rupp): Familienforschung und niedrigschwellige
Angebote für Familien. In: proJugend, Heft 4/2005, München, S. 2-7.

Rost, Harald

Kinder – Wunsch und Wirklichkeit. In: Zeitschrift für Familienforschung 1/2005, S. 8-20.

(zusammen mit Rotraut Oberndorfer): Neue Väter – Anspruch und Realität. In: Zeitschrift für Familienforschung 1/2005, S. 50-65.

(zusammen mit Daniela Grunow, Marina Rupp & Florian Schulz): Zeitverwendung im Alltag. Das **ifb**-Zeitverwendungstagebuch. Ein Arbeitspapier des DFG-Projekts „Innerfamiliäre Arbeitsteilung als Prozess“. **ifb**-Materialien 3-2005.

(zusammen mit Tanja Mühling, Marina Rupp & Florian Schulz): Kontinuität trotz Wandel. Die Bedeutung traditioneller Familienleitbilder für die Berufsverläufe von Müttern und Vätern. Weinheim, München: Juventa, (erscheint März 2006).

Auf der Suche nach den neuen Vätern. Familien mit nichttraditioneller Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. In: Harald Werneck/Martina Beham/Doris Palz (Hrsg.): „Working Fathers“ – Väter zwischen Familie und Beruf. Gießen: Psychosozial-Verlag, (im Erscheinen).

Rupp, Marina

Familienentwicklung und Anforderungen an die Jugendhilfe. Bamberg: **ifb**-Materialien 6-2005.

Die Lebenssituation kinderreicher Familien und sozialpolitische Herausforderungen. In: Althammer, J./Kummer, U.: Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung.

Tagungsband. Mohr-Siebeck, (im Erscheinen).

(zusammen mit Adelheid Smolka): Empowerment statt Pädagogisierung. Die Bedeutung niedrigschwelliger Konzepte für die Familienbildung. In: Bauer, Petra/Brunner, Ewald J. (Hrsg.): Eltern eine vergessene pädagogische Provinz? Lambertus Verlag, Freiburg i. Brsg., (im Erscheinen).

Familienforschung und Praxis der Familienhilfe. In: Paradigmen der Familienforschung im Spannungsfeld zwischen Natur- und Geisteswissenschaften. Vandenhoeck & Ruprecht/Unipress (im Erscheinen).

Kinderlosigkeit in stabilen Ehen. Zeitschrift für Familienforschung, 1/2005, S. 21-40.

(zusammen mit Rotraut Oberndorfer): Familienforschung und niedrigschwellige Angebote für Familien. In: proJugend, Heft 4/2005, München, S. 2.-7.

(zusammen mit Kurt P. Bierschock): Kinderreich und arm zugleich? Zeitschrift für Familienforschung, 2/2005, S. 153-166.

(zusammen mit Tanja Mühling, Harald Rost & Florian Schulz) (Hrsg.): Kontinuität trotz Wandel. Zur Beharrlichkeit traditioneller Lösungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Weinheim, München: Juventa Verlag, (erscheint März 2006).

Partnerschaften – Entwicklungsphasen. In: Fthenakis, Wassilios E./Textor, Martin .R. (Hrsg.): Online Handbuch (abgedruckt in Perspektiven – Impulse – Modelle – Informationen. Heft 1/2005, S.8-22).

Rechtstatsächliche Untersuchung zum Gewaltschutzgesetz. Begleitforschung zum Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehe-wohnung bei Trennung. (Hrsg.). Rechtstatsachenforschung herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz, Bundesanzeigerverlag, Köln.

Rechtstatsächliche Untersuchung zum Gewaltschutzgesetz. Ein Überblick über die Ergebnisse aller Teilstudien. In: Deutsches Polizeijahrbuch 2005, Lübeck: Verlag für Polizeipublikationen, (im Erscheinen).

(zusammen mit Daniela Grunow, Harald Rost & Florian Schulz): Zeitverwendung im Alltag. Das **ifb**-Zeitverwendungstagebuch. Bamberg: **ifb**-Materialien 3-2005.

(zusammen mit Adelheid Smolka): Wege aus der häuslichen Gewalt. Beratung zur Flankierung des Gewaltschutzgesetzes. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes (Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), München.

Schulz, Florian

(zusammen mit Tanja Mühling, Harald Rost & Marina Rupp):
Kontinuität trotz Wandel. Zur Beharrlichkeit traditioneller Lösungen bei der
Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Weinheim, München: Juventa Verlag.

Zeitverwendung im Alltag. Dokumentation zum *ifb*-Zeitverwendungstage-
buch. Bamberg: *ifb*-Materialien 4-2005.

(zusammen mit Daniela Grunow, Harald Rost & Marina Rupp): Zeitverwen-
dung im Alltag. Das *ifb*-Zeitverwendungstagebuch.
Bamberg: *ifb*-Materialien 3-2005.

Smolka, Adelheid

(zusammen mit Marina Rupp): Wege aus der häuslichen Gewalt.
Beratung zur Flankierung des Gewaltschutzgesetzes. Abschlussbericht der
wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes. (Hrsg. Bayerisches
Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen),
München.

Neue mediale Angebote der Familienbildung. In: Deutsche Evangelische
Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V. (Hrsg.): Forum Erwachse-
nenbildung 2/2005 „Im Focus von Bildung: Erziehung und Religion“, S. 50-52.

Vom Paar zum Kind – oder doch nicht? Anmerkungen zur Frage des Kinder-
wunsches und seiner Realisierung. In: Zeitschrift für Familienforschung
1/2005, S. 41-45.

Organisationsübergreifende Kooperation und Vernetzung in der ambulanten
Versorgung alter Menschen. Institutionelle und ressourcenbezogene Deter-
minanten der Reaktionen von Organisationen auf Kooperationsforderungen.
Frankfurt am Main et al.: Peter Lang, (im Erscheinen).

(zusammen mit Marina Rupp): Empowerment statt Pädagogisierung.
Die Bedeutung niedrigschwelliger Konzepte für die Familienbildung.
In: Bauer, Petra/Brunner, Ewald J. (Hrsg.): Eltern eine vergessene pädagogi-
sche Provinz? (im Erscheinen).

Welchen Orientierungsbedarf haben Eltern?
In: Wahl, Klaus/Hees, Katja (Hrsg.): Helfen „Super Nanny“ und Co.?
Weinheim: Beltz Verlag, S. 44-58 (im Erscheinen).

3.2 Vorträge

Beckstette, Wiebke

Formation von Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der
Kompetenzentwicklung: Übergänge im Grundschulalter. Vortrag im Rahmen
des Diplomanden- und Doktorandenkolloquiums am Lehrstuhl I,
Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 27.06.2005.

Blossfeld, Hans-Peter

Globalization and the Changing Family. Vortrag auf der Euresco Conference,
vom 15.-23.09.2004 in Granada, Spanien.

Social Research in Comparative Perspective. Vortrag, European Commission
am 29.10.2004 in Brüssel, Belgien.

Globalization and Work-Life-Balance in Modern Societies. Vortrag, Siemens
AG, am 09.11.2004 in Tegernsee.

Das Bildungssystem als Heiratsmarkt. Vortrag an der Ludwigs-Maximilians-
Universität am 01.12. 2004 in München.

Globalisierung und die Veränderung der Lebensverläufe in modernen
Gesellschaften. Vortrag auf der Tagung des DFG-Sonderforschungsbereichs
640 (Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel) vom 09.-12.12. 2004
Humboldt Universität in Berlin.

Zukunftsaufgaben der Lebensverlaufsforchung, Max-Planck-Institut für
Bildungsforschung, Berlin, 05.01.2005.

Longitudinal Research in Europe. Vortrag auf der Sitzung des National
Longitudinal Strategy Committee, Economic and Social Research Council,
vom 19.-20.01.2005 in London, Vereinigtes Königreich.

Analyzing Longitudinal Data. Vortrag auf der Sitzung der European Science
Foundation (ESF), Executive Group der Quantitative Methods in the Social
Sciences (QMSS), Brüssel, Belgien, 07.02.2005.

Causal Inferences in the Social Sciences. Vortrag auf der ESF-Cost-Tagung,
„Physics of Risk“ vom 23.-26.04.2005 in Toledo, Spanien.

Parallel Careers of Partners in Modern Societies, Vortrag am Department of Sociology II, Universidad Nacional de Educación a Distancia, am 06.05.2005 in Madrid.

The Diffusion of Consensual Unions in Modern Societies. Vortrag auf der Tagung „Canadian Families under Pressure, Canadian Research Data Centre Network“, vom 19.-20.05.2005 Université de Montréal, Kanada.

Globalization and Uncertainty in Modern Society. Vortrag auf der Konferenz des SFB 580 (Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung), vom 04.-06.06.2005 Universität Jena.

The Diffusion of Cohabitation in Modern Societies. International Symposium „The Life Course and Social Inequality“, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung am 24.06.2005 in Berlin.

Causal Analysis with Longitudinal Data. Vortrag auf dem World Congress of the International Institute of Sociology, Frontiers of Sociology, vom 05.-09.07.2005 in Stockholm, Schweden.

International Comparative Social Research. Vortrag auf der Tagung „Human and Social Dynamics“ der National Science Foundation (NSF), vom 15.-16.08.2005 in Washington, USA.

Globalisierung und die Veränderung der Familie in modernen Gesellschaften. Vortrag auf der Tagung „Mit Sack und Pack - Familie die vernachlässigte Zielgruppe“, Bundeszentrale für politische Bildung, vom 19.-20.09.2005 in Kochel am See.

Vortrag auf dem Expertengespräch zum Thema „Auswirkungen von Globalisierung und gesteigerter Berufsmobilität auf die Familien und Schlussfolgerungen für die Familienpolitik“. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, am 24.10.2005 in München.

Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheit in modernen Gesellschaften – Ergebnisse des Globalife-Projekts. Vortrag beim Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, am 26.10.2005 in Mannheim.

Das Bildungssystem als Heiratsmarkt, Vortrag in der Reihe „Wandel der Familie – Zur aktuellen Diskussion über Familie in der Bundesrepublik“. Franckesche Stiftungen, am 02.11.2005 Universität Halle.

Arbeitsmarkt und Beschäftigung in globalisierten Gesellschaften. Vortrag auf der Herbstsitzung der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie am 04.11.2005 Universität Mannheim.

Aktuelle Bildungsfragen und soziale Ungleichheit, Vortrag auf dem Workshop „Aktionsrat Bildung“, Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie, Haus der Bayerischen Wirtschaft, am 19.11.2005 in München.

Grunow, Daniela

Modernisation or Traditionalization in Gendered Career Patterns? Empirical Findings on Danish Employee's Labor Market Transitions in the 1980s and 1990s. Vortrag im Rahmen der 7. European Sociological Association Conference „Rethinking Inequalities“ am 11.09.2005 in Toru_ (Polen).

Limmer, Ruth

Alleinerziehen in Kronach – Chancen und Risiken für Eltern und Kinder. Vortrag im Rahmen der Fachtagung für Fachkräfte in psychosozialen Beratungsdiensten, Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Schulen, Kindergärten und der beruflichen Förderung allein erziehender Eltern und/oder ihren Kindern am 10.06.2005 in Kronach.

Vereinbarung von Beruf und Familie unter erschwerten Bedingungen – der tägliche Balanceakt allein erziehender Eltern. Workshop im Rahmen der 4. Münchner Tagung für Familienpsychologie am 22./23.07.2005 LMU München.

Die besonderen Herausforderungen des Alleinerziehens und deren Bedeutung für die ressourcenorientierte Beratung allein erziehender Eltern. Workshop zus. mit Dr. Margitta Krupp (Erziehungsberatung Leipzig) im Rahmen der wissenschaftlichen Jahrestagung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung vom 29.09.-01.10.2005 in Regensburg.

Begleitforschung zum Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehwohnung bei Trennung. Vortrag im Rahmen eines Fachtreffens am Gesundheitsamt am 05.10.2005 in Bamberg.

Mengel, Melanie

Angebote niedrigschwelliger Familienbildung. Vortrag im Rahmen des Kommunalpolitischen Kongresses „Kommune 2050. Der demografische Wandel und die Auswirkungen auf Bayerische Kreise, Städte und Gemeinden“ des GIBS-Bildungswerks am 08.08.2005 in Eichstätt.

Mühling, Tanja

Ursachen des Geburtenrückgangs und die komplexe Situation der Familien am Beginn des 21. Jahrhunderts. Vortrag im Rahmen des Seminars „Familien heute – Gesellschaftspolitische Bestandsaufnahme und Perspektiven“ der Hanns-Seidel-Stiftung am 14.01.2005 auf Kloster Banz.

Kinder als Armutrisiko – die ökonomische Situation von Familien. Vortrag im Rahmen des Seminars „Familien heute – Gesellschaftspolitische Bestandsaufnahme und Perspektiven“ der Hanns-Seidel-Stiftung am 15.01.2005 in Kloster Banz.

Perspektiven der Familienpolitik – Was können wir von anderen Ländern lernen? Vortrag im Rahmen des Seminars „Familien heute – Gesellschaftspolitische Bestandsaufnahme und Perspektiven“ der Hanns-Seidel-Stiftung am 16.01.2005 in Kloster Banz.

Kind ja oder nein? – Risiken und Nebenwirkungen einer Familiengründung in Deutschland. Teilnahme an einer Podiumsdiskussion des Landesverbandes Bayern von pro familia am 09.04.2005 in Bamberg.

Erwerbsmuster von Frauen nach dem Übergang zur Elternschaft. Vortrag im Rahmen des Diplomanden- und Doktorandenkolloquiums des Lehrstuhls für Soziologie I an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 28.06.2005.

Rost, Harald

Neue Väter – Quadratur des Kreises? Vortrag bei der Sitzung des Diözesanfamilienrates des Familienbundes der deutschen Katholiken am 02.02.2005 in Bamberg.

Familienfreundliche Personalpolitik. Ein Gewinn für alle?! – Kurzvortrag im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Familienfreundliche Personalpolitik“ des Netzwerks der Bamberger Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am 18.02.2005 in Bamberg.

Work-Life-Balance – neue Aufgaben für eine zukunftsorientierte Personalpolitik. Vortrag im Rahmen einer Weiterbildungsveranstaltung der M+W Zander D.I.B. Facility Management GmbH für Personalleiter der EADS (European Aeronautic Defence and Space Company N.V.) am 04.03.2005 in Ottobrunn.

Kind ja oder nein? – Risiken und Nebenwirkungen einer Familiengründung in Deutschland. Teilnahme an einer Podiumsdiskussion des Landesverbandes Bayern von pro familia am 09.04.2005 in Bamberg.

Demographische Veränderungen und der Wandel von Familienstrukturen. Vortrag beim Praxistag im Rahmen des Förderprojekts „Familienbewusste Arbeitswelt“ in Kooperation mit den Wirtschaftsförderungen von Stadt und Landkreis Bamberg im Innovations- und Gründerzentrum Bamberg am 08.07.2005 in Bamberg.

The Bamberg Marriage Study, Vortrag bei der internationalen PAIRFAM (Panel Analyses of Intimate Relationships and Family Dynamics) Konferenz vom 21.-22.07.2005 in Mannheim.

Work-Life-Balance – neue Aufgaben für eine erfolgreiche Personalpolitik. Vortrag bei der Tagung „Flexibel Arbeiten – Ein Gewinn für Alle“ am 08.07.2005 in Kulmbach.

Rupp, Marina

Die Bedeutung von Familienbildung, Eröffnung des Projektes „Friedenswerkstätten“ des Evangelischen Bildungswerks am 22.01.2005 im Dekanatsbezirk Bamberg.

Familienforschung und Praxis der Familienhilfe. Vortrag im Rahmen des 1. Leonberger Symposiums „Paradigmen der Familienforschung im Spannungsfeld zwischen Natur- und Geisteswissenschaften“ am 04./05.2.2005 in Leonberg.

Lust oder Last? Von den Freuden und Schwierigkeiten des Elternseins in unserer Zeit. Eröffnung der Woche für das Leben 2005 im Bistum Würzburg am 09.04.2005 in Würzburg.

Veränderungen in den familialen Ressourcenkonstellationen und ihre Bedeutung für zukünftige Familienbildung. Frühjahrstagung der Sektion Familiensoziologie der DGS am 14.04.2005 in Lüneburg.

Wege aus der häuslichen Gewalt. Vorstellung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts im Rahmen der Sitzung der Koordinierten Krisenintervention Bayern am 30.06.2005 in München.

(zusammen mit Adelheid Smolka) Wege aus der häuslichen Gewalt – Beratung zur Flankierung des Gewaltschutzgesetzes. Präsentation der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts vor dem Fachausschuss Frauenpolitik der LAG FW am 13.07.2005 in München.

The Bamberg Marriage Study, Vorstellung des Bamberger NEL-Panels im Rahmen der International Conference of the PAIRFAM Project. Mannheim Germany am 21.07.2005 in Mannheim.

Evaluation des Gewaltschutzgesetzes. Vortrag im Rahmen der Studienwoche „Häusliche Gewalt – Partnerschaft im Fokus von Wissenschaft und Praxis“ der Universität Hamburg am 14.09.2005 in Hamburg.

Familienformen im Wandel - Konsequenzen für die Jugendhilfe. Präsentation im Rahmen der Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) „Hinterm Horizont geht's weiter – Perspektiven der Jugendhilfe – Zukunft für Kinder und Jugendliche“ am 15.09.2005 in Dortmund.

Neue Anforderung an die Unterstützung junger Eltern: Familiensoziologischer Einführungsvortrag im Rahmen der Hebammenfortbildung am 24./27.10.2005 in Kloster Banz.

Mehr Schutz durch das Gewaltschutzgesetz? Ergebnisse der Begleitstudie. 6. Fachforum Frauenhausarbeit am 15.11.05 in Erkner/Berlin.

Forderungen an eine nachhaltige Familienpolitik angesichts gesellschaftlicher Veränderungen und Entwicklungen in den Familien. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Augen zu und durch? - Politik und Familie“ am 16.11.2005 in Donauwörth.

Gewaltschutzgesetz – Intensionen und Bewertungen. Fachtagung „Möglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz und die Wirklichkeit in der Praxis“ der Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit, Landeshauptstadt Stuttgart am 24.11.2005 in Stuttgart.

Das Gewaltschutzgesetz auf dem Prüfstand. Anti-Gewalttagung der Frauenbeauftragten der Stadt Nürnberg, des Frauen- und Mädchenprojekteplenum und der „ai“ amnesty international am 25.11.2005 in Nürnberg.

Schulz, Florian

Die Dynamik ehelicher Arbeitsteilung. Vortrag im Rahmen des Proseminars „Theorie und Empirie der familialen Arbeitsteilung“ am 31.05.2005 an der Universität Bamberg.

(zusammen mit Daniela Grunow) Time Use and Time Estimation Instruments. Early Results of the INAP Project. Vortrag im Rahmen des Diplomanden- und Doktorandenkolloquiums des Lehrstuhls für Soziologie I an der Universität Bamberg am 27. 06.2005.

(zusammen mit Jan Schmidt, Christian Klar, Ulrike Propach und Andrea Eckes): „Berufseinstiege Bamberger Soziologen“. Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Alumni-Wochenendes des Vereins „Absolventen der Bamberger Soziologie e. V.“ am 01.07.2005 in Bamberg.

Household Division of Labor in Partnerships. Vortrag im Rahmen des Diplomanden- und Doktorandenkolloquiums des Lehrstuhls für Soziologie I an der Universität Bamberg am 13.12.2005.

Smolka, Adelheid

„... und was wollen die Eltern?“ Erwartungen und Anforderungen an Familienbildung. Vortrag bei der Ringvorlesung „Familie als wichtigste Bildungsinstitution“ der Universität Bremen am 25.01.2005 in Bremen.

(zusammen mit Marina Rupp) Veränderungen in der familialen Ressourcenkonstellation und ihre Bedeutung für eine bedarfsgerechte Familienbildung. Vortrag bei der Sektionstagung „Familiensoziologie“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 14.04.2005 in Lüneburg.

Zwischen „Mutterinstinkt“ und Expertenwissen. Vortrag im Rahmen einer Multiplikatoren- und Referententagung zum Thema Familienbildung des Evangelischen Bildungswerkes Ansbach am 07.06.2005 in Ansbach.

Der Nachmittag des Lebens – Alte Menschen in der Gesellschaft. Vortrag im Rahmen der Fortbildungen für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen des Vereins Rummelsberger Hospizarbeit am 30.06.2005 in Rummelsberg.

Was Eltern wissen wollen – Ergebnisse einer Elternbefragung zum Thema Familienbildung. Vortrag bei der Tagung des Deutschen Jugendinstituts in Kooperation mit dem Bayerischen Rundfunk „Von PISA-Kids, ratlosen Eltern und ‚Super-Nannys‘“ am 06.07.2005 in München.

(zusammen mit Marina Rupp) Wege aus der häuslichen Gewalt – Beratung zur Flankierung des Gewaltschutzgesetzes. Präsentation der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts vor dem Fachausschuss Frauenpolitik der LAG FW am 13.07.2005 in München.

Der Orientierungsbedarf von Eltern und neue Herausforderungen an die Familienbildung. Impulsreferat bei der Arbeitsgruppe „Niedrigschwellige Angebote für Familien“ beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge am 28.10.2005 in Berlin.

Aspekte der Qualitätssicherung in der ehrenamtlichen Trauerbegleitung durch selbstbetroffene Eltern. Wissenschaftliche Begleitung als externes Element der Qualitätssicherung. Vortrag bei einem Fachgespräch in Kooperation mit dem Verein „Verwaiste Eltern München e.V.“ am 24.11.2005 in München.

Familienbildung heute – Perspektive der Eltern und Kriterien der Angebotsgestaltung. Vortrag bei der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen Thüringen am 07.12.2005 in Erfurt.

3.3 Sonstige Wissenschaftliche Aktivitäten

Beckstette, Wiebke

Teilnahme am Workshop „Measurement, Data Collection and Data Quality“ der European Science Foundation im Rahmen von QMSS „Quantitative Methods in the Social Science“ 18. bis 26.08.2005 in Lugano, Schweiz.

Gutachterinnenätigkeit für die European Sociological Review.

Bierschock, Kurt P.

Vom 26.10.2003 bis 10.10.2005: Stellvertretender Vorsitzender von HIPPY Deutschland e. V.

Blossfeld, Hans-Peter

Gutachtertätigkeiten

2001-2004 Fachgutachter der DFG für das Fachgebiet
„Empirische Sozialforschung“

Herausgeberschaft von Fachzeitschriften und Studienbüchern

Seit 2004 Member of Editorial Board of International Sociology

Seit 2004 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift DISKURS

Seit 2003 Geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift für Familienforschung (ZfF, VS Verlag)

Seit 2002 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Seit 1999 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift für Soziologie

Seit 1998 Member of Editorial Board for the Series
„Social Inequality in Modern Societies“
(Stanford University Press)

Seit 1997 Mitherausgeber der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft (ZfE)
(VS Verlag)

- Seit 1995 Member of Editorial Board of Policy Studies
- Seit 1990 Editor-in-Chief of the European Sociological Review (Oxford University Press)
- Teilnahme an der Sitzung des DFG-Schwerpunkts „Partnerschaftsentwicklung und -gestaltung“, DFG-Schwerpunktprogramm 1161, Universität München, 07.-08.10. 2005.
- Vorsitzender des Beirats des Bayerischen Absolventenpanels, Sitzung zur Erhebung von Bildungs- und Berufsverläufen von Studierenden und Hochschulabgängern, Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung am 22.11. 2004 in München.
- Herausgebersitzung der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, am 16.12. 2005, Freie Universität Berlin.
- Vorstellung der International Graduate School of Social Sciences, Gutachtersitzung des Elitenetzwerks Bayern, München, 15.12. 2005.
- Herausgebersitzung der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Universität zu Köln, 29.04.2005.
- Chairman of the European Consortiums of Sociological Research (ECSR), Executive Group Meeting, vom 27.-29.05.2005 in Prag.
- Vorsitzender des Beirats des Bayerischen Absolventenpanels, Sitzung zur Konstruktion der Erhebungsinstrumente der 1. Panelwelle, Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, München, 01.07.2005.

Grunow, Daniela

- Seit 2004 Gutachterinnetätigkeit für die European Sociological Review.
- Seit 2005 Gutachterinnetätigkeit für die Zeitschrift für Familienforschung.
- Teilnahme an der Internationalen Konferenz des DFG-Schwerpunktprogramms 1161 PAIRFAM (Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics) 21.-22.07.2005 in Mannheim.

Limmer, Ruth

- Wissenschaftlicher Beirat zum Projekt: „Auf dem Weg zur Arbeitsmarktbürgerin? Neue Konzepte der Arbeitsmarktpolitik am Beispiel allein erziehender Frauen“, Hans-Böckler Stiftung.
- Mitarbeit am Forschungsantrag: Job Mobilities and Family Lives in Europe. Zusammen mit Kolleg(inn)en der Universitäten Mainz, Lyon, Lausanne, Brüssel, Madrid, München und Warschau. Eingereicht bei der Europäischen Union, Brüssel am 13.04.2005.
- Alleinerziehen und die Folgen für die Kinder. Expertendiskussion und Talk-Runde im Rahmen des Forum PISA - Deutschlandradio, 1.05.2005.
- Gutachterinnetätigkeit für die Zeitschrift für Familienforschung.
- Durchführung von Expertendiskussionen mit Stellenleiter(inne)n am 16.02.2005 und Berater(inne)n am 23.02.2005 am Polizeipräsidium München, im Rahmen der Begleitforschung zu MUM.

Mühlhng, Tanja

- Gutachtertätigkeit für die Zeitschrift für Familienforschung.
- Stellungnahmen und Gutachten für das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Rost, Harald

- Gutachtertätigkeit für die Zeitschrift für Familienforschung.
- Stellungnahmen und Gutachten für das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.
- Mitglied der Kommission „Familienfreundliche Universität Bamberg“ zur Auditierung der Universität Bamberg als Familiengerechte Hochschule

Rupp, Marina

- Kooperation mit dem Familienbeirat in Bamberg.
- Gutachtertätigkeit für die Zeitschrift für Familienforschung.

Mitglied in der Jury „Familienfreundliche Verwaltung 2005“.

Verschiedene Stellungnahmen und Gutachten für das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Mitglied der Koordinierten Krisenintervention Bayern.

Schulz, Florian

Gutachtertätigkeit für die Zeitschrift für Familienforschung.

Mitarbeit im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms 1161 „Familien- und Beziehungsentwicklung“.

Smolka, Adelheid

Gutachtertätigkeit für die Zeitschrift für Familienforschung.

Promotion an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften) am 04.07.2005.

Teilnahme am Expertinnengespräch „FamilienBildung quo vadis?“ der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V. in Frankfurt am 17./18.10.2005.

Verschiedene Stellungnahmen und Gutachten für das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Mitglied der Koordinierten Krisenintervention Bayern.

3.4 Lehraufträge

Beckstette, Wiebke

„Einführung in die Bildungssoziologie. Die Erklärung von Bildungsungleichheiten. Theoretische Grundlagen und empirische Befunde“ Lehrauftrag im WS 2005/2006 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Grunow, Daniela

„Theorie und Empirie der familialen Arbeitsteilung“. Lehrauftrag im SS 2005 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Limmer, Ruth

„Grundlagen der Entwicklungspsychologie und Familienpsychologie“. Lehrauftrag im SS 2005 und WS 2005/2006 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

„Gute Erziehung: Auf was kommt es an, und wie können Eltern in ihrem Erziehungsverhalten unterstützt werden?“ Lehrauftrag im WS 2005/2006 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Mühling, Tanja

„Familie im Lebenslauf: Moderne Paar- und Generationenbeziehungen“. Lehrauftrag im WS 2004/2005 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

„Familie im Lebenslauf: Moderne Paar- und Generationenbeziehungen“. Lehrauftrag im SS 2005 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Schulz, Florian

„Aktuelle Themen der Familiensoziologie“. Lehrauftrag im WS 2005/2006 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

4. Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen

Das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg kooperiert in verschiedener Weise mit anderen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die im Bereich der Familienforschung tätig sind. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf gemeinsam durchgeführte Forschungsprojekte, Erfahrungsaustausch, Austausch von empirischen Ergebnissen, der Teilnahme an Tagungen der jeweils anderen Einrichtungen sowie der Anfertigung von Expertisen. Auch werden gemeinsam Projektanträge zur Drittmittelförderung ausgearbeitet und eingereicht. In diesem Kontext arbeitet das *ifb* im Rahmen seiner Projekte mit folgenden Institutionen zusammen:

- Lehrstuhl für Soziologie I an der Universität Bamberg
- FLEX-Career-Projekt an der Universität Bamberg
- Interdisziplinäre Forschergruppe „Bildungsprozesse, Kompetenzentwicklung und Formation von Selektionsentscheidungen im Vor- und Grundschulalter“ an der Universität Bamberg bestehend aus Prof. Dr. Hans-Günther Roßbach (Sprecher), Lehrstuhl für Elementar- und Familienpädagogik; Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Lehrstuhl für Soziologie I und Leiter des *ifb*; Prof. Dr. Gabriele Faust, Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik und Prof. Dr. Sabine Weinert, Lehrstuhl für Psychologie I
- Fachbereich Sozialwesen an der Universität Bamberg (Prof. Dr. G. Cyprian, Prof. Dr. W. Hosemann, Prof. Dr. G. Riemann)
- Bamberger Centrum für empirische Studien der Universität Bamberg
- Professur für Urbanistik und Sozialplanung der Universität Bamberg (Prof. Dr. R. Pieper)
- Evangelische Fachhochschule Nürnberg (Prof. Dr. R. Proksch)
- Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts Bamberg (Staatsanwältin G. Göller)
- Amtsgericht Bremen (Richterin S. Heinke)
- Institut für Soziologie der Universität Mainz (Prof. Dr. N. F. Schneider)
- Deutsches Jugendinstitut e. V. in München (DJI)

- Österreichisches Institut für Familienforschung in Wien (ÖIF)
- Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock
- Familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg
- Institute for the Study of Children, Families and Social Issues, Birkbeck University of London (Pamela Meadows)
- PAIRFAM (Panel Analyses of Intimate Relationships and Family Dynamics)
- Prof. Dr. Jörg Althammer Ruhr Universität Bochum
- Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer, Yale University
- Prof. Phyllis Moen, University of Minnesota
- Arbeitsgruppe häusliche Gewalt

5. Forschungsanträge - Forschungsaufträge

Seitens des *ifb* wurden zwei Aufträge zur Erstellung von Expertisen vergeben, welche die Basis für Forschungsanträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft zur Einwerbung von weiteren Fördermitteln bilden sollen.

Des Weiteren war das *ifb*, vertreten durch Frau Dr. Limmer, an der Erstellung des Forschungsantrages „Job Mobilities and Family Lives in Europe. Modern Mobile Living and its Relation to Quality of Live“ beteiligt. Die Förderung der Projekte, an dem Institutionen aus sechs EU-Ländern partizipieren, wurde seitens der Europäischen Kommission im Dezember bewilligt, so dass die Projektstätigkeit im Februar 2006 aufgenommen werden kann.

6. Wissenschaftliche Begleitung der Politik und Praxis

Zu den vielfältigen Aufgaben im Rahmen der Praxisberatung und -begleitung zählen auch die Anfertigung von Stellungnahmen und die wissenschaftliche Begleitung familienpolitischer Foren und Initiativen. Einen wichtigen und in letzter Zeit zunehmenden Bereich bildet hierbei die Ausarbeitung von Stellungnahmen und Gutachten zu Fragen der Familienentwicklung oder der Situation der Familien für das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Diese auf aktuelle politische Fragen und Themen bezogenen Informationen sind sehr unterschiedlicher Natur: Teils handelt es sich nur um relativ knappe Zusammenstellungen aktueller Daten, dann wieder ist die Fragestellung sehr umfassend und ihre Beantwortung hat schon den Charakter einer kleinen Expertise.

Im Jahre 2005 wurden folgende Stellungnahmen bzw. Gutachten ausgearbeitet (Auswahl):

- Jugendliche Mütter und ihre Säuglinge
- Interpellation zur Lage der Gleichstellung von Frauen und Männern in Bayern
- Prognos Familienatlas 2005
- Kinderlose Akademiker
- Entwicklung von Kindern gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften
- Kinderwunsch und Einstellungen zu demographischen Trends und bevölkerungsrelevanten Politiken
- Familienbezug im Hochschulgesetz
- Erwerbstätigkeit von Müttern
- Medienprojekt Elternbefragung
- Anzahl der Dritt-, Viert-, Fünft- und Sechstgeborenen in Bayern für ehelich Lebendgeborene
- Erwerbsbeteiligung der Mütter mit Kindern unter drei Jahren nach dem Familientyp

Im Jahr 2005 wurden folgende Expertisen erstellt:

Prof. Dr. Karl-Ulrich Mayer:

- Veränderungen im Lebenslauf und die Konsequenzen für die Selbständigkeit im jungen Erwachsenenalter (*ifb*-Materialien 7/2005, als pdf-file unter <http://www.ifb.uni-bamberg.de>).

Prof. Dr. Johannes Schwarze:

- Simulationsmodell zum Erziehungsgeld im Rahmen des Projektes „Internationaler Vergleich familienpolitischer Leistungen“.
- Erziehungsgeld als Lohnersatzleistung - Simulation der Kosten.

Jan Skopek:

- Das Internet als Heiratsmarkt.

Jahresarbeitsprogramm 2006 (Vorschau)

Bezeichnung des Projekts	Art des Projekts	Projektleitung/ Projektmitarbeit
1 Teilprojekte 1 des Forschungsvorhabens „Bildungsprozesse, Kompetenzentwicklung und Formation in Selektionsentscheidungen im Vor- und Grundschulalter (BiKS)“	DFG-Projekt in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Elementar- und Familienpädagogik/Interdiszip. Forschergruppe	Roßbach Kurz
2 Formation der Sekundarschulentscheidung, Teilprojekt 5 des Forschungsvorhabens „Bildungsprozesse, Kompetenzentwicklung und Formation von Selektionsentscheidungen im Vor- und Grundschulalter (BiKS)“	DFG Projekt in Kooperation mit der interdisziplinären Forschergruppe	Blossfeld Rupp Smolka Beckstette
3 Dynamik innerfamiliärer Arbeitsteilung in Deutschland	DFG-Projekt in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Soziologie I	Blossfeld, Rupp, Rost Grunow, Schulz
4 Ehescheidung und ihre Konsequenzen für die männliche Erwerbstätigkeit und Unterhaltsleistungen	Eigenprojekt zur Promotion	Blossfeld N.N.
5 Erwerbsverläufe zwischen Flexibilisierung und Kontinuität – Konsequenzen für Familien und soziale Ungleichheit	DFG-Projekt in Kooperation mit Lehrstuhl I für Soziologie	Blossfeld, Buchholz Bukodi, Schmelzer
6 Evaluation des HIPPY-Programms in Bayern	Eigenprojekt	Rupp, Bierschock
7 Familienbezogenes Einkommensmonitoring	StMAS-Projekt	Schwarze, Rost
8 Familienfreundliche Universität Bamberg	In Kooperation mit der Universität Bamberg	Rost
9 Familienwissenschaftliche Konferenz	Fachtagung	Blossfeld
10 Gewaltschutz in Bayern	Erstellung einer Broschüre	Rupp, Smolka
11 ifb-Familienreport Bayern 2004 Zur Lage der Familien in Bayern	StMAS-Projekt	Rost, Mühling

	Bezeichnung des Projekts	Art des Projekts	Projektleitung/ Projektmitarbeit
12	Internationaler Vergleich familienpolitischer Leistungen	StMAS-Projekt	Schwarze, Mühling
13	Internationaler Vergleich von demographischem Wandel	Eigenprojekt zur Promotion	Blossfeld, N.N.
14	Machbarkeitsstudie zum Mosesprojekt	StMAS Auftrag	Limmer
15	Mediale Familienbildung, eine Elternbefragung	StMAS-Projekt	Mühling, Smolka
16	Primi Passi – Wiss. Begleitung des Modellprojektes	StMAS-Projekt	Smolka
17	Psychosoziale Beratung bei pränataler Diagnostik	StMAS-Projekt	Rupp
18	Treffpunkt Familie – ein deutsch-tschechisches Kooperationsmodell	StMAS-Projekt Wiss. Begleitung	Rupp Mengel
19	Wiss. Begleitung der Familienbildung im Kontext von Geburtsvorbereitungskursen	StMAS-Projekt Wiss. Begleitung	Rupp Mengel

ifb. Information in English

State Institute for Family Research at the University of Bamberg (ifb)

The institute was founded in 1994 and is affiliated with the Otto-Friedrich University of Bamberg. It is an institution of the Bavarian State Ministry of Labour and Social Order, Family and Women and is located in Bamberg. The academic staff consists of eight members and is composed interdisciplinarily. They represent the fields of sociology, psychology, education and law.

Organisational structure

The director of the State Institute for Family Research is Professor Dr. Hans-Peter Blossfeld, vice-director is Dr. Marina Rupp.

The Institute's Advisory Board consists of the Institute's director, two full professors of the University of Bamberg, one representative of the Institute's scientists and one representative of the Bavarian State Ministry of Labour and Social Order, Family and Women. It has the task to establish the annual research programme. Eligible for submission of proposals for that annual programme are: Bavarian State Ministry of Social Order, Family and Women, members of the Institute's academic staff, and members of the Family Research Group of the University of Bamberg.

Goals

Among the ifb's main goals are:

- Basic research in social science
- Applied research in social science
- Policy advice and scientific evaluation of demonstration projects

Key topics

- Social, economic, and legal living conditions of families
- The impacts of labor market and workplace on families and parenting
- Changes in family structure

- Gender relationships and the changing roles of women, men and children
- Evaluation of prevention- and support-initiatives for children and adolescents
- Longitudinal observations of family-related policy, including national and international comparisons

Main Research Areas

Men in the Family:

Although gender roles have undergone major changes, they have remained quite stable in their traditional core. While the serious difficulties involved with combining motherhood and employment are already widely recognized in scientific and public discourse, the destabilizing of men's roles has hardly received attention. Men in the family is the central topic of the next Family Report (2006).

Family Reports and Living Forms of the Family:

This key research topic, on one hand, consists of the continuous observation of the state of the family in Bavaria („Family Report on Bavaria“) and, on the other hand, focuses on conducting research on selected family living forms and family situations for which only little research has been carried out, respectively.

Reconciliation of Family and Work:

In addition to the problematic of new gender roles there are demands for change, i. e., an adaptation of the societal conditions regarding work regulations. The present structures given, there still are massive obstacles for a satisfying reconciliation of family and work. In this key research topic we deal with addressing the situation as well as with describing and disseminating approaches that may provide solutions.

Family Education:

The necessity of lightening the burden families carry with regard to raising their children results from a variety of societal developments. Among other

reasons, the requirements regarding the quality of education and the advancement of children have increased: the participation of both parents in the labour market has risen, and the living situations of families have gained diversity. Preventive family education should provide support in order to prevent – or at least to reduce – the discrimination against children living in certain family patterns or family situations. Therefore, it is necessary to conduct research that accompanies demonstration projects in order to establish new avenues for intervention.

Protection against Domestic Violence:

Recently, the *ifb* conducted research related to various aspects of domestic violence. The focus here is not primarily on investigating acts of violence and their causes. Rather, the focal point of the research we conduct in this field is how violence is dealt with, i. e., how situations in which violence occurs are addressed and which ways of dealing with them are being employed. In doing so, the German Federal Law on Protection against Domestic Violence has been evaluated and several application-oriented projects have been carried out. The latter dealt with counselling and supporting victims as well as with the enhancement of co-operation and networking among the supporting agencies.

Activities

The State Institute for Family Research addresses family-related topics through the following activities:

- Interdisciplinary empirical research
- Scientific evaluation of family-related policies and demonstration projects (childcare, work-time models, etc.)
- Large-scale representative surveys, secondary analyses, intensive interviews and case-studies
- Counseling institutional parties (associations, unions, media, etc.) in matters of family policy and family research
- Lectures and seminars on family-related topics
- Regular congresses on family-related topics and issues
- International cooperation with scientific institutions

Publications

These publications are the main products for regular dissemination of current *ifb* research results: *ifb*-research reports, Journal for Family Research („Zeitschrift für Familienforschung“), congress proceedings and workshop reports.

Addresses

State Institute for Family Research at the University of Bamberg (*ifb*)

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld (Director)

D-96045 Bamberg

Tel.: +(49) 951/96525-0

Fax: +(49) 951/96525-29

Email: sekretariat@ifb.uni-bamberg.de

Internet: www.ifb-bamberg.de



Projects 2005: Overview and selected Summaries

	Project Title	Project Type / Project Coordinator / Collaborator(s)
1	Evaluation of the (Federal) Law on Protective Measures against Domestic Violence	Commissioned by the Federal Ministry of Justice
2	Evaluation of the demonstration project „Being Prepared for the baby“ in Kulmbach	Commissioned by the Bavarian State Ministry of Labour and Social Order, Families and Women (StMAS)
3	Images of the family and female labour-market participation	in-house project
4	Family-related monitoring of income- simulations	in-house project
5	ifb-Report on the family in Bavaria – on the situation of the family in Bavaria	in-house project
6	Large families	Joint project of the <i>ifb</i> and the Family-Scientific Research Centre Stuttgart, commissioned by StMAS
7	Scientific monitoring of the demonstration project „Primi Passi“	Commissioned by StMAS
8	Ways out of domestic violence – Counselling on and monitoring of the Law on Protective Measures against Domestic Violence	Commissioned by StMAS

Report on the State of the Family in Bavaria

The aim of this report is to give an overview of the current situation of families in Bavaria. In addition to provide basic data, this report will focus on identifying emerging (sociodemographic) trends, potentially problematic patterns and new challenges with which family policies might have to cope. Similar to the National Family Reports, the Bavarian Family Report will regularly monitor the state of Bavarian families. Politicians, administrators, associations and scientists should have access to the information compiled in this report.

In 2003, a completely new edition of the report has been published. It shows that the development of the family in Bavaria is following the common trends, although in a smoother way: Low rates of birth, slowly rising rates of unmarried couples, single parents and divorces mark the Bavarian situation. The 2006 edition of the Report will highlight the role of men in the family.

Family education

Due to various changes in society, family life became more diverse. At the same time, the expectations on the educational performance of parents vastly increased by adding new issues to the list of educational tasks for parents – all this began even before the results of the PISA surveys were published. For a long time measures in family education have been expanded with the purpose of supporting parents in meeting ends for their educational tasks, which, in turn, became more varied and – at least in part – more demanding. Basically, this objective is dealt within two areas:

- the composition and structures of the offers proper in order to meet the criteria of easy access (i. e., low-threshold offers), to make them accessible for families from all walks of life, according to their respective demands.
- network activities for cross-linking the offers (including the distribution and accessibility of these offers).

Family education issues have been on the research agenda of the *ifb* since long. In the past, the *ifb* has carried out several studies on family education. Among these studies, there were: the evaluation of mother-child groups, a survey on so-called „parental letters“ focussing on how these letters were perceived by both parents and youth authorities, and a survey among

Bavarian parents that investigated their demand for counselling in raising their children as well as their strategies for retrieving information relevant to their daily routines of child-raising. Additionally, two manuals for the implementation of low-threshold measures in family education were being developed: „Co-operation and networking“ and the „Manual on low-threshold family education“.

Currently, two projects on family educational issues are being carried out:

- Starting at a family center, low-threshold offers as well as structures of visiting the families in their homes and other places they regularly attend are set up in the project called „Being prepared for the baby“ („Fit fürs Baby“).
- „Primi passi“ (Italian for „first steps“) is the denomination of an initiative supporting orphaned parents. The ifb conducts the accompanying research of this initiative.

ifb. Abgeschlossene Forschungsprojekte

- 1. Familienrisikoausgleich: Zusatzrisiken von Familien gegenüber Kinderlosen, Maßnahmen zu Prävention und Kompensation**
(Eigenprojekt des ifb)
- 2. Familiäre Entwicklungsverläufe „Empty Nest“** (Literaturrecherche)
- 3. Kinder im Frauenhaus**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 4. Väter und Erziehungsurlaub**
(gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 5. Partnerschaftsverläufe: Trennung und Scheidung von verheirateten und unverheirateten Paaren im Vergleich**
(Verbundprojekt mit dem Forschungsschwerpunkt Familienforschung der Universität Bamberg)
- 6. Familienstruktur und ethnische Identität**
(Verbundprojekt mit dem Forschungsschwerpunkt Familienforschung der Universität Bamberg)
- 7. Häusliche Pflege, Rehabilitation und Gerontechnologie**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Verbundprojekt mit dem Forschungsschwerpunkt Familienforschung der Universität Bamberg)
- 8. Familienskripts: Bedeutung verschiedener Familienformen für die Familienmitglieder und Konsequenzen für die eigene Familiengestaltung**
(Pilotprojekt)
- 9. Zeitverwendung junger Ehepaare** (Eigenprojekt des ifb)
- 10. Erfolgreich Alltag bewältigen – Problemlösungen in Familien**
(Verbundprojekt mit dem Forschungsschwerpunkt Familienforschung der Universität Bamberg)

- 11. Living apart together: Motive und Kontexte einer modernen Lebensform**
(Verbundprojekt mit dem DJI)
- 12. Dauerbeobachtung familienbezogener Politik**
(gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Pilotprojekt)
- 13. Wohnungszuweisung bei Getrenntleben nach § 1361 b BGB**
(gefördert durch das Bundesministerium der Justiz; Verbundprojekt mit der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle der Universität Bamberg)
- 14. Wenn Großeltern (v)erziehen**
(Verbundprojekt mit dem Forschungsschwerpunkt Familienforschung der Universität Bamberg)
- 15. Pflege- und Adoptivkinder in Heimen**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 16. Älterwerden als Single**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 17. Berufliche Mobilität und Lebensform**
(gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 18. Worin unterscheidet sich die Lebenssituation von Alleinerziehenden von der Lebenssituation der Elternfamilie?**
(gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- 19. Situation der Familienpflege in Bayern**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 20. Bestandsaufnahme der familienbezogenen Bildungsarbeit nach § 16 SGB VIII**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)

- 21. Angehörige chronisch kranker Menschen – Darstellung der Situation am Beispiel Multiple Sklerose**
(Verbundprojekt mit dem Forschungsschwerpunkt Familienforschung der Universität Bamberg)
- 22. Zusammenleben der Generationen – jetzt und später**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 23. Elternbriefe als Medium integrierter Familienarbeit. Ihr Einsatz und ihre Wirkung im Rahmen des § 16 KJH**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 24. Was bedingt den Erfolg einer Partnerschaft: Werte und Bewertungen im europäischen Vergleich** (Eigenprojekt des ifb)
- 25. Hilfen für Kinder und Jugendliche mit behinderten Geschwistern**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 26. Prävention und Intervention bei vermeidbaren Heimunterbringungen von Pflege- und Adoptivkindern**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 27. Neue Medien als Herausforderung – Veränderte Perspektiven der Familienbildung und der Elternarbeit**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 28. Lebensstile in der Familie** (Eigenprojekt des ifb)
- 29. Männer in der Familie** (Eigenprojekt des ifb)
- 30. Das Ehrenamt im Umfeld der Familie** (Eigenprojekt des ifb)
- 31. Alleinerziehende in der psychosozialen Praxis – Grundlagen der Beratungsarbeit**
- 32. Praktische Erprobung eines Familienbildungskonzepts**

- 33. Elternbefragung zum Thema Familienbildung – Beratungsbedarf und Informationsstrategien im Erziehungsalltag**
- 34. Auswertung des Niedrigeinkommens-Panels (NIEP) im Hinblick auf eine mehrdimensionale Analyse von Armut**
(gefördert durch das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherheit)
- 35. Bamberger Ehepaar-Panel** (Eigenprojekt des ifb)
- 36. Familienbezogenes Einkommensmonitoring**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 37. Familiäre Arbeitsteilung in den Ländern der Europäischen Union. Länderstudie Deutschland**
(Verbundprojekt mit dem Lehrstuhl Soziologie II der Universität Würzburg, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft)
- 38. Innovative Ansätze in der Eltern- und Familienbildung. Dokumentation von Modellprojekten in Bayern**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 39. Leitfaden für niedrigschwellige Familienbildung**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 40. Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit“**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)
- 41. Wertschätzung der Aufgaben und Leistungen von Familien und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen**
(im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen)

ifb. Chronik des ifb

Das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*) hat seine Arbeit im Mai 1994 aufgenommen. Zu den Aufgaben des Instituts zählen insbesondere:

- Grundlagenforschung und angewandte Forschung über die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lebensbedingungen und –bedürfnisse der Familie und deren Dokumentierung. Erforschung der Entwicklungsverläufe von Familien, des Zusammenlebens der Generationen, der Veränderung von Familienstrukturen, des Erziehungsverhaltens und der Auswirkungen von Arbeitswelt und Medien auf die Familie;
- wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung von familienbezogenen Modellmaßnahmen;
- Beratung, insbesondere Politikberatung, in den oben genannten Aufgabenbereichen.

Im Laufe der letzten Jahre ist eine Hinwendung von der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung erfolgt, die sich in verschiedenen Forschungsprojekten mit hohem Praxisbezug ausdrückt.

© 2006 Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*)
D-96045 Bamberg
Hausadresse: Heinrichsdamm 4, D-96047 Bamberg

Leiter: Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld
Tel.: (0951) 965 25-0
Fax: (0951) 965 25-29
E-mail: sekretariat@ifb.uni-bamberg.de
Internet: www.ifb-bamberg.de

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg.

Gestaltung: PicaArt Werbeagentur Anja Mitra, Nürnberg · www.picaart.de
Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg · www.werbstatt.de
Fotos: PhotoDisc

Die Druckkosten des Jahresberichtes übernahm das
Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.